

4. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Juli 2007

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	99	3. Verzögerung beim Bau des JadeWeser-Ports	
Regierungserklärung des Senats		Anfrage der Abgeordneten Bödeker, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 5. Juli 2007	141
Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2007 (Drucksache 17/23)			
Bürgermeister Böhrnsen	99	Aktuelle Stunde	
Abg. Röwekamp (CDU)	109	Nachhaltige Anbindung des Bremerhavener Überseehafengebiets an die A 27	
Abg. Dr. Sieling (SPD)	114	Abg. Ella (FDP)	142
Abg. Frau Troedel (Die Linke)	118	Abg. Günthner (SPD)	143
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	120	Abg. Tittmann (DVU)	146
Abg. Woltemath (FDP)	124	Abg. Bödeker (CDU)	146
Abg. Tittmann (DVU)	127	Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	148
Abg. Rupp (Die Linke)	128	Abg. Müller (Die Linke)	150
Abg. Beilken (Die Linke)	130	Abg. Bödeker (CDU)	151
Abg. Ella (FDP)	132	Abg. Günthner (SPD)	152
Abg. Günthner (SPD)	133	Senator Dr. Loske	153
Abg. Bödeker (CDU)	134		
Benennung von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010		Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertretern/Vertreterinnen des Ausschusses zur Wahl der Richter/-innen des Verwaltungsgerichts	154
Abg. Röwekamp (CDU)	135		
Abg. Möllenstädt (FDP)	136	Wahl von drei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz	154
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	137		
Wahl	138	Gesetz zu dem Abkommen über die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein	
		Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2007 (Drucksache 17/2)	
Fragestunde		2. Lesung	154
1. Entsorgung von Schiffsabfällen			
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 2. Juli 2007	139		
2. Stopp des Programms „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ ist ein falsches Signal für einen verbesserten Klimaschutz			
Anfrage der Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP vom 4. Juli 2007	140		

**29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für
den Datenschutz
vom 31. März 2007**

(Drucksache 16/1362) 154

**Benennung eines stellvertretenden Mitglieds
im Kongress der Gemeinden und Regionen
Europas (KGRE)**

155

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Cakici

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 4. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Klasse der Berufsschule für Metalltechnik – Metallbearbeiter von Mercedes-Benz, eine Klasse der Elternschule Gröpelingen und eine Gruppe der Förderungsgesellschaft für Bildung.

Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Regierungserklärung des Senats, Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2007, Drucksache 17/23.

Für den Ablauf der Tagesordnung ist vereinbart, heute zu Beginn der Sitzung den Punkt außerhalb der Tagesordnung „Regierungserklärung des Senats“ aufzurufen. Hierzu ist eine verlängerte Redezeit für den jeweils ersten Redner je Fraktion von bis zu 20 Minuten vereinbart worden. Für die Reihenfolge der Redner ist vorgesehen, zuerst dem ersten Redner der Fraktion der CDU, dann der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und dann dem ersten Redner der Fraktion der FDP das Wort zu erteilen.

(B)

2. Benennung von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010.

Ich schlage Ihnen vor, diese Wahl am Schluss der Tagesordnung vorzunehmen.

Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

3. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE.

Auch hier schlage ich Ihnen eine Behandlung zum Schluss der Tagesordnung vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen zu entnehmen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 3 und 4, Wahl von sechs Mitgliedern und dreizehn stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs und Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, des Tagesordnungspunktes 17, Neubildung des Landesjugendhilfeausschusses, und

der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 24 und 26, hier geht es um die Berichterstattung zum Bremischen Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und den Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten, des Weiteren zur Verbindung der Punkte außerhalb der Tagesordnung „Einsetzung eines Parlamentsausschusses für Kinder und Jugend und Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Kinder und Jugend“ sowie „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen“, Drucksache 17/22.

(C)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung:

Regierungserklärung des Senats

Mitteilung des Senats vom 10. Juli 2007
(Drucksache 17/23)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen und Frau Bürgermeisterin Linnert.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem 13. Mai 2007 sind die Weichen in Bremen neu gestellt worden. Die Sozialdemokratische Partei und Bündnis 90/Die Grünen haben in den Koalitionsverhandlungen einen Vertrag erarbeitet, der eine hervorragende Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit bildet. Das gilt für den Vertrag, aber insbesondere auch für die Art und Weise, wie er erarbeitet wurde. Nicht Ressortdenken und Fingerhakeln um einzelne Themen bestimmen die zukünftige Arbeit, sondern das Selbstverständnis einer gemeinsamen Verantwortung für alle Politikbereiche. Rot-Grün steht für eine geschlossene Mannschaftsleistung. Gemeinsam tragen wir eine neue Schwerpunktsetzung in der Politik, nämlich für den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten.

(D)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Meine Damen und Herren, Bremen und Bremerhaven stehen vor großen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist nach wie vor unerträglich hoch. Die Haushaltsnotlage verengt unsere finanziellen Handlungsmöglichkeiten immer stärker. In den kommenden vier Jahren steht die soziale Frage im Mittelpunkt, das drohende Auseinanderdriften unserer Gesellschaft wollen wir stoppen, die Koppelung von Bildungschancen und sozialer Herkunft müssen wir überwinden. Den Herausforderungen des Klimawandels stellt sich die neue Landesregierung. Wir wollen die ethische Dimension des ökonomischen

(A) und politischen Handelns stärken, damit die Würde des Menschen immer gewahrt wird.

Die Koalition wird sich allen Anforderungen stellen, um Bremen und Bremerhaven zukunftsfest und lebenswert für alle Bürgerinnen und Bürger zu machen.

Wir werden die bremische Wirtschaftskraft stärken und uns mit allen Mitteln für Arbeitsplätze einsetzen. Dazu gehört auch die notwendige Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie als Voraussetzung für den zu leistenden ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir werden den sozialen Zusammenhalt und die Chancengleichheit in unseren Städten und Quartieren stärken. Wir werden die Selbstständigkeit und die finanziellen Lebensgrundlagen Bremens sichern.

Wir werden uns vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen bei unseren Maßnahmen auf die Stadtteile konzentrieren, in denen ein besonderer sozialer Handlungsbedarf besteht, in denen Armut mehr ist als ein Randphänomen.

Meine Damen und Herren, Bremen und Bremerhaven sind wirtschaftlich starke Standorte. Unsere Häfen sind ein mächtiger Wachstumsfaktor. Die maritime Wirtschaft und Logistik, aber auch Automobilindustrie, Luft- und Raumfahrt oder die Stahlindustrie bilden den Kern unserer starken Wirtschaft, von der übrigens nicht nur das Land Bremen, sondern auch die Region und die gesamte Republik erheblich profitieren.

(B)

Besondere Zukunftschancen sehen wir im Bereich der Umweltwirtschaft. Schon heute arbeiten im Land Bremen 9000 Menschen in dieser Zukunftsbranche und erwirtschaften insbesondere in mittleren und kleinen Unternehmen einen Umsatz von 2 Milliarden Euro. Hier liegt ein Potenzial für enormen technologischen Fortschritt, für wirtschaftliches Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Erneuerbare Energie und effiziente Energietechnik sichern und schaffen Arbeitsplätze. Durch den Ausbau zum führenden Standort für Offshore-Windenergie in Deutschland erhält gerade Bremerhaven zusätzliche Impulse zur Bewältigung des Strukturwandels.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Gleichzeitig wird dadurch ein Beitrag zur Erreichung nationaler Klimaschutzziele geleistet.

Durch die Investitionen der Vergangenheit haben wir die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum geschaffen. Wir wollen das Erreichte sichern, aber nach Auslaufen der Sanierungszahlungen muss die öffentliche Investitionstätigkeit den veränderten Umständen angepasst werden. Eine Neuorientierung der bremischen Wirtschaftspolitik ist erforderlich. Durch konsequente Prioritätensetzung werden auch bei geringerem Mitteleinsatz Bremen und Bremerhaven im

nationalen und internationalen Standortwettbewerb weiter gestärkt. Absolute Priorität hat für uns dabei, dass sich die wirtschaftspolitischen Erfolge stärker auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen.

(C)

Elemente dieser Neuordnung werden sein: Konzentration auf die Stärken bremischer Kernkompetenzen, Erhöhung der Effizienz und Transparenz der Wirtschaftsförderung, Verkopplung und gezielte Nutzung europäischer und nationaler Programme, Verzahnung von Innovations-, Wissenschafts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, konsequente Nutzung der sich aus den ökologischen Herausforderungen ergebenden wirtschaftlichen Chancen.

Die in der Wirtschaftsförderung tätigen bremischen Gesellschaften müssen ihr Profil schärfen. Sie müssen sich als Dienstleister für Unternehmen begreifen, die diese Funktion allein im Auftrag des Senats wahrnehmen. Hierfür werden wir die Aufgaben, Strukturen und Arbeitsweisen der Gesellschaften sorgfältig überprüfen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wollen den hier ansässigen Unternehmen bessere Entwicklungsperspektiven zum Beispiel durch eine Beratung aus einer Hand geben. Bei der Wirtschaftsförderung soll Frauen sowie Migrantinnen und Migranten ein stärkerer Zugang zu den Programmen eröffnet werden. Die finanzielle Förderung von Unternehmen wird zukünftig grundsätzlich in Form von rückzahlbaren Darlehen beziehungsweise Zuschüssen gewährt, das spart Kosten. Wir wollen Ergebnisse und keine Mitnahmeeffekte, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Wir werden in einem ressortübergreifenden strukturellen Konzept unsere Leitlinien für die künftige bremische Investitionspolitik darlegen. Die Koalition wird definieren, in welchen Bereichen wir auch bei veränderten Rahmenbedingungen und deutlich reduzierten Mitteln Schwerpunkte setzen und ein herausragendes Entwicklungspotenzial sehen, um möglichst hohe Effekte für die Wirtschaftskraft und vor allem für neue Arbeitsplätze zu erzielen.

Dabei sind Wissenschaft, Forschung und neue Technologien gerade durch ihre Verbindung mit der Wirtschaft Schlüsselfaktoren für die Zukunft des Landes Bremen. Hier entstehen neue Ideen, neue Projekte, hochwertige Arbeitsplätze, hier erhalten junge Menschen eine exzellente Ausbildung. Bremen und Bremerhaven haben als erste im Jahr 2005 den Titel „Stadt der Wissenschaft“ gewonnen. Die Universität spielt im Exzellenzwettbewerb eine herausragende Rolle.

Auch bei knappen finanziellen Ressourcen werden wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, ihr

(A) hohes Niveau in der Forschung zu halten und gute, moderne und vielfältige Studienangebote zu gewährleisten. Die zusätzlichen Mittel für die nächsten Jahre sind ein deutliches Bekenntnis zu den Hochschulen. Wir knüpfen diese Mittel an die konkrete Bedingung, dass damit eine Verbesserung der Lehre erzielt wird. Wir wollen nicht nur exzellent in der Forschung sein, sondern wir wollen auch exzellent in der Lehre sein. Da ist noch etwas zu leisten. Das sind wir den Studentinnen und Studenten schuldig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

In der Gewerbeflächenpolitik nehmen wir eine Neubestimmung des Integrierten Flächenprogramms vor, um die planerische Grundlage für eine prosperierende und zugleich flächensparende Gewerbeflächen- und Siedlungspolitik zu legen. Bremen und Bremerhaven besitzen ein hervorragendes Angebot an Gewerbeflächen. Dies werden wir nachfrage- und bedarfsbezogen weiterentwickeln, dabei räumen wir der Binnenentwicklung aus ökologischen wie aus ökonomischen und stadtentwicklungspolitischen Gründen den Vorrang ein.

Die Wirtschaft braucht eine gute Infrastruktur. Dies gilt gleichermaßen für Straße, für Schiene und für Wasserwege. Deswegen werden wir uns beim Bund weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Bremen und Bremerhaven berührenden Vorhaben des Bundesverkehrswegeplans vorrangig verfolgt und zum Abschluss gebracht werden. Ich darf an dieser Stelle einfügen, dies ist gerade am letzten Freitag in einem Gespräch der norddeutschen Ministerpräsidenten mit dem Bundesverkehrsminister in Berlin geschehen.

(B) In den vergangenen Jahren wurde umfangreich in das innerstädtische Verkehrsnetz und in die Anbindungen zum überregionalen Verkehrsnetz investiert. Diese Investitionen sind weitgehend abgeschlossen oder befinden sich im Abschluss. Zukünftig wird unser Hauptaugenmerk auf der Sicherung und Pflege des Bestandes, sowie auf dem Ausbau des ÖPNV liegen. Investitionen in den ÖPNV steigern die Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsraumes Bremen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die dauerhafte Entwicklung der bremischen Häfen ist ihre Erreichbarkeit von existenzieller Bedeutung. Hierfür spielt neben den diversen Vorhaben der Hinterlandanbindung die Sicherung der seewärtigen Zufahrt der Häfen im Lande Bremen die entscheidende Bedeutung. Die Koalition will dabei überhaupt nicht übersehen, dass diese Vorhaben mit erheblichen Auswirkungen für die Umwelt verbunden sind, und auch

für den Hochwasserschutz erhöhte Anforderungen bedeuten. (C)

Uns ist es aber gelungen, in dieser Frage einen Lösungsweg zu gehen, der den Weserausbau mit der weiteren naturnahen Gestaltung und dem Hochwasserschutz in Einklang bringen wird. Durch umfangreiche Ausgleichs- und Begleitmaßnahmen werden wir sicherstellen, dass die Anforderungen der Hafenvirtschaft und der Schifffahrt in Einklang mit dem Ziel der Verbesserung des ökologischen Zustands des Flussraums gebracht werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, unser Engagement bei der Fertigstellung des Containerterminals 4 und dem Ausbau der Kaiserschleuse schafft die Voraussetzung dafür, dass Bremen und Bremerhaven weiterhin überproportional vom boomenden Welthandel profitieren. Mit dem JadeWeserPort stellen wir gemeinsam mit Niedersachsen sicher, dass dies auch in den nächsten Jahrzehnten so sein wird. Dabei kann ich mir vorstellen, dass von diesem länderübergreifenden Engagement auch ein neuer Impuls für eine intensiviertere Zusammenarbeit der deutschen Seehäfen insgesamt ausgeht, und dies wird auch ein kräftiger Wachstumsmotor für die Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten Deutschlands sein.

Bremerhaven wird nicht nur in der Wirtschafts- und in der Investitionspolitik einen besonderen Stellenwert genießen. Die Sanierung und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit werden ohne Bremerhaven nicht gelingen. (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn nach wie vor unbestreitbar ein erheblicher Aufholbedarf besteht, in den letzten Jahren sind erhebliche Fortschritte gemacht worden. Wer heute nach Bremerhaven fährt, der sieht eine Stadt im Aufbruch, die Häfen, die maritime Wirtschaft mit wiedererstarkten Werften, die Offshore-Windenergie-Branche, der Tourismus, die Lebensmittelbranche im Fischereihafen und nicht zuletzt Wissenschaft und Forschung mit dem Alfred-Wegener-Institut als Leuchtturm. All das bildet innovative Wachstumskerne, die in der Vergangenheit erheblich ausgebaut worden sind und noch weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, daran werden wir in enger Zusammenarbeit mit dem Magistrat weiterarbeiten. Dabei kann Bremerhaven auf zwei ganz entscheidende Verabredungen im Koalitionsvertrag bauen: erstens die Aussage, dass aufgrund der nach

(A) wie vor bestehenden strukturellen Probleme eine besondere wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung für Bremerhaven notwendig ist, und zweitens die Zusage, bei den Landesinvestitionen im Rahmen des zu entwickelnden strukturpolitischen Konzepts überproportional Berücksichtigung zu finden. Damit wird die Seestadt im Ergebnis besser fahren als mit einer bloßen quotalen Festschreibung. Drittens kommt hinzu: Wir haben im Koalitionsvertrag erstmals festgeschrieben, dass jedes Jahr nachgeprüft werden soll, ob die tatsächlichen Investitionen diesen Vorgaben entsprechen. Dies gibt Bremerhaven zusätzliche Sicherheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der Klimawandel und die nach wie vor fortschreitende Zerstörung der Umwelt erzwingen ein entschiedenes Gegensteuern. Wer sich vor Augen führt, dass über 80 Prozent der bremischen Landesfläche im Schutz der Deiche liegt und ohne diese akut überschwemmungsgefährdet wäre, dem wird klar: Klimaschutz ist für das Land Bremen kein ökologisches Feigenblatt, sondern elementare Voraussetzung für die Zukunftssicherung unseres Gemeinwesens!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Um dem erhöhten Meeresspiegelanstieg Rechnung zu tragen, wird Bremen in Verhandlungen mit Niedersachsen treten, um die im Generalplan Küstenschutz festgelegten Deicherhöhungen gegebenenfalls aufzustocken. Das Begrenzen des Klimawandels und der Schutz vor Hochwasser sind gerade in Bremen und Bremerhaven unverzichtbare Bestandteile allen Regierungshandelns. Dabei gilt auch hier, die Chancen, die dem Prozess innewohnen, konsequent zu nutzen. Neue Technologien ermöglichen schon heute eine deutlich effektivere und umweltschonendere Nutzung der Ressourcen. Wer sie fördert, der schützt nicht nur die Umwelt, sondern schafft Impulse für einen Innovationsprozess und neue sichere Arbeitsplätze, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Unser Ziel muss es sein, durch Energieeinsparung, durch die Steigerung der Energieeffizienz und durch den Ausbau der erneuerbaren Energien einen klimafreundlichen Umbau unserer Städte und der Wirtschaft einzuleiten! Kernelemente dieses Umbaus sind: erstens, die Förderung der regenerativen Energien sowie der umweltfreundlichen und effizienten Formen der Energiegewinnung, zweitens, die Reduktion des Energieverbrauchs von öffentlichen Gebäuden durch ein umfassendes Sanierungsprogramm, drittens, die Reduktion des Energieverbrauchs in privaten Gebäu-

den durch eine energieoptimierte Bauleitplanung und die Festlegung entsprechender baulicher Standards, viertens, die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und der Ausbau des ÖPNV, sowie fünftens, die Förderung und bessere Verzahnung der in Bremen vorhandenen umweltbezogenen Forschungen!

(C)

Wir wollen Bremen zum Kompetenzzentrum für Energieeinsparung, erneuerbare Energien und effiziente Energienutzung machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dabei soll der Koalitionsvertrag auch eine Einladung an all diejenigen sein, die hier einen wesentlichen Beitrag leisten können, speziell die bremische Energiewirtschaft. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese engagierten Ziele sich nur gemeinsam mit allen Akteuren erreichen lassen. Deswegen appelliere ich nochmals an die swb AG, den im Koalitionsvertrag skizzierten Weg als Chance zu begreifen, ihr Unternehmen hier am Standort so weiterzuentwickeln, dass Beschäftigung und Wertschöpfung gesichert und ein nachhaltiger Beitrag für den Klimaschutz geleistet werden. Wir wollen nicht Beschäftigung oder Klimaschutz, wir brauchen, und wir wollen beides.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

In diesem Kontext spielt der von der swb AG beabsichtigte Bau eines Kohlekraftwerks eine zentrale Rolle. Die Koalitionäre haben es sich auch an dieser Stelle nicht leicht gemacht. Mit dem verabredeten ergebnisoffenen Prüf- und Moderationsverfahren haben wir einen verantwortungsvollen Weg eröffnet, um eine baldige Entscheidung treffen zu können. Hier geht es nicht um schlichte Schwarzweißmalerei, hier die Ökologen, dort die Retter der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. Die Welt ist komplizierter und umfassender. Wir müssen beurteilen können, ob und wie dieses Vorhaben in die formulierten nationalen Klimaschutzziele hineinpasst. Wir müssen beurteilen, welche Konsequenzen dieses Vorhaben langfristig ökologisch, fiskalisch, ökonomisch und arbeitsmarktpolitisch für Bremen und die Region hat.

Wir haben dazu einen Katalog von Fragen formuliert. Übrigens hat auch die swb AG gesagt, dass sie diese Fragen richtig findet. Nun müssen wir im Wege des verabredeten ergebnisoffenen Prüf- und Moderationsverfahrens dafür sorgen, dass Antworten gegeben werden, die uns im Herbst eine in alle Richtungen verlässliche Entscheidungsgrundlage liefern. Wichtig ist dabei, dass wir das Vorhaben in die nationalen Zusammenhänge und Verpflichtungen einordnen. Wir gehen damit einen neuen, einen auch bundesweit viel beachteten Weg. Wir werden ganz genau beobachtet, wie wir mit der Frage umgehen.

(A) Ich würde mir wünschen, dass am Ende auch gesagt werden kann, Bremen habe beispielhaft gehandelt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, dass wirtschaftliches Wachstum und Prosperität sich auch in der Schaffung und Sicherung von echten existenzsichernden Arbeitsplätzen niederschlagen muss. Uns ist nicht damit geholfen, dass Unternehmen wachsen, die Gewinne sprudeln und gleichzeitig Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir müssen es schaffen, dass alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können und dass diejenigen, die den ganzen Tag arbeiten, auch davon leben können.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

Ich habe mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin verabredet, dass Bremen und Berlin gemeinsam eine Bundesratsinitiative für eine flächendeckende Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen starten. Deswegen hat der Senat in der letzten Woche beschlossen, eine entsprechende Gesetzesinitiative in den Bundesrat einzubringen. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen nicht nur in Berlin fordern, sondern auch vor der eigenen Haustür kehren. Deshalb habe ich mich parallel in einem Schreiben an alle Ressorts mit der Bitte gewandt, in allen Bereichen und auch bei Auftragsvergaben sicherzustellen, dass keine Beschäftigungsverhältnisse bestehen, in denen ein Entgelt von unter 7,50 Euro gezahlt wird.

(B)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu, zur Vermeidung von Dumpinglöhnen gehört darüber hinaus die umfassende Weiterentwicklung des Vergabegesetzes mit dem Ziel, ökologische und soziale Standards festzulegen. So haben es die Koalitionäre vorgesehen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Meine Damen und Herren, der beste Weg zur Verhinderung von dauerhafter Arbeitslosigkeit, die sich vererbt, ist die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Hier stehen Staat und Unternehmen gleichermaßen in der Verantwortung. Auch wenn durch gemeinsame Anstrengungen in den letzten Jahren Er-

folge erzielt werden konnten, dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass noch zu viele junge Menschen ohne Ausbildung und qualifizierte Jobs bleiben. Wir erwarten auch von der Wirtschaft angesichts des drohenden Fachkräftemangels engagierte Beiträge.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden die Arbeitsmarktpolitik und die zur Verfügung stehenden Instrumente stärker auf die Zielgruppen konzentrieren, die besonderer Unterstützung bedürfen. In-Jobs sind ein Instrument, wenn weder eine Qualifizierung noch eine Integration auf dem Arbeitsmarkt möglich sind. Es darf aber nicht so sein, dass sie als staatlich subventionierter Niedrigstlohnsektor missbraucht werden und für die Menschen keine Entwicklungsperspektive bringen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Bremens und Bremerhavens Lebensqualität und Attraktivität beruhen ganz wesentlich darauf, dass es uns gelungen ist, auch in schwierigen Situationen den sozialen Zusammenhalt in den Städten und in den Quartieren zu erhalten und zu stärken. Wir wollen Chancengleichheit und Teilhabe an Bildung, an Arbeit, an Kultur und gesellschaftlichem Wohlstand sichern und verwirklichen. Auch bei begrenzten Mitteln und der Notwendigkeit einer weiteren restriktiven Haushaltsführung wird diese Koalition einen Schwerpunkt in der Sozial-, Kinder- und Jugendpolitik sowie in der Bildungspolitik legen.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das wird sich auch finanziell messbar niederschlagen. Der Schlüssel für die Überwindung sozialer Spaltung liegt in einer frühzeitigen und individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Dieser Senat wird es nicht hinnehmen, dass zwar 83 Prozent der Akademikerkinder an die Hochschulen gehen, aber nur 23 Prozent der Arbeiterkinder, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

denn wir wissen und sind der Überzeugung, die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen dürfen nicht von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern abhängen. Aus diesem Grund werden wir die Kindertagesbetreuung sowie die Angebote in den Schulen Zug um Zug ausbauen und verbessern.

Aber, meine Damen und Herren, wir verschweigen dabei nicht die finanzielle Wahrheit. Die Verabredungen, die wir hierzu getroffen haben – die

- (A) schrittweise Anhebung der Betreuungszeit auf sechs Stunden, das kostenlose Mittagessen für Kinder von Geringverdienenden, der Ausbau der Betreuungskapazitäten für unter Dreijährige und die personelle Verstärkung in den Gruppen, – stellen gerade auch unter finanziellen Gesichtspunkten eine enorme Herausforderung dar.

Angesichts der Finanzlage Bremens werden die Maßnahmen nicht flächendeckend in einem Schritt umgesetzt werden können. Vielmehr werden wir einen Stufenplan für die nächsten Jahre erarbeiten und uns zu Beginn auf die sozial benachteiligten Stadtteile konzentrieren.

In der Arbeit für Kinder sind vor der Eröffnung aller Bildungs- und Entwicklungschancen die Sicherung des individuellen Kindeswohls und der Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung eine unabdingbare Aufgabe des Staates. Hiervon dürfen und werden wir keinen Deut abweichen. Wir wollen, dass Kinder in Bremen und Bremerhaven sicher und geschützt sind!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

- (B) Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn immer noch viele Schülerinnen und Schüler gerade mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss die Schule verlassen und so schon früh Entwicklungs- und Integrationschancen verlieren. Bildungschancen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Stellung, stellen die Grundlage für soziale Gerechtigkeit und eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft dar. Hier müssen alle Bildungseinrichtungen ihren Beitrag leisten. Daher werden wir die frühkindliche Förderung und die soziale Integration in den Städten und Stadtteilen stärken. Ein längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein wichtiger Schritt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Weg zu einer Schule für alle wollen wir in Grundzügen bis zum Frühjahr 2008 in einem Schulentwicklungsplan darstellen, dabei binden wir Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern sowie externe Experten ein.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Margot Honecker und Anja Stahmann!)

Wir wollen dabei keinen Tag mit ideologischen Auseinandersetzungen von gestern und vorgestern vergeuden! Ich füge hinzu, wir lassen uns solche ideologischen Auseinandersetzungen auch nicht von anderen aufdrücken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Blick auf PISA-Vergleichsländer, die beständig besser abschneiden, lässt keinen Zweifel daran, dass im gemeinsamen Lernen, im Lernen über den ganzen Tag und im möglichst intensiven und frühen Fördern der Kinder der Schlüssel für Bildungserfolge liegt. Wir müssen und werden fortfahren mit der Verbesserung der Qualität des Unterrichts, mit dem Ausbau der Ganztagschulen, vier jedes Jahr, davon eine in Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben überdies verabredet, dass in dieser Legislaturperiode 1000 neue Lehrerinnen und Lehrer in Bremen und Bremerhaven eingestellt werden. Die Entlastungen, die aus dem Rückgang der Schülerzahlen resultieren, werden bei den Schulen bleiben, um gezielte Verstärkungs- und Verbesserungsmaßnahmen umzusetzen. Auch hierbei werden wir nicht mit der Gießkanne vorgehen. Wir wollen uns auf die Quartiere konzentrieren, in denen besonderer Handlungs- und Integrationsbedarf oder besondere Problemlagen bestehen. Nur wenn wir es schaffen, dass nicht nur die Guten noch besser werden, sondern dass wir in der Summe besser werden, dass wir die Benachteiligten nach vorn bringen, haben wir wirklichen und dauerhaften Erfolg.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es auch so wichtig, dass wir an der Lehr- und Lernmittelfreiheit festhalten und dass wir keine allgemeinen Studiengebühren einführen. Beides würde nur dazu führen, dass unsere Bestrebungen zunichte gemacht werden, diejenigen heranzuführen, die von zu Hause aus schlechtere Startbedingungen haben als andere.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Meine Damen und Herren, diese Koalition wird in allen Politikbereichen die Interessen der Stadtteile in besonderer Weise berücksichtigen und sich dabei auf die Stadtteile mit gezielter Schwerpunktsetzung konzentrieren, in denen der Handlungsbedarf besonders groß ist.

Zur Stärkung der Stadtteile gehört in erster Linie, die Menschen zu motivieren, sich am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv zu beteiligen. Demokratie heißt Teilhabe! Teilhabe ist nicht abstrakt, sondern findet ganz konkret vor Ort statt. Aus diesem Grund haben wir die Stärkung der Beiratsrechte und die Wahl der Ortsamtsleiter durch die Beiräte auf den Weg gebracht. Wir wollen die Ortsämter zu Zentralen des Stadtteilmanagements entwickeln mit der Befähigung und dem Auftrag, sich

(C)

(D)

- (A) aktiv und gestaltend in die Themen des Stadtteils einzumischen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dazu braucht es mehr direkte Entscheidungskompetenzen und entsprechende finanzielle Mittel. Der Bedeutung und der Wertschätzung dieser Form der lokalen Demokratie werden wir auch dadurch gerecht, dass Beiratsangelegenheiten erstens an die Senatskanzlei angebunden werden und zweitens die unmittelbare Zusammenarbeit zur Bremischen Bürgerschaft intensiviert wird. Die Stadtbürgerschaft wird zum zentralen Forum für Stadtteildemokratie.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Ferner sollen die Möglichkeiten, in Form von direkter Demokratie Einfluss zu nehmen, auf die Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden. Wir werden die entsprechenden Quoren absenken und prüfen, inwieweit Volksbegehren auch bei mittelbaren finanziellen Auswirkungen zulässig sind und wie in einem Pilotprojekt „Bürgerhaushalt in Bremischen Quartieren“ die Beteiligungsmöglichkeiten auch auf diesem Wege ausgeweitet werden können.

- (B) Meine Damen und Herren, über die Lebensqualität und Attraktivität Bremens für die Menschen, die hier leben, entscheiden ganz wesentlich die Stadtteile und ihre Angebote. Die Akteure dabei reichen vom Sportsenator mit seinen Sportflächen und der wertvollen Unterstützung der Vereine mit ihrer großartigen ehrenamtlichen Arbeit über die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales mit ihren Angeboten für Alte, Kinder und Jugendliche, über den Innensenator mit der Polizei bis hin zum Kultursenator mit der vielfältigen und bunten Kulturszene.

Gerade der Sport – der Breitensport, aber auch der Spitzen- und Publikumssport – ist in der Lage, Menschen unterschiedlicher Bildung, Einkommen, Lebensalter und Herkunft zusammenzuführen und bietet vielen jungen Menschen die Chance, am sozialen Leben unserer Stadt teilzunehmen. Alle müssen gemeinsam und aufeinander abgestimmt handeln.

Die Potenziale zur nachhaltigen Stadtentwicklung Bremens sind durch innovative und städtebaulich anspruchsvolle Projekte zu nutzen. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen konzentriert sich Bremen dabei verstärkt auf die Innenentwicklung. Beispielhaft soll die Überseestadt schrittweise zu einem urbanen Stadtteil entwickelt werden, in dem eine Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Dienstleistung angestrebt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Die zentrale Entwicklungsachse Weser bietet hervorragende Voraussetzungen für Stadtentwicklungsprojekte mit innovativem, stadtbildprägendem Anspruch.

(C)

Meine Damen und Herren, wir haben, um ein Beispiel aus dem Sozialbereich herauszugreifen, verabredet, dass, wie in Hannover, modellhaft in einem Stadtteil unter Einbeziehung der Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und ehrenamtlich Tätigen regelmäßig die älteren Menschen zu Hause besucht werden. Das ist etwas, was im Stadtteil konkret hilft und auch nicht Unsummen kosten wird. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir das WiN-Programm, Wohnen in Nachbarschaften, ungeschmälert fortsetzen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Mit diesem Programm erreichen wir unzählige Menschen in den Quartieren und geben ihnen eine Perspektive. Wir wollen darüber hinaus die Programme, die es insbesondere im Bau- und im Sozialbereich gibt und die eine starke Stadtteilorientierung haben, zusammenführen und verzahnen, um auch bei knappen Finanzen das Optimum für die Stadtteile zu erreichen.

Für den Zusammenhalt der Quartiere ist eine stabile Einwohnerschaft ein weiterer Schlüssel. Deshalb muss Schluss sein mit unnötigen und die Menschen verunsichernden Umzugsaufrufen, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Wir werden die Mietgrenzen an das Niveau vergleichbarer Großstädte anpassen. Zukünftig werden nur noch dann Menschen aufgefordert, in eine günstigere Wohnung zu ziehen, wenn annehmbarer Ersatzwohnraum tatsächlich und konkret vorhanden ist. Davon profitieren die Menschen und davon profitieren die betroffenen Stadtteile ganz entscheidend.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Meine Damen und Herren, auch die innere Sicherheit ist zentral, wenn es darum geht, die Stabilität unseres Gemeinwesens zu erhalten. Die Koalition hat sich vorgenommen, in diesem Bereich einen deutlichen Akzent zu setzen, gerade was den personellen Einsatz angeht. In den nächsten Jahren werden für die Polizei Bremen 260 Polizeianwärter neu eingestellt, Bremerhaven erhält die Mittel für 52 Neueinstellungen. Damit stellen wir sicher, dass diese Polizeianwärter mit Abschluss ihrer Ausbildung alle auscheidenden Polizisten ersetzen werden. Dies stellt

- (A) eine erhebliche aber wichtige, notwendige Kraftanstrengung dar, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dies ist nicht nur aus Gründen der objektiven oder der subjektiven Sicherheit, sondern auch aus sozialen und sozialpolitischen Gründen sinnvoll. Nicht nur, weil unsere Polizei mit ihren präventiven Ansätzen und der engen Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Trägern und Ressourcen einen wertvollen Beitrag auch zur Sozialpolitik leistet. Vielmehr profitieren von einer starken Polizei gerade die Schwachen in einer Gesellschaft, nämlich die, die sich keinen Sicherheitsdienst leisten können. Wer sich in seinem Quartier nicht mehr sicher fühlt, wer deswegen zu Hause bleibt, Angebote nicht nutzt, dem wird ein Stück seiner Freiheit genommen. Sie gibt gerade den Menschen die erforderliche Sicherheit, die die unausweichlichen gesellschaftlichen Veränderungsprozesse am ehesten als individuelle Bedrohung wahrnehmen. Je stärker der Veränderungsdruck in einem Gemeinwesen ist, desto höher ist der – ich füge hinzu – verständliche Wunsch nach Sicherheit, meine Damen und Herren!

Besondere Aufmerksamkeit wird die Koalition dem Problem der Jugendkriminalität widmen. Die steigende Zahl jugendlicher Straf- und Gewalttäter betrachten wir mit großer Sorge. Wir haben daher vereinbart, noch im Jahr 2007 ein gemeinsames Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt!“ vorzulegen, in dem die unterschiedlichen Ansätze und Möglichkeiten der beteiligten Ressorts zu einem wirksamen Maßnahmenbündel zusammengefasst werden.

Meine Damen und Herren, wie die innere Sicherheit gehört auch das Gesundheitswesen zu den Kernbestandteilen öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Frage, ob jemand eine notwendige medizinische Versorgung erhält, darf nicht von seiner sozialen Herkunft und von seinem Einkommen abhängig sein.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Aus diesem Grund werden wir die politischen Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Gesundheitspolitik, insbesondere auch was das Krankenhauswesen angeht, erhalten. Wir dürfen unsere kommunalen Krankenhäuser nicht privatem Renditekalkül überlassen, deshalb bleiben alle vier kommunalen Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Sie bieten für die Menschen der Region wichtige und hochwertige medizinische Dienstleistungen und sind zugleich Arbeitgeber für tausende Bremerinnen

und Bremer. Unsere Krankenhäuser zukunftsfest zu machen, wird ein hartes Stück Arbeit. In der gemeinsamen Zukunft der bremischen Krankenhäuser haben alle Kliniken ihren eigenständigen Platz und ihr wahrnehmbares Profil. Ich sage auch ganz deutlich, es wird kein Standort auf Kosten des anderen saniert, dieses Versprechen können wir Ihnen geben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Der Neu- und Umbau des Klinikums Bremen-Mitte auf der Grundlage des Masterplans KBM ist dabei eine zentrale Maßnahme, wenn es um die Zukunftsfähigkeit des Verbundes geht. Die endgültige Entscheidung erfolgt auf der Basis des jetzt laufenden Verfahrens. Für den Fall, dass das Public-Private-Partnership-Verfahren nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann, werden Neu- und Umbau auf der Grundlage des Masterplans durch das Klinikum Bremen-Mitte selbst realisiert.

Meine Damen und Herren, Bremen und Bremerhaven sollen offene, menschenfreundliche Städte bleiben. Niemand soll das Gefühl haben: Du gehörst nicht zu uns, wir wollen dich nicht. Integration ist deshalb unsere zentrale Zukunftsaufgabe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Integration ist im Übrigen keine Einbahnstraße, aufnehmende und zugewanderte Bürgerinnen und Bürger stehen gleichermaßen in der Pflicht. Bremen und Bremerhaven sind interkulturelle, tolerante und welt-offene Städte. Durch die Zuwanderinnen und Zuwanderer sind wir gesellschaftlich und kulturell reicher geworden.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Immer mehr bremische Unternehmen sind international verflochten und setzen immer mehr auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit interkultureller Kompetenz. Die hanseatische Weltoffenheit, die Internationalität und die hohe Kompetenz der Fachkräfte sind unbestreitbar wichtige Standortfaktoren. Auch stellt die zunehmende Anzahl der von Migrantinnen und Migranten geführten Unternehmen einen ganz erheblichen ökonomischen Faktor dar. Bremen ist schon lange ein Einwanderungsland, und wir sehen in der Pluralität und in der Vielfalt der Kulturen und Religionen eine große Chance. Wir müssen in unserer immer stärker vernetzten Welt und Gesellschaft das Bewusstsein schärfen, dass Verschiedenheit bereichert und nicht bedroht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

(C)

(D)

- (A) Ungeachtet der Erfolge bremsischer Integrationspolitik bleibt ein erheblicher Handlungsbedarf. In diesem Sinne ist das Konzept zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen, das Grundsätze, Leitlinien, konkrete Maßnahmen für die bremsische Integrationspolitik enthält, weiterzuentwickeln. Die Integrationsarbeit muss sich dabei vor allem auf die Schwerpunkte Förderung des Spracherwerbs, Ausbildung und Arbeitsmarkt, Steigerung der Migrantenquote im öffentlichen Dienst, Beteiligungsmöglichkeiten und Hilfestellung im Alter und in der Gesundheit konzentrieren.
- In den bürgernahen Diensten sollen Zuwanderinnen und Zuwanderer mit entsprechenden Qualifikationen bei den Einstellungen stärker berücksichtigt werden. Zugleich werden wir die interkulturelle Kompetenz aller Beschäftigten durch Fortbildung erhöhen.
- Den „Rat für Integration“ werden wir politisch aufwerten und effektiver organisieren. Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer benötigen schnelle Orientierung und passende Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache. Aber auch denen, die schon länger hier leben, geben wir Hilfestellung bei ihrer Integration. Zu einer glaubwürdigen Zuwanderungspolitik gehört auch, dass diese Regierung schnellstens dazugehen wird, die unhaltbaren Zustände im Ausländeramt zu beheben, meine Damen und Herren.
- (B) (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)
- Schließlich gehört zu einem weltoffenen Bremen auch ein entschiedenes Vorgehen gegen jegliche braunen Umtriebe.
- (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)
- Braunen Aufmärschen wie letztes Jahr in Gröpelingen werden wir uns immer widersetzen. Deswegen wollen wir auch prüfen, wie durch eine Neufassung des Versammlungsrechts – unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen – dem antifaschistischen Auftrag der bremsischen Landesverfassung Rechnung getragen werden kann.
- (Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)
- Meine Damen und Herren, ein entscheidender Beitrag und eine große Bedeutung für die Lebensqualität und den Zusammenhalt in unseren Städten kommt der Kultur zu. Die Sicherung der Chancengleichheit des Einzelnen in der Gesellschaft erfolgt in hohem Maße über die Beteiligung am kulturellen Leben. Kultur wirkt in den Stadtteilen, aber auch in vielen Bereichen, denn Kultur ist auch Bildung, Kultur ist auch Wissenschaft, Kultur ist Stadtentwicklung, Wirtschaft
- und Soziales. Die kulturelle Vielfalt ist ein besonderes Kennzeichen Bremens. Deshalb wird die Koalition sie schützen und für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag und das, was wir darin verabredet haben, ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Wir wollen es schaffen, dass unser Land und unsere beiden Städte weiterhin wirtschaftlich wachsen. Wir wollen, dass unsere Häfen florieren, für die deutsche Wirtschaft, aber auch damit die Menschen aus der Region hier Arbeit finden. Wir wollen, dass unsere Hochschulen weiterhin eine exzellente Ausbildung und Forschung bieten und oben mitspielen. Wir wollen, dass immer mehr Menschen unser schönes Bundesland zur Heimat nehmen.
- Bei aller Notwendigkeit zur Sparsamkeit und zur ständigen Prüfung, ob staatliche Aufgaben notwendig sind und ob sie günstiger angeboten werden können, muss eines klar sein: Bremen und Bremerhaven sind Kommunen, sind Gemeinden und nicht Konzerne, die Bereiche schließen, weil sie nicht mehr wirtschaftlich sind und die Leute hinauswerfen. So sind wir nicht!
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- (D) Politik darf nicht allein auf kurzfristige Erfolge beschränkt sein, sondern muss auch dort investieren, wo es betriebswirtschaftlich erst einmal keinen Sinn macht: in Kindergärten, in Schulen, in soziale Strukturen, in Sicherheit. Nur so können wir den Menschen in Bremen und Bremerhaven langfristig eine Perspektive bieten. Ich füge ganz ausdrücklich hinzu: Das geht nicht ohne Staat. Wir brauchen den Staat dazu, insbesondere zur Teilhabe und Chancengerechtigkeit.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Meine Damen und Herren, das Land Bremen steht nach wie vor unter erheblichem finanziellen Druck. Die schwierige Haushaltslage schnürt unsere Handlungsspielräume extrem ein. Wir klagen vor dem Bundesverfassungsgericht, um diese Haushaltsnotlage zu bewältigen und werben gleichzeitig im Rahmen der Föderalismusreform für eine gerechte Behandlung im bundesstaatlichen Finanzsystem.
- Wir wissen, dass in einigen Bereichen die Grenze des Zumutbaren beim Sparen erreicht ist und neue Herausforderungen bewältigt werden müssen. Grundlage zur Darstellung unserer bremsischen Eigenanstrengung ist der zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe gemeldete fortgeschriebene Finanzrahmen,

(A) der Bestandteil des Koalitionsvertrages ist. Darin verpflichten wir uns, die Investitionsausgaben schrittweise auf das Niveau Hamburgs zurückzufahren, die Steuermehreinnahmen in vollem Umfang zur Verringerung der Kreditaufnahme einzusetzen, die Personalausgabenzuwächse von 2008 bis 2011 auf jährlich ein Prozent zu begrenzen und die konsumtiven Ausgaben 2008 um 0,9 Prozent und 2009 um 0,7 Prozent abzusenken.

Das bedeutet für diese Regierungskoalition, dass wir unsere skizzierten Schwerpunkte nicht durch „Daraufsatteln“ umsetzen können, sondern durch Umsteuerung und Verzicht selbst erwirtschaften, ja erarbeiten müssen. So werden die notwendigen Personalverstärkungen an den Stellen, wo der Bürger sie braucht, wie bei der Polizei, in den Schulen, im Jugendbereich, nur dann finanzierbar sein, wenn gleichzeitig in anderen Bereichen, in den Kernbereichen, bei internen Verwaltungen, in ganz erheblichem Umfang eingespart wird. Hierfür müssen wir die Effektivität und Effizienz weiter steigern, wir müssen aber auch Aufgaben infrage stellen, ressortübergreifende und länderübergreifende Kooperationen, insbesondere mit Niedersachsen, suchen. Aber wir werden es – und auch das sei ausdrücklich gesagt – nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durchsetzen, sondern mit ihnen gemeinsam.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ein wichtiges Signal ist in diesem Zusammenhang, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Auch die Vereinbarung, dass im Jahr 2008 eine lineare Anpassung der Besoldung bei den bremischen Beamtinnen und Beamten erfolgen wird, ist ein Signal dafür.

Meine Damen und Herren, die enge Zusammenarbeit der norddeutschen Länder, aber gerade auch mit den Partnern in der Metropolregion ist ein weiterer Baustein zur Sicherung der bremischen Selbstständigkeit. Die besonderen strukturellen Bedingungen in der Küstenregion begründen eine gemeinsame Interessenlage. Die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Niedersachsen hat mit der Gründung der Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten eine neue Dimension erhalten. Wir werden die von der ersten Metropolversammlung eingeleitete Positionierung fortführen und durch weitere gemeinsame Initiativen der beiden Länder Bremen und Niedersachsen unterstützen.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag weist Felder aus, auf denen wir uns noch erhebliches Mobilisierungs- und Effektivierungspotenzial versprechen, zum Beispiel das Liegenschaftswesen, bei dem wir klare Verantwortlichkeiten, effektive Strukturen und Transparenz schaffen werden. Wir werden die Verwaltungsmodernisierung enger mit unseren Ins-

trumenten des E-Government zusammenbringen mit dem Ziel, Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität der erbrachten Leistungen zu erhöhen. Bei unseren Beteiligungen muss klar sein: Die Gesellschaften werden durch den Senat gesteuert und kontrolliert und nicht umgekehrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Nicht zuletzt der Untersuchungsausschuss „Klinikverbund“ hat gezeigt, welche Gefahren darin liegen, wenn Gesellschaften unkontrolliert ihr Eigenleben entwickeln. Es muss stets gewährleistet sein, dass die Gesellschaften in ihrem Handeln einen Beitrag für die formulierte Politik des Senats leisten. Es darf hier keine Fürstentümer oder Sonderzonen geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden dafür sorgen, dass die in der Verwaltung geltenden Standards, was beispielsweise Räume, Ausstattung oder IT angeht, auch in den Gesellschaften zur Anwendung kommen. Wir haben verabredet, dass das Landesgleichstellungsgesetz auch für die Gesellschaften Anwendung finden wird,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

und wir werden prüfen, ob alle Aufgaben, die zurzeit in Gesellschaften wahrgenommen werden, dort tatsächlich im Interesse Bremens richtig und günstig erfüllt werden, oder ob es besser ist, die Aufgaben direkt durch die Verwaltung durchführen zu lassen. Das ist eine wichtige und notwendige Prüfung, die wir uns vornehmen.

Meine Damen und Herren, diese Koalition wird auch die Investitionsausgaben auf das beschlossene Niveau senken müssen, übrigens nicht erst mit diesem Koalitionsvertrag beschlossen, sondern – ich darf noch einmal darauf hinweisen – beschlossen mit der Finanzplanung, die wir dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt haben. Dies ist insbesondere wegen der hohen Vorverpflichtungen ein zum Teil schwieriges und schmerzhaftes Unterfangen. Wir müssen noch sorgfältiger mit den begrenzten Investitionsmitteln umgehen und jeden Euro nicht zweimal, sondern drei- oder viermal umdrehen und immer wieder abwägen, ob entsprechende Investitionsentscheidungen notwendig, sinnvoll und wirtschaftlich sind.

Hierfür ist es erforderlich, die Investitionsprogramme zusammenzuführen, die Fonds und Sondertöpfe aufzulösen, die Sondervermögen einzubeziehen und auch die Wirtschaftsförderungsausschüsse abzuschaf-

(C)

(D)

(A) fen. Wir wollen eine transparente Investitionspolitik aus einem Guss, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vieles Wünschenswerte wird – das muss man offen sagen – nicht finanzierbar sein. Wir werden darüber, was notwendig ist, einen öffentlichen Diskurs führen, unsere Entscheidungen transparent machen und klare Prioritäten setzen im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Aber auch, um dies ganz deutlich zu sagen, in eine bestimmte Richtung: Dieser Koalitionsvertrag ist der erste, der nicht mehr, sondern weniger Ausgaben bedeutet, und deswegen auch ein richtiges Signal an das Verfassungsgericht, den Bund und die anderen Länder.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir machen dies nicht zum Selbstzweck, sondern auch in der Gewissheit, dass das, was wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen haben, darüber entscheidet, ob Bremen und Bremerhaven eine sichere Zukunft haben. Die Selbstständigkeit Bremens ist kein antiquierter Status. Selbstständigkeit bedeutet Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass wir unmittelbar unsere Interessen wahrnehmen können. Sie bedeutet direkte, eigene, schnelle Entscheidungsmöglichkeiten, von denen die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven profitieren. Es ist Stärke und Chance eines Stadtstaates, eigene Gestaltungskraft und Entscheidungskompetenz mit Bürgernähe und Transparenz zu verknüpfen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns an die Arbeit gehen! Ich möchte meine Einladung an Sie hier im Haus, aber auch an alle Bremerinnen und Bremer, Bremerhavenerinnen und Bremerhavener aussprechen: Machen Sie mit! Gestalten Sie mit! Bringen Sie sich ein! Jede und jeder Einzelne ist in ihrem und seinem Engagement für die gute Sache Bremens herzlich willkommen! – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und die ersten Tage und Wochen dieser neuen Regierung schon an der einen oder anderen Stelle auch öffentlich miteinander gestritten. Mir persönlich ist an der einen oder anderen Stelle der Vorwurf

gemacht worden, ich hätte meine Rolle als neuer Oppositionsführer in diesem Parlament vielleicht zu schnell gefunden. (C)

Nach der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich allerdings den Eindruck, dass der neue alte Präsident des Senats offensichtlich für eine Beliebtheit von Politik steht. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Vehemenz, sehr geehrter Herr Böhrnsen, Sie sich heute von der Politik der letzten 12 Jahre verabschiedet haben und gleichzeitig auch sprachlich, obwohl Sie davon sprechen, wir wollen ideologiefrei miteinander debattieren, hier Parolen des Klassenkampfes in den Plenarsaal geworfen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP – La-
chen bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken – Abg. Frau
B u s c h [SPD]: Oh, sind Sie albern!)

Vielleicht haben Sie nicht richtig zugehört, Frau Kollegin Busch, oder es nicht richtig verstanden, was er gesagt hat.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Doch, ich habe
sehr gut zugehört, das ist Ihnen wohl schein-
bar entgangen! – Abg. D r . G ü l d n e r
[Bündnis 90/Die Grünen]: Mittagessen für
Kinder ist Klassenkampf! Kostenloses Mit-
tagessen für Kinder, das ist bei Ihnen im Kopf
Klassenkampf!)

Aber ich will an dieser Stelle sagen, sehr geehrter Herr Böhrnsen, ich weiß gar nicht, wer jetzt der echte Kollege Böhrnsen ist, ob es der ist, mit dem wir die letzten Jahre vertrauensvoll gemeinsam zum Wohle unseres Landes regiert haben, oder ob es der neue Jens Böhrnsen ist, der offensichtlich seine Politik für die nächsten Jahre in diesem Parlament nicht an der gesamten Bevölkerung, sondern nur an den sogenannten benachteiligten Menschen in unserem Gemeinwesen ausrichten will.

Meine Damen und Herren, alle Bremerinnen und Bremer und alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener haben einen Anspruch darauf, dass diese Regierung sich um sie kümmert, die, die Arbeit haben, und die, die Arbeit suchen,

(Beifall bei der CDU)

die, die Bildungschancen haben, und die, die Bildungschancen suchen! Es ist fatal, sich nur auf die zu konzentrieren, die sich selbst für benachteiligt halten oder tatsächlich durch unser gesellschaftliches System benachteiligt sind.

Bundesweit wird zurzeit auch viel diskutiert über das Verhältnis, Herr Sieling, Ihrer Partei zur Linkspartei. Der Kollege Erlanson hat in der letzten Parlamentsdebatte bei der Neuwahl des Senats ja schon

(A) auf die bemerkenswerten Übereinstimmungen in der Programmatik der Linkspartei und der Programmatik der neuen Regierung hingewiesen. Ich finde, der Präsident des Senats hat sich keinen Gefallen damit getan, dass er heute einen weiteren Beweis dafür geliefert hat, dass diese Regierung und die Linkspartei nicht einmal mehr 50 Cent auseinander liegen. Denn mit seiner Forderung nach einem flächendeckenden einheitlichen Mindestlohn ist der einzige Verbündete, den er in Deutschland gefunden hat, ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin, der rot-rot seine Stadt, wenn man es überhaupt so nennen will, regiert.

Meine Damen und Herren, Bremen ist nicht arm, und Bremen ist vielleicht auch nicht so sexy wie Berlin. Bremen hat viele Menschen, die sich jeden Tag in ihrer täglichen Arbeit für unser Gemeinwesen einbringen, die Leistung zeigen, die sich engagieren und die zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Sie haben einen Anspruch darauf, von dieser Regierung vertreten zu werden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

(B) Der Präsident des Senats hat 3 Säulen der neuen Regierungspolitik von Rot-Grün vorgestellt. Ich sage, diese neue Regierung birgt für unser Bundesland drei ganz große Gefahren. Die erste große Gefahr ist, dass, sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen, wir haben den Eindruck, Sie mit der Regierungserklärung heute und der Koalitionsvereinbarung in Wahrheit nur ein Lippenbekenntnis zur Fortsetzung des finanzpolitischen Stabilitätskurses unseres Bundeslandes abgegeben haben. In Wahrheit haben Sie mit Ihrem Koalitionsvertrag Versprechen in dreistelliger Millionenhöhe gemacht und eine Gegenfinanzierung von 300 000 Euro angeboten. Das ist nicht seriös, das wird das Verfassungsgericht nicht überzeugen, und das wird andere Länder in den Föderalismusreformverhandlungen auch nicht davon überzeugen, uns zur Seite zu stehen und uns zu helfen. Wir haben in den letzten Jahren viel Vertrauen aufgebaut durch eine stabile, sparsame Haushalts- und Fiskalpolitik in Bremen,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

und ich kann nur davor warnen, dass Sie dies innerhalb von Stunden umwerfen! Wo ist denn die Gegenfinanzierung für Ihre Maßnahmen, sehr geehrter Herr Kollege Güldner?

(Beifall bei der CDU)

Sie machen Millionenversprechungen, ohne auch nur einen Euro der Gegenfinanzierung darzustellen, und wenn Sie jetzt sagen, Sie hätten im Koalitionsvertrag doch geschrieben, das soll alles im Rahmen der vorhandenen Eckwerte erfolgen: Vielleicht durch

Umverteilung, kann ja sein, ich habe überlegt, wie wollen die das eigentlich finanzieren, vielleicht durch Umverteilung, mag sein!

(C)

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Es wurmt ihn so, dass wir mehr Polizisten einstellen!)

Dann nehmen wir einmal das Quotenmodell, das der Finanzsenator immer anwendet, wie wir dann Mehrausgaben entsprechend auf die Ressorts verteilen! Gehen wir von 100 Millionen Euro aus, dann muss das Sozialressort von diesen 100 Millionen Euro 28 Millionen Euro, das Sportressort von den 100 Millionen Euro 3 Millionen Euro bringen – das entspräche übrigens einem Drittel des gesamten Sportetats –, und das Wissenschaftsressort, während Sie sich ja für die Verbesserung der Lehre einsetzen wollen, muss von den 100 Millionen Euro immerhin 23 Millionen Euro erbringen. Meine Damen und Herren, das ist nicht solide! Das ist linke Tasche, rechte Tasche! Wenn man für Bremen etwas Gutes tun will, muss man es auch finanzieren, und das haben Sie nicht getan!

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Im Zusammenhang mit der finanzpolitischen Solidität dieser Regierung steht auch der zweite ganz bemerkenswerte neue Kurs dieser Regierung. Ich glaube, dass diese Regierung eine nachhaltige Gefahr für die vorhandenen Arbeitsplätze ist. Ich habe soeben schon darauf hingewiesen, dass die Mehrheit der Menschen in unseren beiden Städten noch davon lebt, dass sie durch eigener Hände Arbeit ihren Lebensunterhalt verdient und sogar noch über Steuern und Abgaben dazu beiträgt, dass es zu einem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft kommt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das, obwohl Sie mitregiert haben, das ist in der Tat ein Wunder!)

Meine Damen und Herren, Bremen und Bremerhaven haben Tausende von industriellen Arbeitsplätzen, im Kfz-Bau beispielsweise, in der Nahrungsmittelindustrie, im Hafenumschlag ohnehin und auch auf den Werften, die wir in unserem Land noch haben. Diese 3 Branchen hat der Präsident des Senats in seiner Regierungserklärung mit keinem einzigen Satz erwähnt. Offensichtlich stehen sie nicht auf seiner politischen Agenda. Die Menschen, die jeden Tag in Bremen und Bremerhaven arbeiten, haben einen Anspruch darauf, von dieser Regierung vertreten zu werden! Dass sie sich um ihre Arbeitsplätze kümmert, das ist die erste Aufgabe dieser Regierung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Sie sind ja ein Bauernfänger!)

(A) Stattdessen ist das Erste, was diese Regierung macht, Arbeitsplätze zu gefährden.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das ist ja niedlich!)

Ich will die Diskussion um die Genehmigung des neuen Kraftwerkes an dieser Stelle noch einmal aufgreifen, weil der Eindruck von Ihnen und auch öffentlich verbreitet worden ist, man sei da ja jetzt in einem geordneten Verfahren, wo am Ende vielleicht die beiderseitigen Meinungen zu einem gegenseitigen Nachgeben und auch zu einem wie auch immer gearteten Kompromiss zu führen sind.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist doch eine andere: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist vor der Wahl festgelegt worden, dass sie dieses Kraftwerk nicht will. Sie hat sich entschieden gegen 500 Arbeitsplätze und hat sich entschieden für eine vermeintliche Verhinderung der Genehmigung eines solchen Kraftwerkes. Das ist die Wahrheit, und in dieser Koalition sind Sie nicht über diese Hürde gesprungen. Stattdessen haben Sie das Thema vertagt. Aber die Position der Grünen hat sich nicht verändert! Der neue Umweltsenator hat vor zwei Tagen noch in einem „Weser-Kurier“-Interview gesagt, seine Meinung sei klar, er will dieses Kraftwerk nicht, und deswegen sage ich, Herr Böhrnsen: Wenn diese Regierung das Kraftwerk nicht will, dann sagen Sie es den Menschen heute und nicht erst im Oktober, und warten Sie nicht darauf, dass die Entscheidung sich erübrigt, weil Sie sie durch Zeitverzögerung nicht gefällt haben! Die Menschen haben einen Anspruch auf diese Entscheidung, und das ist Ihre persönliche Aufgabe, dafür zu sorgen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei der Außenweservertiefung, im Übrigen, ist der Formelkompromiss wirklich klassisch, so etwas kann nur eine rot-grüne Regierung finden, in dem es heißt, jawohl, wir sind für die Vertiefung der Weser, aber die Ausgleichsmaßnahmen sollen die Niedersachsen machen. Das hat übrigens in Hannover große Freude ausgelöst, kann ich Ihnen an dieser Stelle sagen, und die Bereitschaft, mit Bremen in den nächsten Jahren über die Frage von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu reden, ist damit enorm vergrößert worden.

Meine Damen und Herren, so geht man unter Nachbarn nicht miteinander um! Wenn man ein gemeinsames Konzept für den ökologischen Schutz der Weser will, dann muss man ihn gemeinsam verabreden, aber nicht von Bremen an Niedersachsen diktieren. Das ist politisch fahrlässig und gefährdet unsere guten Beziehungen zu unserem niedersächsischen Umland.

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD
und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Zur finanzpolitischen Solidität, will ich an dieser Stelle noch einmal sagen, Herr Kollege Böhrnsen, haben Sie gesagt, wir werden in Zukunft jeden Euro dreimal umdrehen. Nach dem, was Sie hier heute erklärt haben, meine Damen und Herren, nach dem, was Sie an Versprechungen gemacht haben im Sozialbereich, im Bildungsbereich, im Bereich der Ökologie, bin ich mir sicher, Sie werden nicht jeden Euro dreimal umdrehen, Sie wollen jeden Euro dreimal ausgeben, und das geht nicht! Das geht in Bremen schon seit Jahren nicht mehr!

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau
S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich mache mir drittens große Sorgen um die Zukunft unserer Kinder,

(Lachen bei der SPD)

weil diese Koalition offensichtlich nur die benachteiligten Kinder im Blick hat, und Sie haben bei allem Gelächter in Ihrer Fraktion offensichtlich nichts gelernt aus dem Ausschuss, der sich mit dem tragischen Schicksal des kleinen Kevin befasst hat.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man bei einer Regierungsneubildung nicht die Kraft hat, die notwendigen Konsequenzen aus einem organisatorischen und personellen Versagen eines gesamten, großen Ressorts zu ziehen, dann hat man auch nicht die Kraft, 4 Jahre lang gemeinsam miteinander zu regieren.

(Zurufe von der SPD)

Frau Kollegin Busch, wenn Sie etwas zu sagen haben, können Sie sich ja als Fraktionsvorsitzende bewerben, dann dürfen Sie hier auch reden, aber nicht immer dazwischenblöken!

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei uns dürfte Frau Busch immer reden, ich weiß nicht, wie das in der SPD-Fraktion ist.

(Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter! Das ist jetzt die Aussprache zur Regierungserklärung, und ich bitte doch, dass wir hier zumindest ein geordnetes Verfahren machen!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr verehrte Damen und Herren, die Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter hat nur ein knappes Vertrauen dieses Parlaments. Sie hat

(C)

(D)

(A) mit 42 Stimmen gerade die erforderliche gesetzliche Mehrheit für ihre Wahl bekommen, und ich sage Ihnen, das ist auch richtig und konsequent.

Ich bin mir ganz sicher, sehr geehrte Frau Rosenkötter, dass Sie die 4 Jahre in dieser Regierung nicht im Amt überstehen werden. Bremen braucht einen Sozialsenator oder eine Sozialsenatorin, die sich nicht um ein Netzwerk sozialdemokratischer Träger und Kulturvereine kümmert, sondern jemanden, der sich um das Schicksal der von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen kümmert, der sie fördert und der sie wieder in unsere Gesellschaft zurückholt.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen nicht das Geld mit der Gießkanne auszugeben und viele Fotos mit der Sozialsenatorin, wir brauchen jemanden, der dieses Ressort in Ordnung und in Schuss bringt, und die Person, sehr geehrte Frau Rosenkötter, sind Sie leider an dieser Stelle nicht!

(Beifall bei der CDU)

(B) Natürlich tut es einer Regierung gut, wenn sie frisches Blut von außen bekommt, das ist nach einem Regierungswechsel auch ganz natürlich. Aber auf die eine oder andere Merkwürdigkeit will ich an dieser Stelle dann doch noch einmal hinweisen. Ich habe der Zeitung entnommen, dass die Staatsrätin im Sozialressort, Frau Weihrauch, beabsichtigt, aus dem Amt auszuschcheiden, weil sie 64 Jahre alt wird. Ich habe der Zeitung entnommen, dass der ehemalige grüne Abgeordnete Dieter Mützelburg in diese Regierung eintreten will, weil er 64 Jahre alt geworden ist.

Nun frage ich die Regierung, meine Damen und Herren: Was ist der Unterschied zwischen einer 64-jährigen Sozialdemokratin und einem 64-jährigen Grünen?

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Die eine muss gehen, der andere darf bleiben, das ist doch keine konsistente Personalpolitik, meine Damen und Herren, insbesondere dann, wenn man sich den Aufgabenbereich von Herrn Mützelburg anschaut. Er soll die grüne Bundesratsarbeit koordinieren, das geht relativ schnell, sehr geehrter Herr Dr. Güldner, denn im Bundesrat ist nur Bremen mit einem Grünen vertreten, das kann er morgens allein in seinem Büro machen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat ja auch keiner gesagt! Sie lügen! Das ist eine Ihrer vielen Lügen, mit denen Sie nicht durchkommen werden!)

Wir brauchen keinen Staatsrat, der die grüne Bundesratsarbeit koordiniert, meine Damen und Herren,

(C)

(Beifall bei der CDU)

wir brauchen Menschen, die sich für Bremen engagieren in Verantwortung in dieser Regierung, und keine Versorgungsposten für ehemalige Landesvorstandssprecher der Grünen!

Den Stil dieser neuen Regierung will ich an dieser Stelle dann personell vielleicht auch gleich noch einmal werten. Nachdem Sie den ehemaligen Finanzsenator, der weit über die Grenzen dieses Parlaments hinaus Ansehen gehabt hat, durch einen mittelbar oder unmittelbar, direkt oder indirekt, stark oder schwach ausgeübten Zwang zum Parteibeitritt zur Genossenpartei zwingen wollten und er deswegen couragiert den Hut genommen hat, scheint sich jetzt auch in diesem Hause offensichtlich wieder einzuschleichen, dass man in Bremen nur etwas werden kann, wenn man Sozialdemokrat ist.

Meine Damen und Herren, der Direktor der Bremischen Bürgerschaft ist keine persönliche Verfügungsmasse des Präsidenten des Senats. Diese Bürgerschaft besteht aus fünf demokratisch legitimierten Fraktionen, und sie haben einen Anspruch darauf, mit einem Bürgerschaftsdirektor vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, der das Vertrauen des gesamten Hauses genießt. Die Stelle des Direktors ist kein Versorgungsposten für zurückgetretene Senatorinnen oder Senatoren in Bremen, meine Damen und Herren, das entspricht nicht dem Selbstverständnis dieses Parlaments.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Besonders bemerkenswert sind an dieser Stelle auch die Aussagen zur künftigen Bildungspolitik dieser Regierung. Sie sagen zwar auf der einen Seite, Sie wollen die ideologisierten Grabenkämpfe nicht wieder ausrufen, aber wer bricht denn im Moment mit dem Schulfrieden? Die CDU-Fraktion hat sich vertrauensvoll mit Willi Lemke nach dem PISA-Desaster auf eine neue Schulstruktur in Bremen verständigt,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche Struktur?)

die wir gerade einmal anfangen, vorsichtig und vernünftig miteinander zu leben. Eltern haben das erste Mal in Bremen die Möglichkeit, nicht vom Staat aufgezwungen zu bekommen, in welche Schule ihr Kind geht, sondern sie haben so etwas wie eine freie Schulwahl. Sie können zwischen unterschiedlichen Schulformen und Schularten wählen. Sie wollen dieses System wieder zerschlagen und in die gleichmacherische Gesamtschule zurückführen, die uns ans Ende der PISA-Tabelle geführt hat, meine Damen und Her-

(A) ren. Wer das tut, versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder! Sie haben jetzt den Hauch einer Chance, im Wettbewerb mit den Kindern aus anderen Bundesländern und anderen Ländern in den Wettstreit zu treten um die besten Köpfe. Sie verhindern die Zukunftschancen dieser Kinder, indem Sie versuchen, sie alle über einen Kamm zu scheren. Das ist fahrlässig, und es verspielt die Zukunft der Kinder in unserem Bundesland, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Sagen Sie den Menschen doch einmal, ob Sie das Gymnasium jetzt abschaffen wollen oder nicht! Es steht dort nichts darüber, Sie wollen schrittweise in den gemeinsamen Unterricht bis Klasse 10. Bedeutet das jetzt das Aus für die durchgängigen Gymnasien, die wir gerade neu geschaffen haben? Bedeutet das das Aus für das Abitur nach 12 Jahren und auch das Aus für die Finanzierung von privaten Schulträgern in Bremen und Bremerhaven, meine Damen und Herren?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Alles Lügen!)

Diese Regierungsvereinbarung und diese Regierungserklärung sind gerade im Bereich der Bildungspolitik an Abstraktheit nicht zu überbieten. Sagen Sie den Menschen, was Sie mit ihren Kindern vorhaben, damit sie sich ein Urteil darüber bilden können, ob sie diese Regierung gut oder schlecht finden!

(B) Ich bin sicher, dass die von der CDU mitverantwortete Schulstruktur, die Willi Lemke gegen viele Widerstände auch in seiner eigenen Partei durchgesetzt hat Seite an Seite mit uns, die Schulstruktur ist, die den Kindern den gerechtesten Zugang zu Bildung verschafft. Das ist meine feste innerliche Überzeugung!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wegen Ihrer hundsmiserablen Bildungspolitik sind Sie abgewählt worden!)

Sehr geehrte Frau Stahmann, die Bremer Kinder sind nicht deswegen im bundesweiten Vergleich schlechter, weil sie in Bremen dumm geboren wurden, sie sind deswegen schlechter, weil sie durch eine schlechte Bildungspolitik der SPD-Alleinregierung über viele Jahrzehnte schlecht ausgebildet worden sind. Das ist die Wahrheit, deswegen hatten die Kinder eine schlechtere Chance!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sehr dafür, dass wir uns in PISA vergleichen, und es ist ja bezeichnend, dass der Präsident des Senats gesagt hat, unser Vorbild seien die starken PISA-

Länder. Jawohl, dann lassen Sie uns doch einmal bei den starken PISA-Ländern beginnen! Warum schauen Sie eigentlich nach Norwegen, warum schauen Sie nicht nach Bayern, nach Baden-Württemberg oder nach Sachsen, wo gerade Kinder aus benachteiligten Familien bessere Bildungschancen haben als in Bremen? Meine Damen und Herren, da, wo die CDU regiert, geht es benachteiligten Kindern besser als da, wo Rot-Grün reagiert, das ist die Wahrheit! Wir setzen auf individuelle Förderung und Leistung und nicht auf Gleichmacherei.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Absoluter Unsinn!)

Im Übrigen ist es fatal, gerade in dem Bereich die zukünftigen Bildungsausgaben nur auf benachteiligte Stadtteile konzentrieren zu wollen. Meine Damen und Herren, alle Kinder, die in Bremen und Bremerhaven wohnen und zur Schule gehen, haben einen Anspruch darauf, dass sie einen ihren Neigungen und Begabungen entsprechenden Schulabschluss in Bremen durch unseren Staat ermöglicht bekommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie ja nie gemacht!)

Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur für die benachteiligten Kinder, das gilt auch für die vielen Kinder, die aus geordneten Familienverhältnissen kommen, die nicht vernachlässigt werden, die eine gerechte Ausbildung, die eine vernünftige Erziehung genossen haben. Sie haben genauso starken Anspruch darauf, dass der Staat ihre Ausbildung sicherstellt, wie die aus benachteiligten Familien. Sie lenken den Blick nur noch auf die linke Seite dieses Parlaments und dieses Hauses, meine Damen und Herren, und das ist nicht Bremen, und das ist nicht Bremerhaven, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wieswegen sind denn Sie abgewählt worden?)

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Präsident des Senats neue Prioritäten in der Wirtschaftspolitik setzen will, das finde ich gut! Das ist auch dringend erforderlich, denn der jetzige Senator für Wirtschaft und Häfen wird nur noch begrenzte Zeit von dem Vorrat der Beschlüsse der alten Regierung leben können.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Na, Gott sei Dank!)

Vergangenen Samstag zum Beispiel hat er freudestrahlend die Erweiterung des Außengeländes des

(C)

(D)

(A) Universums eingeweiht. Ich weiß noch ziemlich genau, wie Rot und Grün gegen dieses Projekt gewettert und die Finanzierung vereitelt haben, meine Damen und Herren. Ich freue mich, dass der Wirtschaftsminister offensichtlich mit diesen Erfolgsprojekten der alten Regierung offensiv umgeht, ich finde das gut! Aber, Herr Senator Nagel, das wird nicht mehr lange reichen. Irgendwann werden Sie mit eigenen Projekten kommen müssen, und wie die aussehen sollen, das ist weder der Koalitionsvereinbarung noch der Regierungserklärung von heute zu entnehmen.

Ich zitiere einfach einmal Seite 114 Ihrer Koalitionsvereinbarung, wobei ich zugeben muss, dass ich die von der SPD-Homepage zitiere, denn Bündnis 90/Die Grünen hat die entsprechenden Fehler schon an der Stelle bereinigt. Dort heißt es: „Bei der Haushaltsaufstellung werden nach den bereits rechtlich gebundenen Mitteln vorweg die in dieser Vereinbarung ausdrücklich als Priorität festgelegten Investitionsmaßnahmen berücksichtigt (gegebenenfalls Nennung der Maßnahmen).“ Aber wer die Koalitionsvereinbarung liest, der findet an keiner Stelle solche Maßnahmen, die in irgendeiner Weise priorisiert worden sind. Meine Damen und Herren, diese rot-grüne Regierung ist in der Wirtschaftspolitik völlig kontur- und inhaltslos.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich kann Sie nur auffordern im Interesse der Menschen, die in Bremen arbeiten, die Beschäftigung haben, und der Menschen, die arbeitslos sind und Beschäftigung suchen, schärfen Sie Ihr wirtschaftspolitisches Profil!

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Herr Gloystein ist ein gutes Beispiel gewesen!)

Das heißt, nicht nur abzurechnen mit dem, was in der Vergangenheit war, sondern das heißt auch, Initiativen zu entwickeln für die Menschen, die zwingend darauf angewiesen sind, ihren Lebensunterhalt durch eigener Hände Arbeit zu bestreiten. Meine Damen und Herren, im Sinne der Menschen in unserem Land fordere ich Sie auf, eine Wirtschaftspolitik zu finden, die Beschäftigung sichert und Beschäftigung fördert, und nicht solch eine, die sie nur gefährdet!

Wir werden als CDU-Fraktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierungsarbeit stets konstruktiv begleiten,

(Lachen bei der SPD – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das haben wir gemerkt!)

wo sie konstruktiv zu begleiten ist. Es ist noch vieles unverbindlich und im Nebel, und deswegen sage ich zu, dass wir, sehr geehrter Kollege Böhrnsen, selbstverständlich zu den bisher getroffenen Verabredungen stehen. Wenn es dieser Regierung gelingt, sich in dem

Spagat zwischen den Ausgabenwünschen, die Sie alle detailliert vorgetragen haben als Ihr Programm, und der finanzpolitischen Solidität für den zweiten Weg, nämlich den der Solidität, zu entscheiden, haben Sie uns an Ihrer Seite. Sollte sich herausstellen, dass Sie die Erfolgsaussichten Bremens in dem Klageverfahren beim Bundesverfassungsgericht und in den anstehenden Verhandlungen um die Föderalismusreformkommission durch eine fahrlässige Haushalts- und Ausgabenpolitik gefährden, werden Sie uns nicht mehr an Ihrer Seite haben.

(C)

Wir stehen zu den getroffenen Verabredungen, Kollege Böhrnsen, aber wir stehen auch nur zu diesen Verabredungen und nicht zur neuen Ausgabenpolitik des rot-grünen Senats. Ich fordere Sie abschließend auf, sehr geehrter Präsident des Senats, Kollege Böhrnsen, nehmen Sie bitte auch in der künftigen Regierungszusammenarbeit die gesamte Bevölkerung unserer beiden Städte in den Blick! Konzentrieren Sie sich nicht nur auf die Benachteiligten, auch wenn das sozialdemokratische Herz an der Seite ganz besonders schlägt!

Alle Menschen, die in den beiden Städten unseres Landes leben, haben einen Anspruch darauf, von diesem Parlament und von dieser Regierung vertreten zu sein, unabhängig davon, wie ihre soziale Lage ist, unabhängig davon, wie ihre Einkommensverhältnisse sind, auch unabhängig davon, wem sie in diesem Parlament das Vertrauen geschenkt haben. Ich fordere Sie auf, ein Präsident des Senats für die gesamte Bremer Bevölkerung zu sein! – Vielen Dank!

(D)

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode wird über die Zukunft unseres Bundeslandes entschieden, über die Chancen, die wir haben, uns eigenständig zu finanzieren, darüber, ob es gelingt, von den durch den Strukturwandel enorm gestiegenen Schulden entlastet zu werden, und darüber, ob wir die – und zwar alle – möglichen Eigenanstrengungen schaffen für Haushaltskonsolidierung, für Wachstum, aber auch für den sozialen Zusammenhalt. Die nächsten Jahre werden so gesehen für Bremen und Bremerhaven entscheidend. Bürgermeister Böhrnsen hat hierzu im Hause die entscheidenden Leitlinien des neuen Senats und der neuen rot-grünen Regierung dargelegt.

Aber, meine Damen und Herren, Herr Röwekamp, soll das, was wir gerade gehört haben, der Beitrag der Opposition zur Zukunft dieses Landes gewesen sein? Nein, Herr Röwekamp, das, was wir hier gehört haben, war es nicht, das war rückwärtsgewandt, es war orientierungslos, und vor allem war es auf die po-

- (A) litische Spaltung dieses Landes gerichtet mit Ihren Aussagen, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das war einer hanseatischen Opposition nicht würdig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie haben hier von Parolen des Klassenkampfes schwadroniert, was Sie aber in Wirklichkeit gemacht haben, war Klassenkampf von oben, das war Ihre Rede.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich muss aber gestehen, dass ich wenig Lust habe, mich damit weiter auseinanderzusetzen, sondern bei den einzelnen Punkten darüber rede, denn wir reden ja heute Gott sei Dank nicht über diese Aufführung der einen Oppositionsfraktion, sondern wir reden über das, was sich die Regierung vorgenommen hat. Wir reden nicht über Vergangenheit, Herr Röwekamp, wir reden über Zukunft, und wir reden hoffentlich über Licht und nicht über den Schatten, den Sie hier auf Bremen und Bremerhaven fallen lassen wollen.

- (B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Da Sie ja am Ende – immerhin schätzungsweise zweieinhalb Minuten Ihrer Rede – versucht haben, etwas Versöhnung in den Raum zu bringen, und dabei die Finanzpolitik angesprochen haben, wo Sie uns und diesem Senat vorgeworfen haben, er wäre nicht in der Lage, seine Dinge zu finanzieren, will ich auch gern damit anfangen, weil wir dort in der Tat Solidität auf die Reihe bringen müssen. Dann will ich bitte an der Stelle einmal sagen, und ich finde, das muss wahrgenommen werden, der Senat war fünf Tage im Amt, da war die erste Maßnahme, dafür zu sorgen, dass der laufende Haushalt ordentlich abgewickelt werden kann, für den wir in der Föderalismusreform auftreten, sodass wir keine Verstöße gegen die Vorgaben, die wir nach Karlsruhe geschickt haben, vorlegen.

Das hat dieser Senat als erste Tat getan. Herr Röwekamp, ich bitte, dass wir alle daran denken, alle, vor allem die CDU-Fraktion, aber natürlich auch meine Fraktion, und wir haben dies in der Tat vor Augen! Dieser Haushalt, über den wir in diesem Jahr reden und mit dem der Senat umgehen muss, ist der Haushalt der Großen Koalition, meine Damen und Herren. Herr Röwekamp, es ist auch Ihr Haushalt, auch Sie haben ihn mitverantwortet, und Sie haben auch mitverantwortet, dass wir es im Bereich des Innenressorts mit Altlasten zu tun und übermäßige Lasten

- haben, die nicht ordnungsgemäß vorgelegt wurden in Ihrer Amtszeit. Das war Ihr Fehler, und jetzt wird dieser Senat das ausbügeln! (C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich werbe sehr dafür, dass wir dazu stehen, was wir gemacht haben. Wir Sozialdemokraten tun dies, wir haben diese Große Koalition 12 Jahre lang geführt und gestaltet. Natürlich hat es dort Entwicklungen gegeben, die man ändern muss. Das ist, glaube ich, immer so, das hätte jede Regierung in dieser Legislaturperiode machen müssen. Das Problem ist doch gewesen, dass wir in den vergangenen Jahren, in den vergangenen Wochen und Monaten vor allem, in eine richtige Blockadesituation gekommen sind, aus der wir heraus müssen. Dazu will ich einmal sagen: Die Forderung dieses Bundeslandes für Mindestlohn, für gerechte Entlohnung ist etwas, das die CDU-Fraktion, namentlich Sie, Herr Röwekamp, blockiert haben. Ich bin stolz darauf, dass wir jetzt mit dieser neuen Regierung in den Bundesrat gehen und eine eindeutige Position haben.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der Linken)

- Ds ist genau das, was Sie ja verlangen und was Sie hier angesprochen haben. Wir müssen das Land zusammenhalten, wir müssen dafür sorgen, dass diese Regierung eine Regierung für alle in den beiden Städten ist. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ein Teil der Bevölkerung Bremens und Bremerhavens auch in den letzten 12 Jahren an den Rand der Gesellschaft gedrückt worden ist, und diese Regierung hat sich vorgenommen, das zu korrigieren! Wir machen den Zusammenhalt, wir sorgen dafür. (D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe mich vor Erstaunen kaum halten können, muss ich sagen, als ich diese Ausführungen zur Wirtschaftspolitik hier gehört habe und dazu, dass es nun in der Wirtschaftspolitik zum Stocken kommen würde, zur Verlangsamung des Prozesses und all diese Dinge. Ich will dazu einmal sagen, es ist, glaube ich, eine Grundweisheit, dass das Wichtigste für eine solide Wirtschaftspolitik ist, dass man Vertrauen und Kontinuität schafft. Es war keine Leistung der Kontinuität, innerhalb von 4 Jahren drei Wirtschaftssenatoren, Herrn Perschau, Herrn Gloystein – ich erinnere daran – und Herrn Kastendiek, hier zu verarbeiten. Wir haben mit Herrn Nagel ein Angebot, das wird 4 Jahre lang halten. Das ist der erste Beweis für Kontinuität und Vertrauen, den wir hier bringen werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) Dann ist es ja an Lächerlichkeit kaum zu überbieten, wenn man dem Bürgermeister und Präsidenten des Senats hier vorwerfen will, er würde sich nicht um die Industrie kümmern, er würde sich nicht darum kümmern, was auf den Werften geschieht, was im Kfz-Gewerbe, in der Nahrungsmittelindustrie passiert. Warum erwähnen Sie denn nicht die anderen Bereiche, die Luft- und Raumfahrt, all die großen Branchen,

(Zuruf der Abg. Frau Winther [CDU])

wo der Bürgermeister vorweggegangen ist, um dies anzuschieben? Frau Winther, der Mittelstand wird in dieser Wirtschaftsförderung, die wir auflegen, mit der Veränderung, die notwendig ist, endlich zu dem Stellenwert kommen, den er in der Großen Koalition nie bekommen hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist doch die Wahrheit! Es ist doch keine Mittelstandspolitik, wenn Herr Röwekamp hier bejammert, dass beim Universum die öffentliche Hand nicht die geforderten 30 Millionen Euro in die Hand genommen hat, sondern wir für 10 Millionen Euro ein Angebot gemacht haben.

(B) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das kann Herr Nagel hier stolz eröffnen, Herr Röwekamp!

Frau Winther, ich bin stolz darauf, ich bin stolz und froh – und wenn die Grünen schon in der Opposition geholfen haben, dann zeigt es, dass sie schon in der Opposition konstruktiv waren und sich bemüht haben, hier für geringe Ausgaben zu sorgen –, ich bin froh, dass wir die große Lösung nicht gemacht haben, denn auch dies wird ein Erfolg. Das Universum ist ein gutes Projekt, und wir wollen das, und wir werden das auch weiter ordentlich begleiten.

Ich will aber vor allem auch darauf hinweisen, dass es im Bereich der Wirtschaftspolitik zu Kontinuität an Elementen und an Ecken kommen wird – es ist hier noch nicht zur Sprache gekommen, der Bürgermeister hat es kurz angesprochen –, wo es vielleicht nicht erwartet worden wäre. Wir werden auch in der Erschließung und Bereitstellung von Gewerbeflächen dafür sorgen, dass es ein ordentliches Angebot gibt, meine Damen und Herren. Ich darf es einmal nur für Bremen sagen – für Bremerhaven gibt es dort eine Reihe von Vorschlägen –, für Bremen werden wir dafür sorgen, dass sich die Überseestadt ordentlich entwickelt. Wir werden dafür sorgen, dass sich die Marsch an der Hansalinie, allerdings auch unter Beachtung

der landschaftsschutzlichen und ökologischen Aspekte, ordentlich entwickelt, und auch der Technologiepark, meine Damen und Herren, wird die Möglichkeiten bekommen, für die wir in der Großen Koalition gegen Sie, Herr Röwekamp, noch kämpfen mussten, dass dort nämlich verdichtet und höher gebaut wird, das wird jetzt Politik des Senats.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe gern die Worte am Ende gehört, diese höchstens zweieinhalb Minuten, als es um den konstruktiven Teil ging. Ich bin aber nicht ganz sicher und weiß nicht, ob Sie nach Hannover gefahren sind, um dort bei Herrn Wulff Ihr ganzes Leid zu klagen, oder ob Sie nur telefoniert haben, aber wenn Sie als Bremer, als ehemaliger Bürgermeister mit der niedersächsischen Landesregierung über große Projekte wie die Außenweser reden, erwarte ich dabei, dass Sie dies konstruktiv tun im Interesse des Landes und dafür sorgen, dass auch Niedersachsen die verabredeten Dinge tut, und dass Sie das nicht hintertreiben durch Telefonate oder Besuche dort, wie Sie uns hier versucht haben weiszumachen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber weil es Ihnen ja ein bisschen an ökologischem Gewissen fehlt – von Ökologie habe ich im Übrigen in dieser Oppositionsrede gar nichts gehört –, möchte ich Ihnen eigentlich eher empfehlen, wenn Sie mit niedersächsischen Politikern reden: Fahren Sie doch nicht ganz nach Hannover! Von Bremerhaven ist es für Sie ja nicht weit nach Bad Bederkesa. Ich lese interessiert, dass der CDU-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Herr McAllister, der dort in Bederkesa wohnt, weit sensibler ist im Hinblick auf die Vertiefungsfragen von Flüssen, insbesondere der Elbe. Der Mann hat begriffen, worum es da geht. Diesen Lernprozess sollten Sie machen. Machen Sie ein Seminar in Bad Bederkesa, dann wissen Sie das!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich möchte zu einem weiteren Thema kommen, bei dem das Erstaunen ja gar kein Ende nimmt, das ist die Bildungspolitik. Der Bürgermeister hat deutlich gemacht: Der Koalitionsvertrag spricht eine klare Sprache. Diese Koalition wird fortführen, was Senator Lemke angefangen hat. Er wird es weiterentwickeln und wird vor allem die Dinge auch umsetzen können, mit denen Willi Lemke leider nicht hat durchdringen können.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Gibt es noch
Gymnasien?)

(C)

(D)

(A) Herr Röwekamp, hören Sie gut zu! Wir werden das tun, genau in dem Maße, wie wir es bisher getan haben.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Kann man mit Ja oder Nein beantworten!)

Wir werden uns sehr ausrichten an dem, was die Eltern wollen für ihre Kinder und was die Eltern vortragen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das wäre ja das erste Mal!)

Ich möchte – ich glaube, wir werden das erste Mal die richtige Möglichkeit haben – gern zwei Dinge ansprechen, die diese Linie illustrieren. Das Erste, Herr Röwekamp, ich hoffe, Sie haben das gelesen: Der Zentralelternbeirat Bremen hat am 24. Mai 2007 ein Positionspapier veröffentlicht, das damit anfängt, ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren: „Das derzeitige Schulsystem ist nicht ausreichend auf die Belange der heutigen Gesellschaft ausgerichtet. Wir brauchen eine Neuorientierung“, und sie sprechen von längerem gemeinsamen Lernen und integrativen Schulformen. Diesem Elternwillen werden wir mit unserer Politik folgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Also, was ist jetzt mit den Gymnasien?)

(B) Sie sind ja des Lesens mächtig, haben alle Homepages studiert. Von daher wissen Sie und haben gelesen, dass im Koalitionsvertrag eindeutig steht, und ich sage dies hier noch einmal, eindeutig steht: Gymnasien in Bremen und Bremerhaven werden natürlich erhalten bleiben,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Steht nicht darin!)

und sie werden leistungsfähig erhalten, aber sie werden so erhalten, wie es beispielsweise – und so in Zusammenhang gebracht, ich bleibe beim ZEB – Frau Imke Kuhmann, ich weiß, dass sie in Ihrer Fraktion eine gut bekannte Person ist, für den ZEB sagt. Sie sagt, ich zitiere aus dem „Weser-Kurier“ vom 2. Juni 2007 mit Erlaubnis des Präsidenten: „Wir wollen in Zukunft auf ein integratives Schulsystem hinarbeiten. Wir haben uns für integrative Schulen entschieden, die funktionieren. Da hätte ich keine Bedenken,“ sagt Frau Kuhmann, „mein Kind hinzuschicken. Das ist besser. Dort können auch Gymnasialkinder gut unterkommen.“ Das sagt Frau Kuhmann vom ZEB. Das ist die Politik, die wir machen werden, meine Damen und Herren. Lernen Sie von Frau Kuhmann in der CDU!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Aber ZEB ist das eine. Das andere: Jetzt habe ich mir sogar während Ihres enormen Redebeitrags hier sagen lassen, dass Sie auch dabei waren, als in Bremerhaven der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU verhandelt wurde. Ich zitiere, Bremerhaven, SPD, CDU, Herr Bödeker hat mit unterschrieben, Herr Röwekamp soll dabei gewesen sein, Herr Ravens war natürlich dabei: „Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche so lange wie möglich gemeinsam lernen.“

(Starker Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

„Wir werden einen Schulentwicklungsplan erarbeiten, der zeigt,“ Zitat aus dem Koalitionsvertrag, „wie in Bremerhaven das Ziel einer gemeinsamen Schule von 1 bis 9 beziehungsweise 10 schrittweise umgesetzt werden kann.“ Das ist die Politik dieses Senats, und das wird in Bremerhaven gemacht, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: In Bremerhaven steht ein eindeutiges Bekenntnis zum Gymnasium darin!)

(D) Nehmen Sie das wahr, und nehmen Sie Herrn Rohmeyer an die Hand und lassen ihn in Bremerhaven etwas daran teilhaben, damit auch er es für die nächste bildungspolitische Debatte begreift! Ich hoffe, diese CDU-Fraktion nimmt das wahr. Darum geht es doch in dieser Debatte: Wir haben hier alle die Sorge, wenn Sie sich mit Ihrer Rede durchsetzen, Herr Röwekamp, wenn die ganze Fraktion Ihnen folgt, dann ist diese CDU-Fraktion am Rande der Gesellschaft, politisch am Rande. Wir möchten, dass Sie in die Mitte dieser Städte zurückkommen. Meine Damen und Herren, darum geht es!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich höre gern die unterschiedlichen Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion. Sie sagen ja etwas aus, und sie sagen auch aus, dass darum noch gerungen wird, wohin Sie gehen, und der Appell ist, das ist wirklich im Interesse unseres Landes: Ringen Sie in die richtige Richtung, meine Damen und Herren, für die Zukunft dieses Landes!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

Ich muss ebenso die Politik ansprechen, die wir und die Sie angesprochen haben, für den sozialen Zusammenhalt. Ich höre die ganze Zeit diese Aussagen, dass es im Sozialressort keine Veränderungen gegeben hätte und so weiter. Sie haben doch schon wahrge-

(A) nommen, dass, während der Untersuchungsausschuss in der letzten Legislaturperiode gelaufen ist, schon die ersten Veränderungen gegriffen haben. Sie haben schon gehandelt mit dem Senat, dem sie noch angehörten. Das war richtig, und dieser Senat führt dies fort. Er reagiert darauf.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Er reagiert, ja, er reagiert!)

Hier werden Konsequenzen gezogen aus dem Tod eines Kindes, und ich kann wirklich kaum an mich halten zu sagen: Es wäre gut gewesen, wenn Sie auch einmal Konsequenzen gezogen hätten aus dem Tod eines Drogendealers vor einigen Jahren!

(Starker Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken – Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Koalition wird die von Bürgermeister Böhrnsen skizzierten Eckpunkte umsetzen. Es werden schon in den nächsten Wochen verschiedene sehr konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir werden neben den Sachpunkten auch eine andere politische Kultur einziehen lassen. Wir wollen, dass mehr Demokratie in Bremen und Bremerhaven wirken kann. Darum wird an direkter Demokratie gearbeitet, es wird gearbeitet an dem Wahlrecht, und es wird natürlich und vor allem gearbeitet werden daran, dass die lokale Demokratie gestärkt wird. Ich bin froh, dass die Stadtbürgerschaft letzte Woche beschlossen hat, dass die Beiräte jetzt die Ortsamtsleiter bestimmen. So werden wir weitermachen, meine Damen und Herren. So wird dieses Gemeinwesen gestärkt.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Dann will ich damit enden, dass ich glaube und ganz sicher bin, dass wir eine Grundlage haben, um optimal aufgestellt in die Auseinandersetzungen zu gehen, die im nächsten Jahr von allerhöchster Bedeutung sein werden, denn wir haben ja im kommenden Jahr, 2008, zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe urteilt, seine Auffassung über die Klage Bremens äußert. Bürgermeister Böhrnsen wird in seiner sehr bedeutenden Rolle innerhalb der Föderalismusreformkommission sicherlich auch im nächsten Kalenderjahr wichtige Schritte vorantreiben können. Hoffentlich wird die Föderalismusreformkommission dazu kommen. Ich finde, es gibt dazu eine Reihe guter, positiver, Mut machender Signale.

Wichtig wird sein – und ich will wirklich noch einmal damit enden –, dass diese Dinge nicht zerredet werden, dass auch seitens der drei Oppositionsfraktionen dafür gesorgt wird, dass sich die Bundespolitik, dass man sich in den anderen Ländern für ein soli-

(C) darisches Finanzausgleichssystem einsetzt. Wenn wir uns hier selbst zerfleischen, meine Damen und Herren, dann wird aus Bremen und Bremerhaven nichts, und diese Koalition will, dass Bremen und Bremerhaven eine Zukunft haben. Das Land Bremen soll existieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (Die Linke): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die Regierungserklärung des Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeister Böhrnsen, bleibt hinter den Erwartungen der Linken zurück: viele Absichtserklärungen, wenig konkrete Vorhaben, verklausulierte Pläne, wenig klare Aussagen, kein visionäres Vorausschreiten. Wir erwarten keinen detaillierten Maßnahmeplan für jeden Monat der vor uns liegenden Wahlperiode, aber ein bisschen konkreter haben wir es erwartet.

(D) Die Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer Entscheidung am 13. Mai den Wechsel von einer lähmenden Großen Koalition hin zu einer Regierung gewählt, die die Probleme des Landes angeht. Von einer Regierungserklärung erwarten die Bürgerinnen und Bürger Aussagen, wie die skandalöse Höhe der Arbeitslosigkeit beseitigt werden soll. Sie wollen wissen, wie es um ihre soziale Sicherheit bestellt ist. Sie wollen erfahren, wie ihre demokratischen Rechte gewahrt bleiben und wie das Land Bremen ein bürgerfreundliches, demokratisches Gemeinwesen werden soll.

Die Regierungserklärung bleibt hinter diesen Erwartungen zurück, wenn wir hören und im Koalitionsvertrag lesen: „Arbeitslosigkeit muss vermieden werden durch eine präventiv ansetzende Arbeitsmarktpolitik, zum Beispiel durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen.“ So wird es nicht gehen, es reicht nicht aus. Die skandalös hohe Arbeitslosigkeit im Land Bremen muss bekämpft werden. Die Menschen in Bremen wollen eine alternative Arbeitsmarktpolitik, sie wollen eine aktive Beschäftigungspolitik ohne Drangsalierung der Arbeitslosen.

(Beifall bei der Linken)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine Beschäftigungspolitik mit einer angemessenen sozialen Sicherung. Die Linke hat in ihrem Wahlprogramm die Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors gefordert, damit wollen wir tariflich bezahlte Arbeitsplätze anstelle von Ein-Euro-Jobs schaffen.

(Beifall bei der Linken – Zuruf von der FDP)

(A) Ich mache einen Vorschlag: Erst rede ich, und dann reden Sie!

(Beifall bei der Linken)

Damit wollen wir tariflich bezahlte Arbeitsplätze anstelle von Ein-Euro-Jobs schaffen. Ich wiederhole es noch einmal, falls es jemand nicht verstanden hat. Das sollen Arbeitsplätze sein, die einerseits die Beschäftigten qualifizieren, andererseits aber auch dringenden gesellschaftlichen Bedarf in Bildung, Betreuung und sozialer Sicherung abdecken. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt bringen.

Wir hörten vom Präsidenten des Senats, dass er eine Arbeitsmarktpolitik durchsetzen will, die so viele Ein-Euro-Jobs wie möglich durch befristete sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen soll. Das hört sich gut an, und in diesem konkreten Punkt sind wir d'accord. Ebenso begrüßen wir die Einsicht des Senats, dass sinkende Steuern für große Unternehmen und Kapitalgesellschaften nicht zu mehr Steuereinnahmen führen und dass dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 nicht zugestimmt wird,

(Beifall bei der Linken)

weil mit diesem Gesetz den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik in den kommenden vier Jahren 25 Milliarden Euro, das sind die Fakten und Zahlen der CDU-SPD-Regierung des Bundes, entzogen werden. Bremer Arbeitsmarktpolitik geht nicht zusammen mit Steuergeschenken an die reichen und großen Unternehmen.

(B)

(Beifall bei der Linken)

Für diese Einsicht ein Kompliment an die Bremer Landesregierung!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr genau beschreibt die Koalitionsvereinbarung die Situation der vielen armen Menschen in Bremen und Bremerhaven. Dann aber zu sagen, hier werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten, ist zu wenig. Es ist zu wenig, Zwangsumzüge nur drastisch zu reduzieren. Zwangsumzüge für Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger darf es gar nicht geben!

(Beifall bei der Linken)

Kinder und Jugendliche in Armut, das ist unwürdig und für die Gesellschaft ein Skandal. Hier muss gehandelt werden, und zwar sofort. Die Prüfung von Maßnahmen kann ich als Regierungshandeln nicht akzeptieren. Den Linken ist es wichtig, dass Berechnungsgrundlagen für Regelsätze nicht nur überprüft werden, die Regelsätze müssen erhöht werden!

(Beifall bei der Linken)

Die Wiedereinführung von Einmalleistungen muss nicht nur überprüft werden, Einmalleistungen müssen gezahlt werden. Die Zukunfts- und Entwicklungschancen der Kinder dürfen nicht von der sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Diesem Satz aus der Koalitionsvereinbarung und der persönlichen Regierungserklärung von Herrn Böhrnsen stimmen wir voll zu.

(C)

(Beifall bei der Linken)

Aber hier gilt es konkret, schnellstmöglich zu handeln.

Lassen Sie mich noch kurz zwei Themen ansprechen, die in fast jeder Regierungserklärung oder Koalitionsvereinbarung am Rande behandelt werden: Frauen und Gleichstellung sowie die gleichberechtigte Teilhabe! 44 Prozent aller Arbeitslosen im Land Bremen sind Frauen, und das, obwohl nur knapp zwei Drittel aller Bremerinnen erwerbstätig sind. Frauen stellen den Großteil der Langzeitarbeitslosen, Frauen halten den Spitzenplatz bei den prekären Beschäftigungen, 64 Prozent aller Minijobs sind von Frauen besetzt, 70 Prozent aller Niedriglohnbezieher sind Frauen. Hier noch einmal die Forderung nach Mindestlohn aufzuwerfen, das ist, denke ich, überflüssig.

(Beifall bei der Linken)

Die Zahlen sprechen für sich. Wer Gleichstellungspolitik ernst nimmt, muss schon aus diesem Grund für Mindestlohn sein.

(D)

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Frauen stehen ganz vorn, wenn das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf diskutiert wird, gerade so, als ob Familie ausschließlich ihr Metier ist. Diese Spitzenplätze machen mich zornig! Wir sehen nicht ein, warum mehr als die Hälfte der Menschen in Bremen und Bremerhaven schlechtere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben haben soll, weil sie weiblichen Geschlechts ist. Ich fände es auch ganz interessant, wenn der eine oder andere männliche Abgeordnete zuhören würde, vielleicht kann er noch etwas lernen.

(Beifall bei der Linken)

Es reicht nicht aus, Spezialprogramme für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, für Frauen in der Familie, für Frauen an anderer Stelle anzulegen. Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe! Jede politische Entscheidung muss daran gemessen werden, welchen positiven Einfluss sie auf die Gleichbehandlung der Geschlechter hat. Die Formulierung Geschlechtersensibilisierung, ich denke, da hat der Autor sich verschrieben, das war vor 50 Jahren up to date, heute geht es um knallharte Quotierung.

(Beifall bei der Linken)

(A) Spezialprogramme ja, wenn offenkundige Defizite beseitigt werden sollen, Spezialprogramme nein, wenn Frauen in Nischen oder auf bestimmte Felder abgeschoben werden sollen. Auch die Integration von Menschen, die ihre Wurzeln nicht in Deutschland haben, darf kein spezielles Politikfeld sein. Menschen mit Migrationshintergrund gehören in Bremen und Bremerhaven ganz selbstverständlich überall dazu.

(Beifall bei der Linken)

Diese Selbstverständlichkeit ist aber in vielen Bereichen nicht sichtbar. Die Linke hat im Wahlkampf die Forderung aufgestellt, überall dort, wo wir als öffentliche Hand Einfluss nehmen können, Frauen und Männer mit Migrationshintergrund bei Einstellungen, bei Auftragsvergaben und so weiter entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung zu berücksichtigen, ich verweise noch einmal auf die mathematische Quote.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungspolitik des Senats für die kommenden vier Wochen – –.

(Heiterkeit bei der Linken)

Es wäre dann wirklich ein überschaubares Regierungsprogramm!

(B) Die Regierungspolitik für die kommenden vier Jahre ist in vielen Punkten nicht ausgewogen. Sie setzt unseres Erachtens an den Schwerpunkten nicht richtig an, sie ist keine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Aber es gibt Ansätze in der Koalitionsvereinbarung, bei denen wir meinen, die Richtung stimmt. Ich hatte die Schaffung des öffentlichen Beschäftigungssektors erwähnt. An dieser Stelle gehen wir aufeinander zu. Wir werden im konkreten Gesetzgebungsverfahren unsere Vorschläge einbringen, mit Ihnen diskutieren und hoffen sehr, dass wir in dieser Frage zu einer gemeinsamen Verabredung kommen können. Uns geht es nicht um parteipolitische Profilierung. Uns geht es darum, die Lebensverhältnisse in Bremen und Bremerhaven nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der Linken)

Wir bleiben bei unserer Kritik. Wo die Senatspolitik einer falschen Weichenstellung folgt, werden wir immer bei unserer Aussage bleiben. Wir sind dabei, wenn wir hier in der Bürgerschaft eine Politik für ein gutes, gerechtes Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven beschließen werden. Nicht die Kassenlage, sondern die Lage der Menschen soll das entscheidende Kriterium der Politik sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(C) Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Rede, vielleicht auch als Antwort auf die Rede von Herrn Röwekamp als Vorsitzender der CDU-Fraktion, gar nicht so sehr auf das eingehen, was er im Einzelnen gesagt hat. Ich möchte einmal eine Umfrage zitieren, die mir jetzt in ihrem Ergebnis umso einleuchtender scheint, nachdem ich sie noch einmal angesehen habe, die nach der Wahl von dem Meinungsforschungsunternehmen Infratest dimap unter allen wahlberechtigten Bremerinnen und Bremern und Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern durchgeführt worden ist. Dort wurde gefragt: Welche Partei passt am besten zu Bremen und Bremerhaven? Das Ergebnis lautete: SPD 82 Prozent, Bündnis 90/Die Grünen 61 Prozent, CDU 33 Prozent. Heute habe ich verstanden, warum die Menschen dort diese Antwort gegeben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist in der Tat logisch, und so erklärt sich auch Ihr Wahlergebnis. Der eine oder andere mag sich gewundert haben, wie tief Sie in den Wahlergebnissen hier in Bremen noch sinken können. Sie haben heute einen weiteren Schritt getan, in 4 Jahren noch ein Stück unter die 25 Prozent zu kommen, die sie dieses Mal gerade noch so geschafft haben, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D) Nehmen wir einmal den Punkt – der Bürgermeister hat ihn in seiner Regierungserklärung angesprochen, und der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat ihn als Innensenator in den letzten 4 Jahren verantwortet – der Innenpolitik und der Sicherheit der Menschen! Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, was hier gespielt wird und welches Stück aus dem Tollhaus hier aufgeführt wird, meine Damen und Herren: Da forderte der damalige Innensenator Röwekamp die ganze Zeit über im Wahlkampf 100 Stellen pro Jahr für die Polizei ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag, ohne auch nur die geringste Idee, wie das bezahlt werden soll. Wenn wir jetzt diesen Riesenkraftakt schaffen und pro Jahr 65 Polizisten neu ausbilden, dann sagt er, das sei unsolidarisch, das sei unkonsolidiertes Finanzverhalten der neuen Regierung. Wer das verstanden hat, der möge sich melden. Ich glaube, wir werden keine Finger hier im Haus sehen. Das ist schlichtweg überhaupt nicht zu verstehen!

Es ist auch Falschmünzerei, und es ist unredlich, hier so zu argumentieren, noch bis vor 4 Wochen 100 Polizisten ohne Gegenfinanzierung zu fordern – wobei

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) man bei der Polizei sehr froh über diesen Teil des Koalitionsvertrags ist, dass wir 65 neue Auszubildende pro Jahr einstellen – und nun zu sagen, das sei nicht zu finanzieren, das ist schlichtweg der blanke Wahnsinn, hier so Politik zu machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was ist die Realität? In den Jahren 2008 und 2009 kommen die Abgänger aus der Hochschule für öffentliche Verwaltung, die von Herrn Röwekamp eingestellt worden sind, die Jahrgänge, die in den vergangenen Jahren als neue Polizeianwärter eingestellt worden sind. Da kann man sich die Zahlen anschauen: Im nächsten Jahr sind es 28 Abgänger und im übernächsten Jahr 35 Abgänger. Das ist sozusagen die Röwekamp-Lücke, die wir in der Polizei haben, die wir mit dem Programm dieser Regierungskoalition schließen müssen. Das ist die Wahrheit über dieses Thema, meine Damen und Herren, und nicht die kompletten Verdrehungen, die heute erzählt worden sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (B) Der frontale Angriff auf die Wirtschaftspolitik und auf die Frage des Arbeitsmarktes ist ein Ding, das man sich auch nur sehr schwer erklären kann, der Herr Kollege Dr. Sieling ist dankenswerterweise schon darauf eingegangen. Wir haben in den letzten 12 Jahren 27 000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven verloren. Wir wollen jetzt mit dem, was wir zur Verfügung haben – mit einem soliden Programm, das nicht auf abgehobene Projekte setzt, die eben nicht zu Bremen und Bremerhaven passen, sondern das grundsolide da ansetzt, wo wir wirkliche Stärken haben, von der Industrie über den Mittelstand bis hin zum Handwerk und den Dienstleistungen –, versuchen, Arbeitsplätze in Bremen zu halten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzuregen.

Wenn man das nun als etwas hinstellt, wo wirtschaftspolitisch jetzt in Bremen und Bremerhaven die Lichter ausgehen, dann ist das vor dem Hintergrund dessen, was wir hier in den letzten Jahren erlebt haben, schlichtweg komplett unsinnig. Man muss nur nach Gröpelingen fahren und sich den Space Park einmal anschauen. Dann sieht man, welchen Arbeitsplatzeffekt bestimmte Projekte und bestimmte Investitionen, beileibe nicht alle, aber welche, die ziemlich teuer waren, haben. Ich glaube, es gibt noch einen Hausmeister und einen Wachmann, die da nachts herumlaufen und das Gebäude sichern. Herzlichen Glückwunsch zu diesen Arbeitsplatzeffekten mit Ihren Wirtschaftssenatoren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (C) Lieber Herr Röwekamp, von Herrn Hattig über Herrn Perschau, Herrn Gloystein und Herrn Kastendiek haben Sie das wirklich toll gemacht!

Man muss sagen, es ist ja eine interessante Formulierung, die Sie vorhin gebraucht haben: die sogenannten Benachteiligten! Frau Rosenkötter, ich weiß gar nicht, was Sie den ganzen Tag im Senat machen! Sie kümmern sich um Menschen, denen es eigentlich gut geht, die ein tolles Leben haben, die sogenannten benachteiligt sind, wo wir eigentlich gar keine sozialen Probleme zu haben scheinen, wenn man so eine Wortwahl trifft. Waren Sie jemals in den entsprechenden Stadtteilen?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nie!)

Haben Sie sich jemals angeschaut, unter welchen Verhältnissen Menschen dort leben, wie Kinder montags in die Schule oder in den Kindergarten kommen und sprechen dann von sogenannten Benachteiligten? Sie sprechen da auch von diesen Kindern, die 3 Tage lang ohne Essen in die Schule und in den Kindergarten kommen. Das sind bei Ihnen sogenannte Benachteiligte, Herr Röwekamp. Herzlichen Glückwunsch zu dieser sozialen Einstellung, die Sie an dieser Stelle haben! Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

(D) Ich glaube, dass diese Regierung – und die Regierungserklärung und der Koalitionsvertrag haben dies deutlich gemacht – im Wesentlichen 2 Dinge tun muss, 2 größere Bereiche abdecken muss: Sie muss Fehler der Vergangenheit korrigieren und konsolidieren, das ist in der Tat so. Ihre Leistung, die Sie beim Ausländeramt, das ist vorhin von Herrn Bürgermeister Böhrnsen und an anderen Stellen angesprochen worden, beim Landesamt für Verfassungsschutz und wie viele Baustellen Sie hinterlassen haben – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wann waren Sie da eigentlich zuletzt?)

Ich bin da sehr oft, jedenfalls öfter als Sie!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das glaube ich nicht! Beim LfV vielleicht!)

Diese Baustellen, die Sie hinterlassen haben, da muss in vielen Fällen die erste Aufgabe der Regierung sein – die Umstellung der Wirtschaftsförderung gehört dazu, die Sanierung der Kulturverwaltung, die sich Frau Emigholz vorgenommen hat, und viele andere Dinge gehören dazu – gutes Regieren durch Aufarbeitung dessen, was Sie gerade in Ihren Ressorts in den letzten Jahren als CDU verbockt haben. Das ist ein Teil, der in der Tat schwer wiegt, der auch

(A) viele Ressourcen kostet und viele Anstrengungen, aber den wir uns vornehmen werden. Ein solches Desaster, ein solches Behördenversagen, wie Sie es selbst, Herr Röwekamp, in diesem Hause genannt haben – Sie haben ja den Zustand im Ausländeramt selbst Behördenversagen genannt –, das hier zu korrigieren, das wieder aufzuarbeiten, wird eine erste Aufgabe sein.

Gerade Herr Lemke hat in dem Bereich, den er übernommen hat, die schwierige Aufgabe, eine ganze Reihe von Behördenversagen aufzuarbeiten und sie wieder neu aufzustellen. Das wird sehr schwer, aber wir haben es uns mit einer klaren Ansage klipp und klar vorgenommen, solche Zustände in der bremischen Verwaltung werden wir quer durch die Reihe nicht zulassen, meine Damen und Herren!

Wir werden in vielen Bereichen, auch im Bereich des Ausbaus der regenerativen Energien, bei der Deichsicherheit, bei der Frage, welche Baustandards wir anwenden, wie wir mit der Stadtentwicklung und mit den Ressourcen umgehen, die wir dort haben, korrigierend eingreifen müssen. Diese Korrektur erfolgt nicht erst seit der Übernahme dieser Regierung, sondern mit den entscheidenden Weichenstellungen, die Bürgermeister Böhrens und der jetzige Fraktionsvorsitzende Carsten Sieling schon in der letzten Legislaturperiode vorgenommen haben.

(B) Es ist klar geworden, dass mit dieser reinen Ausgabenpolitik – ganz egal, was es kostet, sozusagen nach dem Motto, hier muss jetzt auch noch ein Gerüst hin, und hier müssen wir auch noch ein bisschen Geld auf irgendeine brache Fläche werfen –, die auf finanzielle Solidität keinerlei Rücksicht nimmt, Schluss war. Die Absenkung der Investitionsquote, die unsere Schuldenlast in astronomische Höhe getrieben hat, ist nur eine logische Konsequenz gewesen, die diese Regierung jetzt vollzieht, weil es gar keine Alternative dazu gibt. Offensichtlich geht das aber nur ohne Sie, und deswegen haben die Wähler auch so entschieden, dass eine neue Regierung diesen Auftrag bekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In einem zweiten Schritt – wenn wir davon ausgehen, dass wir nicht nur die Fehler der Vergangenheit korrigieren und Behörden und andere Bereiche neu aufstellen müssen – werden wir quantitativ, was den Ausbau von Stellen in Bereichen, die sehr sensibel sind für die Bürger, nämlich im Bereich der Polizei und Feuerwehr, bei Kindergarten, Schule und Hochschule, in der Jugendhilfe, in der Tat Prioritäten setzen, eine Maßnahme, zu der Sie nicht in der Lage waren. Wir werden es in der Tat finanzieren, indem wir, der Bürgermeister hat es gesagt, in der Kernverwaltung, die ferner von den Bürgern ist, sehr schmerzhaft Einschnitte haben werden. Dort, wo das Land sozusagen in den Amtsstuben verwaltet wird – das

soll gar nicht negativ klingen, das ist auch eine sehr schwere Aufgabe –, werden wir diese Stellen und diese Ressourcen erbringen müssen, um „an der vordersten Front“, wo die Menschen uns und den Staat brauchen, eben dieses Volumen zu haben, um die auscheidenden Polizisten, Feuerwehrleute, Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen, die Lehrerinnen und Lehrer bereitzustellen, die mit den Menschen dann gemeinsam jeden Tag arbeiten.

Ich finde, es ist eine sehr sinnvolle Maßnahme. Es ist die Abkehr von diesem Rasenmäherprinzip, von dem Gießkannenprinzip, dass wir sagen, bei den Menschen selbst müssen die Dienstleistungen des Staates ankommen, und natürlich gehören Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen dazu, Feuerwehrleute und Polizisten gehören auch dazu. Wenn Sie dazu eine Alternative haben, dann sagen Sie erstens, wir sollen diese Leute nicht einstellen, oder machen Sie Finanzierungsvorschläge, oder sagen Sie, woher das Geld kommen soll! Wir sagen klipp und klar, es kommt aus drastischen Einsparquoten in der Kernverwaltung. Eine klarere Ansage als diesen Koalitionsvertrag – und wie die Haushaltsberatungen dann auch zeigen werden, auch die Umsetzung dieses Koalitionsvertrags – hat es bisher so nicht gegeben. Die immer wieder von der Öffentlichkeit eingeforderte Prioritätensetzung ist von dieser Regierung jetzt endlich vorgenommen worden. Ich weiß überhaupt nicht, worüber Sie sich beschwerten, Herr Röwekamp, ich habe keine Ahnung, was Sie meinen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt aber eine Reihe von Punkten auch in diesem Koalitionsvertrag, die meines Erachtens eine große Aufmerksamkeit verdienen. Wir sind ja über das Korrigieren und über das Priorisieren bei den Stellen und bei den Ausgaben eben auch qualitativ hinausgegangen, das heißt, in der Sache neue Wege zu gehen – neue Projekte –, neu an die Probleme Bremens heranzugehen. Der ganze Ansatz, wie wir in Zukunft die Frage der Jugendkriminalität, Prävention, Jugendarbeit, das Vernetzen auf Stadtteilebene stärker in den Fokus rücken, ist meines Erachtens sehr richtig, weil wir mit einem rein repressiven Ansatz dort in der Vergangenheit nicht weitergekommen sind. Die Zahlen sind in den letzten Jahren sehr dramatisch angestiegen.

Es gibt aber auch in vielen Bereichen, in die man hineinschauen kann, in diesem Koalitionsvertrag sehr bemerkenswerte Vorhaben. So ist zum Beispiel ein Vorhaben, einen sozialen Arbeitsmarkt für Menschen mit sehr geringen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt einzurichten, genau die richtige Antwort auf die Spaltung, die wir in diesem Bereich haben und auf das Auskoppeln von vielen Menschen aus dem täglichen Arbeitsleben. Hier werden Möglichkeiten geschaffen, und die Umwandlung möglichst vieler

(C)

(D)

- (A) sogenannter In-Jobs oder Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ist ein Zeichen der Hoffnung für viele Menschen, die sich wünschen, wieder zurück in den Arbeitsmarkt zu finden. Welche Alternativen Sie hier vorgeschlagen haben, habe ich nicht gehört. Ich glaube, es waren auch keine dabei. Insofern werden wir als Koalition diesen Weg gehen, den wir heute hier beschrieben haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sagen, es gibt keine Konsequenzen aus den schwerwiegenden Missständen, die es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gegeben hat und die der Untersuchungsausschuss aufgezeigt hat. Ich weiß gar nicht, ob Sie es versäumt haben während des Wahlkampfes! Es ist über die ganze Zeit weitergearbeitet worden an Lösungspaketeten, vom Kinder- und Jugendnotruf an Wochenenden, an Abenden und in den Nächten – eine Aufgabe, die die Polizei bisher ganz allein, ohne dafür ausgebildet zu sein, erledigen musste –, bis hin zu vielen anderen Maßnahmen, die ergriffen worden sind, die auch finanziert werden, wie Sie immer wieder in der Zeitung lesen können, wenn Sie sich ansonsten nicht darum kümmern! Jedenfalls ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen ergriffen worden.

- (B) Ich bin nicht der Meinung, oder ich bin nicht so überheblich zu denken, dass das jetzt schon sozusagen, wenn man durch die Stadt geht und in einzelnen Quartieren in die Wohnungen schauen würde, das Problem komplett löst. Wir sind in vielen Fällen in den familiären Verhältnissen, die hier existieren, als Staat nicht dabei. Wir können Rahmenbedingungen bieten, wir können einen Notruf anbieten, wir können Hilfe anbieten. Es wird weiterhin sehr schwierige soziale Verhältnisse geben, an denen wir arbeiten müssen. Wir müssen von Grund auf mit den Kindern so arbeiten in der Kindertagesstätte, in der Schule, dass wir möglichst Verhältnisse vermeiden, wenn diese Kinder dann einmal selbst Eltern werden, dass sich diese Verhältnisse, wie wir sie heute in einigen Stadtteilen antreffen, immer weiter vererben. Hier müssen wir sozusagen den gordischen Knoten durchschlagen. Auch hier habe ich keinerlei Vorschläge gehört.

Es gibt einen Vorschlag, hier in der Bürgerschaft einen Ausschuss einzurichten statt der entsprechenden Deputation oder des Jugendhilfeausschusses. Das werden wir heute Nachmittag noch debattieren. Aber keiner glaubt im Ernst, dass damit das Schicksal von Kindern wie Kevin geändert würde. Da muss man näher heran an die Menschen mit den konkreten Maßnahmen, die dieser Koalitionsvertrag aufzeigt. Deswegen werden wir auch hier diesen Weg konsequent weitergehen und uns nicht von Ihnen beirren lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C) Ich möchte, weil es viele Menschen gibt, die sich auch für Themen interessieren, die nicht so im Fokus der Öffentlichkeit stehen, nicht versäumen, das auch noch anzusprechen. Es gibt sehr viele Menschen in Bremen – Bremen ist quasi die Hochburg der Menschen –, die sich international um Solidarität bemühen mit den Armen, mit denjenigen, die weltweit nicht auf dem Niveau und in dem Wohlstand leben wie wir. Da ist Bremen seit vielen Jahrzehnten ein Aushängeschild in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Menschen, die sich in Bremen darum kümmern, haben über Jahre gefordert, dass wir unser Beschaffungswesen als Land und als Kommune umstellen sollen, um endlich auch dort auf Produkte, die aus Kinderarbeit oder aus Zwangsarbeit stammen, die unter Bedingungen erwirtschaftet werden, die dort vor allen Dingen den Kindern sehr zum Nachteil gereichen, um es vorsichtig auszudrücken, zu verzichten.

(D) Wir haben im Koalitionsvertrag gesagt, dass das öffentliche Beschaffungswesen auf soziale, faire und ökologische Kriterien umgestellt werden soll. Das klingt erst einmal relativ niedrig gehängt, es klingt erst einmal relativ unwichtig, es ist aber ein ganz wichtiger Schritt, der bundesweit schon von den Kommunen teilweise vollzogen worden ist in den vergangenen Jahren, um zu sagen, wir als Staat wollen doch nicht zusätzlich auch noch schuld sein, dass es in diesen Ländern, aus denen wir die Produkte beziehen, Kinderarbeit gibt, dass Tropenholz verwendet wird und dass andere Dinge gemacht werden, weil wir uns solidarisch erklären, nicht nur mit den für Sie sogenannten Benachteiligten in Bremen und Bremerhaven, sondern auch mit denen woanders in der Welt. Das gehört zu einer sozialen Regierung, die auch ökologische Verantwortung hat, absolut dazu. Was Sie daran aussetzen haben, ich kann es wieder einmal nicht erkennen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist gesagt worden, dass wir im Bereich der Gleichstellung wesentlich vorankommen, indem wir die entsprechenden Grundsätze auch für die bremischen Gesellschaften und Eigenbetriebe gelten lassen wollen. Hier ist ja ein großer Teil des öffentlichen Dienstes ausgelagert. Wir müssen überhaupt auch über die Gleichstellungspolitik hinaus dazu kommen, diese Bereiche mit den gleichen Kriterien anzuschauen, wie wir den öffentlichen Dienst anschauen, weil es natürlich so ist, dass wir dort oft alleiniger Anteilseigner sind. Damit haben wir als Anteilseigner natürlich die Verantwortung auch für die Bereiche der öffentlichen Gesellschaften, der Eigenbetriebe und so weiter. Wir können sie nicht mehr so in der Welt herumlaufen lassen, als ob sie quasi privat geführt würden nach Gutdünken der jeweiligen Geschäftsführer, gleichzeitig aber mit den entsprechenden Ver-

(A) lusten, wo für die entsprechenden Geschäftsergebnisse dann wiederum der Steuerzahler geradesteht.

Eine solche Politik wird draußen nicht verstanden, sondern hier muss ganz klar sein, dass eine Finanzierung, die über Steuermittel erfolgt, dann auch nach sich ziehen muss, dass diese Gesellschaften sich auch ganz klar an den Leitlinien dieses Senats orientieren müssen. Ich bin sicher, dass es so kommen wird, dass dieser Senat in den 4 Jahren sehr weit kommen wird, dies in den Gesellschaften sehr deutlich zu machen und sie damit zu noch produktiveren und besseren Elementen dieser bremischen Verwaltung macht, als sie es bisher waren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Lassen Sie mich hier noch einmal 2 Dinge ganz entschieden zurückweisen! Zum einen, Herr Röwekamp, haben Sie – das ist so Ihre Art, wie Sie mit der Wahrheit umgehen – gesagt, der neue Staatsrat im Finanzressort, Dieter Mützelburg, wäre eingestellt worden, weil er 64 Jahre alt ist und er sich um den Bundesrat kümmern muss. Beides ist die typische Röwekampsche Wahrheitsfindung, beides ist weit von dem entfernt, was tatsächlich stattgefunden hat. Hier versuchen Sie, gelinde gesagt, mit unwahren – man könnte es auch drastischer ausdrücken – Äußerungen hier Menschen zu diskreditieren, die für dieses Land arbeiten. Ich habe den Bogen deswegen an dieser Stelle geschlagen, weil der Staatsrat Mützelburg gerade für die Steuerung der bremischen Gesellschaften eine enorme Aufgabe vor sich hat. Ich wünsche ihm sehr viel Glück dabei und dass er sich von solchen dummen Sprüchen, die hier gemacht worden sind, nicht beirren lassen soll!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich bin, wer mich kennt, weiß das, der allzu großen Nähe zur früheren PDS und jetzigen Linken ziemlich unverdächtig.

(Zuruf des Abg. Günthner [SPD])

Ich finde aber, etwas geht überhaupt nicht, das haben Sie hier auch gemacht. Ich möchte dies an dieser Stelle noch einmal zurückweisen, und ich schätze einmal, im Namen des großen Anteils dieses Hohen Hauses: Sie haben gesagt, Linke – das haben Sie ganz im Allgemeinen gesagt, Sie können die Partei meinen, Sie können aber auch Menschen meinen, die sich links fühlen, die links denken – gehören nicht zu Bremen und zu Bremerhaven. Wer so eine Ausgrenzungspolitik betreibt, wer gehört hier zu uns, und wer gehört nicht zu uns, der hat sich meines Erachtens

hier als Oppositionsführer schon drastisch disqualifiziert, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken – Abg. Günthner [SPD]: Wir sind immer offen für Heiner Geißler! – Abg. Röwekamp [CDU]: Dann wären viele auch gar nicht im Parlament!)

Ich möchte mich gern am Ende meiner Rede an die 33 Prozent der Menschen in Bremen und Bremerhaven wenden, die finden, dass die CDU gut zu Bremen und Bremerhaven gehört. Ich finde, schauen Sie noch einmal genau hin, hören Sie sich die Debatten an, mischen Sie sich in die Politik ein! Wir haben mit dem Motto „Mehr Demokratie in Bremen“ mehr Beiräte-rechte, können direkte Demokratie durch Volksbegehren und Volksentscheid wesentlich erleichtern, haben Wahlrechte für Migranten, ein erweitertes Wahlrecht für Unionsbürger. Wir haben ein großes Programm an demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Es wird einen neuen Bereich geben, der sich ganz intensiv um das Wohl der Stadtteile im Beirätebereich kümmert. Wir haben sehr viele Mitmachangebote. Machen Sie mit, und machen Sie hier von Ihrem Recht Gebrauch und auch von Ihrer Pflicht, sich in Bremen und Bremerhaven einzumischen! Die Politik kann dadurch besser werden.

(D) Es wird auch Volksbegehren und Volksentscheide geben, die dieser Regierung vielleicht nicht passen. Sie sind trotzdem willkommen, sie sind grundsätzlich willkommen, denn wir wollen, dass die Menschen sich in Bremen und Bremerhaven mehr einmischen, dass sie sich mehr einbringen. Das ist in Zeiten einer Großen Koalition sehr stark zurückgegangen, das ist immer so bei Großen Koalitionen. Die Chance ist jetzt, jenseits der Sachpolitik, über die wir hier streiten, dass auch die Menschen wieder mehr für die Politik mobilisiert werden. Das ist ein sehr gutes Zeichen über die vielen Punkte hinaus, die heute in der Regierungserklärung angesprochen worden sind. Ich freue mich über jeden Einzelnen und jede Einzelne in Bremen und Bremerhaven, die mitmachen. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich noch einmal zu ein paar Punkten äußern, die jetzt ganz am Schluss gesagt worden sind, weil sie mich ein wenig betrüben! Ich habe den Koalitionsvertrag mittlerweile von der SPD per Einschreiben mit Rückschein bekommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

(A) Den Zwischenruf habe ich auch wahrgenommen, aber nicht zur Kenntnis. Von daher gesehen gehe ich einmal weiter! Wenn der Kollege Dr. Güldner die Umfrage weiter zitiert hätte, dann hätte er festgestellt,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: 33 Prozent FDP!)

100 Prozent FDP! Ich bin mir ganz sicher, dass das gekommen wäre.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Da können wir ja noch zulegen!

Ich will aber einmal sagen, was mich an der Debatte ganz einfach stört – das steht jetzt auch nicht in meinem Redemanuskript, das sage ich jetzt aus der Erkenntnis dieser Debatte –, ist einfach, dass wir hier versuchen, eine Trennlinie durch das Parlament zu ziehen. Das finde ich so nicht gelungen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer macht das denn?)

(B) Ich muss dazu sagen, ich bin heute Morgen mit dem ÖPNV gekommen, weil ich nicht mit meinem Fahrrad fahren konnte, sonst wäre ich ziemlich nass geworden. Das heißt, FDP-Leute fahren auch mit dem Fahrrad.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Zweite ist, das will ich auch noch einmal sagen, weil mich das beim letzten Mal in der Debatte zum Kohlekraftwerk ganz fürchterlich gestört hat – da habe ich mich nur nicht extra noch einmal zu Wort gemeldet, um die Debatte nicht noch einmal in die Länge zu ziehen –, ich beispielsweise stamme aus einer Arbeiterfamilie, ich habe Abitur gemacht und habe studiert, und ich bin darauf stolz. Deshalb stört es mich ungemein, wenn hier behauptet wird, die FDP stünde für das Großkapital und mache hier Politik für das Großkapital. Das ist völliger Unsinn!

(Beifall bei der FDP)

Das einfach einmal als Vorbemerkung, damit wir nicht jedes Mal definieren müssen, wo wir denn bei dieser ganzen Geschichte stehen und ob wir die richtige Position haben oder nicht!

(Abg. P o h l m a n n [SPD]: Es geht um die Inhalte!)

Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt, wir stehen am Beginn einer sehr schwierigen Legislaturperiode. Trotz der 12 Jahre dauernden Großen Koalition und Sanierungsleistungen in Milliardenhöhe ist

es immer noch nicht gelungen, die bremischen Staatsfinanzen auf ein solides Fundament zu stellen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung zu erreichen. Wie angespannt die Finanzlage tatsächlich ist, hat die Entwicklung der vergangenen Tage gezeigt, die schließlich zur Haushaltssperre geführt hat und uns noch einige Tage beschäftigen wird. Die Haushaltskonsolidierung, das ist die Einschätzung der FDP, muss weiter oberste Priorität haben, denn nur so lässt sich Bremens Selbstständigkeit dauerhaft sichern.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberalen stehen ohne Wenn und Aber zur bremischen Selbstständigkeit und unterstützen deshalb auch alle Anstrengungen für eine Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzsystems im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform. Dazu gehört auch eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftskraft bei der Steuerverteilung. Allerdings vermissen wir sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der Regierungserklärung deutliche Festlegungen dazu, wie Rot-Grün die Verschuldung in den Griff bekommen will.

(Beifall bei der FDP)

Es wird keineswegs ausreichen, die Investitionen schrittweise auf das Niveau von Hamburg zurückzuführen, die Steuermehreinnahmen zur Verringerung der Kreditaufnahme einzusetzen, die Personalausgaben zu begrenzen und die konsumtiven Ausgaben leicht abzusenken. Da muss einfach mehr kommen! Es fehlt beispielsweise eine nachhaltige Aufgabenkritik und ein ressortübergreifendes Personal-konzept.

(Beifall bei der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Beginn der neuen Legislaturperiode sorgt vielerorts für Kopfschütteln. Gestern war die offizielle Bekanntgabe eines nicht gerade kleinen Haushaltslochs von etwa 61 Millionen Euro einschließlich folgender Haushaltssperre, und am Tag zuvor war ein ehemaliger Bürgermeister von der CDU im Fernsehen, der sich für nicht schuldig an der ganzen Misere erklärt,

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Ja, das ist richtig!)

wobei man einfach sagen muss – das haben wir heute in der Debatte auch noch einmal gehört, und diesen Standpunkt vertreten wir auch –, bis vor Kurzem war die CDU an der Regierung beteiligt.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: So ist es!)

(C)

(D)

(A) Es sei hier besonders betont: Damit wird die Glaubwürdigkeit der Politik im Grunde untergraben, und ein bisschen hat diese Debatte vorhin eigentlich auch dazu beigetragen. Das steigert nur die Politikverdrossenheit. Derart leichtfertige Aussagen sind gefährlich! Die Mahnungen angesichts der viel zu geringen Wahlbeteiligung sind hier im Parlament vor gerade erst 2 Wochen gefallen. Diese Mahnung gilt aber nicht nur den ehemaligen Senatoren von der CDU, sie gilt auch gerade dem neuen Senat. Ein derart auf Kante genährter Haushalt ist schlicht unseriös gewesen. Es drängt sich schon der Verdacht auf, dass im Hinblick auf die Wahl ein wenig generös gerechnet wurde.

(Beifall bei der FDP und bei der Linken)

Wir befinden uns ja nicht gerade in einer Rezession! Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist gut, die Arbeitslosigkeit sinkt, und wir können uns sogar über einen langsamen Abbau der Sockelarbeitslosigkeit freuen. Gleichzeitig lesen wir, dass sich gerade im Sozialressort ein besonders großes Loch auftut. Was ist dort falsch gelaufen? Warum wurde so falsch gerechnet? Wir brauchen endlich – diese Auffassung vertritt die FDP – verlässlichere und genauere Zahlen, sonst tun wir uns auch bei unserer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe keinen Gefallen!

(Beifall bei der FDP)

(B) Gerade das von mir eben erwähnte Sozialressort wird es auch in der neuen Legislaturperiode schwer haben, strukturelle Probleme in diesem viel zu großen Ressort zu lösen. Über sinnvolle Veränderungen wie beispielsweise die Verlagerung der Zuständigkeiten für Jugend in das Bildungsressort wurde in diesem Zusammenhang leider gar nicht diskutiert.

(Beifall bei der FDP)

Die Arbeitsfähigkeit in diesem zentralen Bereich, der uns im vergangenen Jahr den Tiefpunkt der Arbeit der Großen Koalition beschert hat, muss erst noch bewiesen werden. Passenderweise hat man gerade der Senatorin, die diese schwierige Arbeit leisten muss, ein besonders „gutes“ Wahlergebnis mit auf den Weg gegeben.

Im Bereich der Bildung können wir von der FDP nur hoffen, dass hier nicht alte Gespenster aus den Siebzigerjahren wieder auftauchen.

(Beifall bei der FDP)

An der Schulformdebatte haben wir uns schon im Wahlkampf nicht beteiligt. Diese Fragen werden leider allzu oft viel zu ideologisch geführt. Wir als Liberale können nur dazu raten, dass das von Senator Willi Lemke eingeführte und eingebrachte Leistungsprinzip

auf keinen Fall gekippt wird. Gleichmacherei nach unten können wir uns nicht leisten!

(Beifall bei der FDP – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Ella ist aber auch für eine Schule für alle! – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Schule ist leistungsorientiert!)

Bildung endet ja bekanntlich nicht mit der Schule, daher an dieser Stelle noch einige Worte zu den Hochschulen! Aus Berlin, und da meine ich das Bundesland, das ja konkret einen ausgeglichenen Haushalt plant, hören wir von durchaus nennenswerten Investitionen in den Hochschulbereich in den nächsten Jahren. Hier in Bremen hören wir hingegen, dass die zusätzlichen Mittel ein Bekenntnis für die Hochschulen seien. Welche zusätzlichen Mittel, fragen wir uns da! Die Hochschulen waren bereits im Hochschulgesamtplan IV deutlich unterfinanziert, im Übrigen ja bereits schlechter ausgestattet als Vergleichseinrichtungen in anderen Ländern.

Gerade für die Entwicklung der Wirtschaft in der Region sind die Hochschulen unverzichtbar. Welche Erfolge sich hier erzielen lassen, zeigen erfolgreiche Bundesländer mit liberalen Profilen wie etwa Baden-Württemberg.

Zum Themenbereich Wirtschaft! Auf die genauen Konzepte, wie die Probleme des Standortes Bremen gelöst werden könnten, sind wir sehr gespannt. Vieles sind noch Absichtserklärungen. Zentrale Projekte wie die Außenweservertiefung oder das Kohlekraftwerk liegen ja noch im Argen, und ich glaube, beispielsweise nach der Debatte in der vergangenen Woche zum Kohlekraftwerk, dass es nicht gebaut wird. Wenn das eine ergebnisoffene Diskussion ist, nach dem, wie die Argumente hier ausgetauscht worden sind, dann müsste ich mich schon sehr täuschen. Zu dem Vorwurf, dass wir uns nicht mit dem Betriebsrat zusammengesetzt hätten, kann ich nur sagen: Ich persönlich kenne viele swb-Mitarbeiter aus allen Bereichen, und wir haben sehr intensive Gespräche geführt.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Ich auch, mit dem Gasableser! – Zuruf des Abg. D r . B u h l e r t [FDP])

Ich glaube schon, dass die Sorge sehr groß ist, dass sich daraus eine Standortentwicklung ergibt, die nicht zum Guten von Bremen gereicht ist.

Unverzichtbar für Bremen als Logistikstandort sind natürlich außer den Häfen auch andere Verkehrsmittel. Eine ganz zentrale Frage ist für uns das Schienennetz, der Bahnknoten Bremen ist überlastet und ein Nadelöhr. Bei den erfreulichen Wachstumsraten im Güterverkehr stellt sich die Frage, wie die Belastung getragen werden soll. Spätestens mit Beginn des S-Bahn-Verkehrs, den wir begrüßen, ist in einigen Jah-

(C)

(D)

- (A) ren das Schienennetz überlastet und die Belastung für die anliegenden Wohngebiete nicht mehr tragbar.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Wirtschaftsförderung! Diese muss einfach effizienter werden, das ist richtig! Das sehen wir genauso. Ob die angesprochenen Instrumente tatsächlich den Ansprüchen genügen werden, bleibt allerdings abzuwarten. Eine besondere Aufgabe der Bürgerschaft, das haben wir in der Vergangenheit auch immer gefördert, wird die Kontrolle wirtschaftlicher Aktivitäten sein. Es gibt eine Vielzahl von Beteiligungen, GmbH, bei denen sich die Frage stellt, ob es nicht effizientere Möglichkeiten gibt. Privatisierungen sind sicherlich kein Allheilmittel und bedürfen einer kompetenten Begleitung, aber welche Möglichkeiten es gibt, sieht man in Bremen beispielsweise an der Müllentsorgung.

(Beifall bei der FDP)

Etwas erstaunt haben wir Liberalen auf die sehr kurzen Ausführungen zur Kultur reagiert. Es war doch zu hoffen, dass nach der stiefmütterlichen Behandlung dieses Politikfeldes in den letzten Jahren ein wenig mehr zu hören sein würde. Die Bedeutung der Kultur für die Lebensqualität unserer Städte steht ja außer Frage. Aber zumindest finden sich im Koalitionsvertrag mit den Vereinbarungen über längerfristige Verträge durchaus positive Ansätze. Hier erwarten wir auf jeden Fall noch eine Menge mehr, Herr Bürgermeister!

(B)

(Beifall bei der FDP)

Bei der Gesundheitspolitik gilt wie für die Kulturpolitik: Es kann nur besser werden. Die Hoffnung bleibt, dass hier wirklich zügig gehandelt wird. Dass die bremischen Kliniken noch immer ohne Konzept dastehen, ist schlicht unhaltbar!

(Beifall bei der FDP)

Der lange Verzicht auf notwendige Schritte, das unendliche Debattieren und die nie getroffenen Entscheidungen werden uns jetzt in sehr schmerzhaften Prozesse treiben, glaube ich. Seit Jahren sind die Probleme im Gesundheitswesen bekannt, der finanzielle Spielraum wird in wenigen Jahren noch einmal dramatisch enger, das lange Warten hat unter dem Strich viele Tausend Arbeitsplätze gefährdet. Jedes weitere Hinauszögern einer Entscheidung macht die späteren Schritte noch schmerzhafter.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsverhandlung sieht vor, dass in den kommenden 4 Jahren 312 Polizisten in Bremen und Bremerhaven neu einge-

stellt werden, damit die ausscheidenden Beamten ersetzt werden können. Die Personalmisere der Polizei wird damit aber nicht behoben. Es bleibt völlig außer Acht, dass die Polizei bereits jetzt massiv unterbesetzt ist und allein mindestens 200 Neueinstellungen nötig wären, um den aktuellen Bedarf zu decken.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Die prekäre Sicherheitslage in unseren Städten wird damit völlig missachtet. Fragen wie die Lage an der Diskomeile oder die hohe Zahl an Gewaltdelikten werden gar nicht erst angesprochen. Überhaupt, das ist in der Debatte auch schon erwähnt worden, bleibt die Finanzierung der Versprechen im Koalitionsvertrag gänzlich unklar. Wir sind dabei auf die Antworten des Senats gespannt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister Böhrnsen, Ihre Regierungserklärung war richtig schön und niedlich, sie ging mir mitten ins Herz! Sie war herzerreißend, nur glauben kann ich sie nicht so recht! Sie haben viel geredet und noch viel mehr leere Versprechungen abgegeben. Sie fordern zum Beispiel eine effektivere Überprüfung der Gesellschaften, sind auch für einen klimafreundlichen Umbau des Bundeslandes Bremen. Ich darf Sie aber hier einmal in diesem Zusammenhang an das geplante neue Kohlekraftwerk erinnern!

(D)

Sie wollen sich für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne einsetzen – das finde ich gut –, Arbeitsplätze sichern und schaffen. Sie sind für soziale Gerechtigkeit, gleichzeitig ist aber Ihre SPD für den größten Sozialabbau in ganz Deutschland mitverantwortlich, für Agenda 2010, für Hartz IV, für die unsägliche Gesundheitsreform und vieles mehr. Bremerhaven hat die meisten Sozialhilfeempfänger, die höchste Kinderarmut, die größten sozialen Ungerechtigkeiten, die Deutschland jemals nach dem Krieg erleiden musste! All dies trägt unweigerlich den eingebrannten Stempel, und der heißt SPD-Politik auf Kosten und zulasten der Bürgerinnen und Bürger!

Bürgermeister Böhrnsen, in Ihrer Regierungserklärung und auch in Ihrem Koalitionspapier kommt das Wort Bremerhaven so gut wie gar nicht vor. Dabei haben gerade die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener am meisten unter Ihrer unsozialen Politik zu leiden und sie zu ertragen. Ich werde aber hier im Landtag lauthals dafür sorgen,

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Lauthals ist richtig!)

(A) dass Sie uns Bremerhavener landespolitisch niemals, aber auch niemals vergessen werden!

Sie wollen die Selbstständigkeit des Landes Bremen erhalten, das finde ich gut! Das geht aber niemals ohne uns Bremerhavener! Sie haben gesagt, die Finanzen so gut es geht im Griff behalten zu wollen. Was heißt hier eigentlich so gut es geht? Sie wissen doch ganz genau, genauso gut wie ich, dass Sie die Finanzen, das gigantische Schuldenloch, diesen Schuldenberg gerade unter einer grünen Finanzsenatorin niemals, aber auch niemals im Griff behalten werden, ganz im Gegenteil!

Sie haben fast alles versprochen und werden bei diesem finanziellen Desaster doch Ihre Politik nicht halten oder umsetzen können. Sie geben hier Millionen teure Versprechungen ab, müssen aber jetzt schon mit neuen Schulden unzählige Haushaltslöcher stopfen, dabei wissen Sie doch ganz genau, dass wir meines Wissens am Ende des Jahres ein Haushaltsloch – Mehrausgaben also – von sage und schreibe 60 Millionen Euro haben werden, 60 Millionen Euro, 120 Millionen D-Mark, meine Damen und Herren! 30 Millionen fehlen im Sozialressort, 6 Millionen beim Justizressort und so weiter! So geht es immer lustig weiter! Das ist eine unverantwortliche Politik!

Sie sind kaum im Amt, müssen aber schon die ersten Haushaltslöcher stopfen. Sie tragen jetzt schon Ihre Golfsocken, das sind die Socken mit den 19 Löchern, und es werden noch viel mehr Löcher hinzukommen, die Sie alle gar nicht stopfen können! Ihre unseriöse Haushaltspolitik birgt Risiken in einer unverantwortlichen Höhe von mehr als 100 Millionen Euro!

(B) Meine Damen und Herren, abschließend kann man durchaus behaupten, Ihre Regierungserklärung ist nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben steht, weil Sie kein Geld haben, um alle Ihre leeren Versprechungen umsetzen zu können. Ich frage mich: Wer hat eigentlich die ganzen Jahre dieses Bundesland regiert? Das war doch Ihre SPD, das waren Sie doch selbst!

Sie haben also über Jahre Zeit genug gehabt, Ihre heutigen Versprechungen und Forderungen schon längst im Sinne der Bevölkerung umsetzen zu können, ja sogar umsetzen zu müssen. Das haben Sie nicht getan, darum glaubt Ihnen heute auch kein Mensch mehr, und das ist auch gut so. Das, was Sie betreiben, sind schaumschlägerische Schaufensterreden voll gespickt mit leeren Versprechungen. Es hat mit seriöser, ehrlicher Politik im Sinne unserer Bevölkerung nichts, aber auch gar nichts zu tun!

Tatsache ist, unter Ihrer unsozialen SPD-Politik ist das Bundesland Bremen mit den beiden Städten Bremen und Bremerhaven wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch und bildungspolitisch restlos ruiniert worden. Die innere Sicherheit in diesen beiden Städten Bremen und Bremerhaven ist zum Schutz unserer Bürger schon lange nicht mehr gewährleistet, ganz im Gegenteil.

Herr Bürgermeister Böhrnsen, Sie haben sehr viel über Integration geredet. Erstens ist Ihre geplante Integrationspolitik sehr teuer und für Bremen viel zu teuer. Ich habe überhaupt nichts gegen eine realistische Integrationspolitik, aber zweitens müssen Sie bei Ihren ganz unrealistischen Integrationsmaßnahmen sehr darauf aufpassen, dass die unzähligen deutschen Bürgerinnen und Bürger, die schon heute Menschen zweiter Klasse im eigenen Land geworden sind, nicht auch noch Menschen dritter Klasse im eigenen Land werden.

Weiterhin haben Sie ausgeführt, dass Sie in der Tradition der Antifaschisten die braune Brut aufhalten wollen. Viel Spaß, kann ich da nur sagen! Damit meinen Sie wohl, dass Sie – in der Tradition von gewalttätigen Linksfaschisten – genehmigte Demonstrationen im Sinne eines Demonstrationsrechts Hand in Hand mit gewalttätigen Linksfaschisten und anderen Wohlstandskommunisten wie zum Beispiel vielleicht mit der Fraktion der ehemaligen PDS-/SED-Partei, heute Die Linke, undemokratisch einschränken oder sogar abschaffen wollen.

Meine Damen und Herren, so sieht Ihr Demokratieverständnis aus, aber das ist nicht mein Demokratieverständnis! Ich werde auch weiterhin im Sinne der Bürgerinnen und Bürger für mehr Demokratie, für mehr Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven und Bremen kämpfen. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp. (D)

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Die Frage ist nicht, ob man bestimmte Situationen und Zustände in diesem Bundesland und in diesem Land insgesamt auf eine gewisse Art und Weise kritisieren muss, einige Dinge liegen natürlich auf der Hand.

Wir kennen die soziale Situation von vielen Menschen in unserem Land, wir kennen die finanzielle Situation in diesem Bundesland. Die Frage ist, wie man zu Lösungen kommt. Es gibt außerhalb des demokratischen Spektrums der Parteien keine Partei, die dazu ernsthafte Vorschläge macht. Von daher ist das, was der Kollege Tittmann gerade gesagt hat, pure Demagogie und bietet keine einzige Form von realistischer Lösung, deswegen ist es nutzlos, was er gesagt hat.

(Beifall bei der Linken, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zwei Vorbemerkungen: Ich habe jetzt mit Spannung zum ersten Mal so etwas wie eine Generaldebatte über eine Regierungserklärung verfolgt. Ich habe auch den Stil, der vonseiten der CDU dort gepflegt wird, zur Kenntnis genommen. Ich persönlich finde

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) es nicht besonders stilvoll, Personalentscheidungen zum Gegenstand einer Generaldebatte zu machen zu einem Zeitpunkt, an dem wir uns über die Zukunft dieses Landes Gedanken machen müssen.

(Beifall bei der Linken, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für unbeteiligte Beobachter kann es auch so aussehen, als ob dort Menschen neidisch sind, dass sie von diesen Posten nichts mehr abbekommen.

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Zweite Vorbemerkung: Im Rahmen der Regierungserklärung wurde noch einmal hervorgehoben, dass sich die rot-grüne Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, Partizipation und Demokratie in den Stadtteilen zu stärken. Das finde ich ausgesprochen gut. Es sind Ideen, die wir in den Beiräten bereits länger diskutieren und gern aufgreifen. Es gibt zwei Dinge, die mir dabei wichtig sind: Erstens, wenn wir über Partizipation und Beteiligung reden, müssen wir über Partizipation und Beteiligung an realen Entscheidungen, auch an Geld und an „Macht“, diskutieren und nicht nur bei der Beteiligung an der Mängelverwaltung. Das ist ein gewaltiger Unterschied!

(B) Ich weiß auch, dass es Modelle gibt, wie man Projekte in der Stadt finanziert, bei denen es stiftungsähnliche Konstruktionen gibt. Ich sage auch hier ganz deutlich, ich glaube, wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir Beteiligung vom Geldbeutel abhängig machen. Das heißt, wenn wir irgendwo Geld zusammentragen für Projekte in der Stadt, müssen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt ein Stück weit berechtigt sein, daran teilzunehmen, wofür das Geld verwendet wird.

(Beifall bei der Linken)

Ich hätte mir in der Regierungserklärung in der Tat mehr Kritik an den 12 Jahren Großer Koalition gewünscht, denn ich glaube, wir sind in der Situation, in der wir dies aufarbeiten müssen. Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor den Tatsachen, dass wir hochverschuldet sind, dass wir einen großen Teil des öffentlichen Eigentums verkauft haben, dass wir hohe Arbeitslosigkeit und Kinderarmut haben und dass wir ein Stück weit das soziale Fundament dieser Stadt gefährdet haben. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen. Zum Glück ist es so, dass nach diesen 12 Jahren die SPD aus einem Einsichtsprozess heraus die Notbremse gezogen hat, und ich hoffe, dass auch die CDU irgendwann diesen Einsichtsprozess macht.

Ich glaube übrigens nicht, dass es ausgerechnet unser Programm war, das dazu geführt hat, dass diese Formulierung in die Koalitionsvereinbarung, in die Regierungserklärung kommt. Natürlich haben wir

vielleicht ein bisschen dazu beigetragen, aber so selbstherrlich sind wir nicht. Es sind Lösungen und Aufgaben, die einfach auf der Hand liegen, und jeder Mensch, der den Kopf zum Denken zwischen den Ohren hat, weiß, dass da die Aufgaben der Zukunft liegen, deswegen hat niemand ein besonderes Alleinvertretungsrecht.

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Ich wollte zwei, drei Sachen zur Finanzierung und zur Finanzsituation in Bremen sagen! Der Koalitionsvertrag formuliert drei Säulen bremischer Finanzpolitik: Eigenleistung, die Klage in Karlsruhe und Föderalismusreform. Ich befürchte, dass Eigenleistungen an einem Punkt angelangt sind, den man sozial überhaupt nicht mehr vertreten kann. Es sind in den letzten 12 Jahren enorme Spar- beziehungsweise Kürzungsanstrengungen unternommen worden, und allein die Absicht, die Personalkosten um nur ein Prozent zu steigern, wir alle wissen, dies sind reale Stellenstreichungen, auch wenn es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt.

Die Ausgaben um 0,8 oder 0,5 Prozent im nächsten Jahr zu senken, ist auch ein Unterfangen, das wiederum an die soziale Substanz geht. Ich glaube, es wird bröckeln, und es wird auch immer wieder Pläne geben, die es fortschreiben, und immer wieder werden diese Pläne scheitern.

Die Klage in Karlsruhe riecht ein bisschen sehr nach Kanzlerbrief; nicht so sehr die Tatsache, dass es derselbe Adressat ist, aber die Hoffnung oder der Kottau, der sich damit verbindet, dass man alles danach ausrichtet, diese Klage zu gewinnen, das riecht nach Kanzlerbrief. Ich hoffe, dass ich nicht recht habe, indem ich sage, entweder wir bekommen gar nichts, oder wir bekommen sozusagen etwas Geld, das uns strukturell nicht wirklich hilft, aber mit Auflagen verbunden, die uns noch weiter knebeln. Ich bin vollständig davon überzeugt, dass es nicht die Lösung dieser Probleme ist!

Dritter Punkt, Föderalismusreform: Ich habe erlebt, dass die Decke insgesamt zu kurz ist. Ich bin mir vollkommen sicher, dass wir ohne eine anständige Finanzierung über die Bundesebene Länder und Kommunen nicht finanzieren können, aber der Weg in den Wettbewerbsföderalismus ist, glaube ich, der falsche Schritt. Wir brauchen eine solidarische Finanzierung von Ländern und Kommunen, dazu muss natürlich die Bundesebene entsprechende Steuern zur Verfügung haben. Ich befürchte, da dies nicht so ist, ist auch hier kein Weg, der Bremen aus der Finanzkrise herausführt.

Wir stehen an einem Punkt, zu dem der Koalitionsvertrag folgende wesentlichen finanzpolitischen Rahmenbedingungen formuliert: Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung, Begrenzung der Ausgabensteigerung auf 1 Prozent und Einnahmesteigerungen von sage und schreibe durchschnittlich 4 Prozent,

(C)

(D)

(A) das ist die Basis des mittelfristigen Finanzplans. Ich weiß nicht, woher diese Einnahmesteigerungen kommen. Das ist aber die Grundlage dafür, dass wir 2009 einen ausgeglichenen Primärhaushalt haben, das ist die Grundlage dafür, dass wir möglicherweise irgendwann eine Form eines ausgeglichenen Haushalts haben werden.

Ich habe es durchgerechnet: Irgendwann im Jahre 2016 hat Bremen bei einer solchen Zahl einen ausgeglichenen Haushalt. Der Schuldenstand ist dann ungefähr der von heute, und wir haben dann etwa 13,5 Milliarden Euro Zinsen bezahlt. Ich finde insbesondere angesichts von Kinderarmut, es ist eine sehr zynische Zahl, weil ich weiß, dass diese Zinsen durch Eigenleistung und Einsparungen im sozialen Bereich erbracht werden. Diese Zinszahlungen werden nur ermöglicht, wenn wir am sozialen Fundament dieser Stadt kräftig rütteln, und ich finde, das geht nicht!

(Beifall bei der Linken)

Wir brauchen eine andere Form von Mut in der Finanzpolitik. Wir müssen uns die Frage gefallen lassen, welche Form von Schulden wir unseren Kindern hinterlassen wollen: Schulden in Form von Geld oder Schulden in Form einer sozial und humanistisch zerstörten Stadt, einer sozial zerstörten Stadt? Ich finde, notfalls ist es besser, Schulden zu hinterlassen, als diese Stadt sozial zu zerstören.

(B)

(Abg. Dr. B u h l e r t [FDP]: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen! – Zuruf von der SPD)

Wenn die Berge, auf denen sie spielen, bebaut sind, wenn es keine Kinderspielplätze mehr gibt, auf die man ohne zu bezahlen kommen kann, wenn es keinen öffentlichen Raum mehr gibt, wenn sie nicht mehr betreut werden, dann können sie erst recht nicht spielen!

(Beifall bei der Linken)

So ein Unsinn! Ich befürchte auch, dass wir uns einer Frage stellen müssen, die ausgesprochen unpopulär ist und von vielen Wirtschaftswissenschaftlern, von vielen Politikerinnen und Politikern nur mit sehr spitzen Fingern angefasst wird, das ist im Koalitionsvertrag die Frage von Entschuldung. Die Vorschläge, die es gibt, sind Vorschläge, die im Kern eine Umschuldung sind vom Land zum Bund oder umgekehrt. Ich glaube, wir müssen über ernsthafte Entschuldung sprechen. Wenn man über wirkliche Umschuldung redet, müssen wir die Gläubiger – und das sind die Banken – an den Tisch bekommen. Das ist eine wichtige Aufgabe, Bremen sozusagen aus der finanziellen und sozialen Krise herauszuführen. – Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken. (C)

Abg. **Beilken** (Die Linke): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch an einem Beispiel die Politik der rot-grünen Koalition, wie sie geplant ist, kritisieren, am Beispiel der Wissenschaft.

Es ist von den Studierenden und von den Beschäftigten der Universitäten gefordert worden, die Tendenz zur Privatisierung an den Hochschulen zurückzunehmen, die Tendenz zur zunehmenden Einflussnahme aufgrund vordergründiger und oberflächlicher wirtschaftlicher Interessen. Es ist verlangt worden, die demokratischen Strukturen zu stärken, aus dem Hochschulentwicklungsplan V auszusteigen, der massive Kürzungen, ja sogar eine Schrumpfung der Universität, beinhaltet.

Es ist gefordert worden, für die wachsende Zahl der Studierenden zusätzliches Personal bis 2015 einzustellen, gebührenfrei, ohne Wenn und Aber, das Studium zu ermöglichen, das BAföG als Zuschuss und existenzsichernd zu gestalten. All dies findet sich nicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Planung der Koalition, und es zeigt sich, dass hier die Betroffenen enttäuscht werden. Der Grund sind zwei Probleme, die sich durch die ganze Koalitionsvereinbarung, die Regierungsplanung ziehen.

(D)

Das eine Problem ist, Ihre sozialen Absichten konkretisieren Sie durch die Fortsetzung der Kürzungspolitik. Gute Absichten verkehren sich dadurch ins Gegenteil, Peter Erlanson hat das hier schon einmal gesagt. Wenn Sie die guten Absichten allesamt nicht umsetzen und an finanzpolitischen Fragen scheitern lassen, dann untergraben Sie Ihre Glaubwürdigkeit bei uns und auch im Lande, sofern sie noch vorhanden ist. Zugespitzt könnte man sagen, Ihre finanzpolitische Frömmigkeit frisst Ihre sozialen Wünsche und Bekenntnisse.

(Beifall bei der Linken)

Das zweite Problem, die Tendenz der neoliberalen Umgestaltung und Privatisierung, behalten Sie bei, die setzen Sie fort. Das äußert sich in tausenderlei Formulierungen und durchzieht leider viele Bereiche, in dem Fall spreche ich vom Bereich Wissenschaft. Dort ist es dann die Frage einer selbstständigen Universität, Wettbewerbsfähigkeit, Förderung privater Universität, sie heißt jetzt nicht mehr IUB, sie heißt jetzt schon ehrlicherweise Jacobs-Universität,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Gott sei Dank!)

und was wir sonst noch an Namen alles haben. Vielleicht sollen das Rathaus und die Bürgerschaft auch

- (A) bald mit irgendwelchen Kürzeln von irgendwelchen Firmen oder anonymen Konzernen versehen werden.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Machen Sie doch erst einmal eine Schulung, bevor Sie etwas erzählen!)

Ja, das befürchten wir jetzt, und leider geht es ja zum Teil in die Richtung. Beim Weserstadion ist es so, beim Bürgerpark kommt es vielleicht auch noch, bei der Stadthalle haben Sie es geschafft. Ich muss es Ihnen leider vorhalten, es tut weh. Ich hoffe, dass es Ihnen auch weh tut und dass Sie es dann bremsen.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das entlastet doch Ihren Haushalt!)

Dass Sie diesen Kurs stoppen, das ist meine Intention.

Ich habe die Hoffnung trotz allem noch nicht ganz aufgegeben, denn es ist so, wie Klaus Rainer Rupp sagt: Wer einen Kopf zum Denken zwischen den Ohren hat – und das hat auch die Bevölkerung –, der will es, und wenn die Bevölkerung es will, dann werden Sie dem ein Stück weit nachgeben, so erlebe ich ja auch die Tendenz.

(Zuruf des Abg. G ü n t h n e r [SPD])

- (B) Das kommt ja noch alles, passen Sie auf, lieber Kollege!

(Beifall bei der Linken)

Die SPD-Partei unter Herrn Schröder hat diese Politik für modern erklärt. Bei Ihnen wird dieselbe Politik nun mit der Knappheit der Mittel begründet, und die Knappheit der Mittel ist bei Ihnen nicht der Skandal, den Sie bekämpfen wollen und bekämpfen sollten als Volksvertreterinnen und Volksvertreter, nein, er ist für Sie der Ausgangspunkt Ihrer Politik, den Sie akzeptieren! Darüber würde ich gern einmal mit Ihnen reden, ob es wirklich so sein muss, denn Sie wissen es eigentlich besser. Sie wissen, die Knappheit der Mittel ist nicht gottgegeben, sie ist gemacht und ist öffentliche Armut. Dazu habe ich kein Wort und keinen Protest in dieser Richtung gehört.

Es wird nicht alles mitgemacht bei der Unternehmensteuerreform, das ist schon gut, aber es muss auch hier in die andere Richtung gehen, und dazu habe ich kein Wort gehört. Ich habe nichts vernommen von solchen Dingen wie Vermögensteuer, wie Erbschaftsteuer, wie Börsenbesteuerung, von Börsengewinn, von Kapitaltransfers. Das sind Dinge, die sich auch auf hohe Einkommen beziehen, denen man in den letzten Jahren Geschenke in Milliardenhöhe gemacht hat, und genauso an die Konzerne.

Das haben Sie alles mit Ihrer Politik insgesamt im Land bewerkstelligt, und Sie wissen es. Ich gehe einmal davon aus, es tut Ihnen selbst auch sogar weh,

aber es ist ein Tabu. Sie tabuisieren es, wie früher gegenüber der Obrigkeit Dinge tabuisiert wurden. So verhalten Sie sich wie gläubige, brave Landeskin- der zu mittelalterlichen Zeiten. Ich nenne das finanzpolitische Frömmigkeit, und genau wie die Frömmigkeit damals – wenn sie übertrieben wurde – auch den dekadenten Reichtum möglich gemacht hat, so ist es auch heute.

Ich zitiere aus dem „Handelsblatt“ von gestern ein Beispiel, das ich dank eines Newsletters unseres Bundestagsabgeordneten Axel Trost heute mitgeteilt bekommen habe, um es Ihnen plastisch zu machen, wo wir die Finanzressourcen haben, von denen Sie hier davon ausgehen, dass sie einfach nicht vorhanden sind. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Genau 8601 Diamanten hat der britische Künstler Damian Hirst auf einen Todesschädel aus Platin geklebt. ‚For the Love of God‘ heißt das morbide Werk, das zurzeit in der Galerie ‚White Cube‘ im noblen Londoner Westend vor sich hin funkelt. 75 Millionen Euro soll das teuerste Werk der Gegenwartskunst kosten. Es ist angeblich der glänzende Totenkopf schon lange verkauft.“

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Können wir verfügen über die Diamanten? – Her damit!)

Ja, das muss im „Handelsblatt“ angeprangert werden, dann wird es für Sie vielleicht auch einmal interessant sein zuzuhören. „Das wäre nicht weiter erstaunlich, denn moderne Kunst ist in, nicht nur bei Sammlern, sondern auch bei Spekulanten wie Hedgefonds. Diese haben das boomende Geschäft mit dem Schönen, Guten und Wahren längst für sich entdeckt.“ Einen Absatz weiter heißt es: „Die immer exotischeren Ideen der Hedgefonds sind nur ein Beispiel für die verzweifelte Suche der Investoren nach frischen Anlagemöglichkeiten.“

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Hilft uns das weiter?)

Die Welt schwimmt im Geld.“

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie kommen wir an die Kohle heran?)

Ich wiederhole dieses Zitat im „Handelsblatt“: „Die Welt schwimmt im Geld, und das macht es schwierig, neue Märkte zu entdecken, die noch lukrative Renditen bieten.“

Soviel also, ein kleiner Hinweis, dass Sie einmal ein bisschen über den Tellerrand hinaus denken bei Ihrer Regierungsplanung und auch dies als Programm nehmen, um an dieser Sache etwas zu drehen! Es gibt Bundesratsinitiativen, wir sind Teil der Demokratie, auch in anderen Ländern und in Bremen besonders

(C)

(D)

(A) muss in dieser Sache das Wort ergriffen werden. Auch von Ihnen als sozial orientierte Regierung müsste man das eigentlich erwarten.

Ich komme zum Schluss und sage Ihnen: Verfolgen Sie weiter die guten Ansätze, die Monique Troedel bei Ihnen hervorgehoben hat! Bemühen Sie sich weiter um Glaubwürdigkeit, was Peter Erlanson angemahnt hat! Nutzen Sie die finanzpolitischen Ratschläge, die Klaus-Rainer Rupp Ihnen im Ansatz hier als ersten Vorgeschmack von dem, was wir noch bieten werden, gegeben hat, und lassen Sie die neoliberalen Tendenzen, die ich Ihnen gelegentlich vorhalte und vorhalten werde, wenn Sie so weitermachen! – Danke, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Ella.

(B) Abg. **Ella** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht noch ein paar Worte aus Bremerhavener Sicht! Der Kollege Bödeker verglich – ich glaube, es war in der letzten Sitzung – den Bremer mit dem Bremerhavener Koalitionsvertrag. Er kam zu seinem persönlichen Schluss: Der Vertrag der Großen Koalition sei besser gelungen. Ich kann Herrn Bödeker da in einem Punkt zustimmen. In Bremerhaven musste ich mich wirklich wundern, wie viel heiße Luft auf so wenigen Seiten unterzubringen ist. In Bremen hat man für die gleiche Menge Luft, ohne eine konkrete Aussage zu machen, fast fünfmal so viele Seiten benötigt. Lyrik nennt man solche Texte normalerweise!

(Beifall bei der FDP)

Der rot-grüne Koalitionsvertrag, meine Damen und Herren, strotzt nur so vor Allgemeinheiten, Plattitüden, leeren Phrasen und Prüfaufträgen. Als Wahlbremerhavener höre ich natürlich gern die Aussage der Koalition, Bremerhaven sei eine lebendige und lebenswerte Stadt. Wie man Bremerhaven aber als wirtschaftlich stark bezeichnen kann, das müssen mir SPD und Grüne aber erst einmal erklären!

(Beifall bei der FDP)

Wohin der Weg geht, scheint hier allerdings von vornherein klar zu sein. Über das Schaffen von gleichwertigen Lebensverhältnissen in beiden Städten argumentiert man so jedenfalls problemlos hinweg. Die Koalition bezeichnet Bremen als Stadtstaat, Bremerhaven erscheint im Koalitionsvertrag nur noch im Sinne der Political Correctness als – ich zitiere, Herr Präsident – „und Bremerhaven“ hinter jeder Nennung Bremens. Bremerhaven findet inhaltlich aber so gut wie gar nicht mehr statt.

(Beifall bei der FDP)

(C) Bei der Erwähnung des Flughafens ist wohl kaum der Bremerhavener oder – wenn man einmal über die Landesgrenzen hinausschaut – der Nordholzer Flughafen gemeint. Die A 22 scheint für Rot-Grün uninteressant, und um das Thema Außenweservertiefung wird auch nur ziellos herumklammert.

(Beifall bei der FDP)

Die Hafenanbindung verkommt zur Floskel. Bremerhavens Wirtschaft ist für Rot-Grün nur die Hochschule, das AWI, Windenergie und der Fischereihafen. Gerade einmal 3 Seiten des Koalitionsvertrages beschäftigen sich mit Bremerhaven, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der FDP: Unerhört!)

Der Rest ist bremische Kommunalpolitik. 3 Seiten von 130 Seiten entsprechen etwa zweieinhalb Prozent! Was das für den zukünftigen Anteil Bremerhavens an den Investitionsmitteln bedeutet, ist doch wohl klar!

(Beifall bei der FDP)

(D) Meine Damen und Herren, von der Zukunft Bremerhavens hängt die Zukunft unseres ganzen Landes ab. Der Kampf um die Selbstständigkeit Bremens, dem im Koalitionsvertrag sogar ein eigenes Kapitel eingeräumt wurde, ist unter diesen Voraussetzungen vollkommen unglaubwürdig. Diese Koalition setzt mit ihrer Bremerhaven-Politik die Selbstständigkeit Bremens aufs Spiel.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Da klatscht nicht einmal Ihre eigene Fraktion!)

In der letzten Sitzung wurde schon angesprochen: Wenn ich mir die rot-grüne Agenda für die nächsten 4 Jahre anschau, sehe ich schwarz. Wo ist die Gegenleistung für die gekappte Investitionsquote? Wo ist die Liste der zu fördernden Projekte – es wurde schon angesprochen –, um den Aufschwung in Bremerhaven weiter voranzubringen? Die erste Kürzung im Hochschulbereich durch die Große Koalition, jetzt das Kippen der Quote, dann die Besetzung des Senats – wo ist das politische Ziel der Koalitionäre, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP)

Natürlich hat die Koalition recht, wenn sie unsere Hochschule als bedeutenden Wirtschaftsfaktor in den Vordergrund stellt. Warum aber, meine Damen und Herren, werden die gravierenden Kürzungen im Wissenschaftsbereich des letzten Senats dann nicht vollständig zurückgenommen?

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Sagen Sie mir einmal, wie das finanziert werden soll!)

(A) Unsere Hochschule ist existenziell für die ganze Seestadt. Strukturschwache Regionen, Sie wissen es, sind mehr abhängig von Wissenschaft und Forschung, als es Regionen sind, in denen die Industrie stark ausgeprägt ist. Hier ist die Hochschule wie eine Keimzelle, und nur aus dieser Keimzelle können neue Produkte entstehen, können Innovationen kommen, können sich neue Arbeitsplätze ergeben.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch überall auf der Welt gleich, meine Damen und Herren: Da, wo die Länder mehr in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren, gibt es auch ein höheres Wirtschaftswachstum. Für eine nachhaltige Haushaltspolitik ist es deshalb fatal, im Bildungsbereich und Wissenschaftsbereich zu sparen. Es ist wissenschaftlich, ökonomisch und sozialpolitisch geboten, in diese Zukunftsbereiche mehr zu investieren und besonders auch für Bremerhaven den Anteil der Landesmittel zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP)

Nur durch eine bessere, gute Bildung – und dazu gehört auch die Hochschule – können Sie auch mehr Chancengerechtigkeit in einer Gesellschaft schaffen, und das ist es, was wir in unserer Seestadt dringend brauchen!

(Beifall bei der FDP)

(B) Erschreckenderweise gibt es für Bremerhaven kein professionelles, internationales Standortmarketing, das weltweit versucht, Investoren in die Seestadt zu locken. Für andere Städte wie Bremen ist so etwas selbstverständlich. Wir müssen in Bremerhaven unsere Wirtschaftsförderung umorganisieren, sodass nicht bestimmte Branchen bevorzugt werden, sondern die Firmen branchenunabhängig die Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Auch muss hier massiv Bürokratie abgebaut werden. Wir müssen vor allem aber auch die Standortkosten senken und wettbewerbsfähig werden. Die Grundsteuer B muss dem Durchschnitt des Umlandes angepasst werden, und auch der Gewerbesteuerbesatz muss gesenkt werden. Leider haben die anderen Fraktionen gegen unsere Stimmen in der letzten Legislaturperiode gerade erst den Hebesatz erhöht – zuerst in Bremen, dann in Bremerhaven. Für die damalige Bremerhaven-Koalition hatte die Bremer Entscheidung dummerweise Vorbildwirkung. Hier müssen im ganzen Land Fehlentscheidungen zurückgenommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, Sie kennen in diesem Zusammenhang die Studie „Leuchtturmregion Bremerhaven“ des

BAW. Meine Damen und Herren, das in pseudo-ökologische, blumige Worte gefasste „Weiter so“ des Senats ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Hier ist die Chance auf einen Neuanfang vertan worden. Ich weiß nicht, ob die Regierungserklärung schon eine Folge des von Ihnen so oft zitierten Klimawandels ist, aber heiße Luft ist für den Strukturwandel unserer Seestadt allein nicht ausreichend.

(Beifall bei der FDP)

Ich wünsche dem Senat jedoch alles Gute und richtige Entscheidungen für die nächsten 4 Jahre und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit für Bremen, für Bremerhaven. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner (SPD)*:** Verehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Eigentlich war es ja nicht unser Ziel, hier eine Bremerhaven-Debatte zu führen. Nachdem aber Herr Ella nun mehr oder weniger nach der Rede von Herrn Woltemath hier die sechste Fraktion in diesem Haus aufzumachen versucht,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

denke ich, sollte man auch zu dem Thema hier noch einmal einige Worte verlieren!

Was mich bei Herrn Woltemath gefreut hat, war ja, dass er sozusagen ein Stück weit finanzpolitischen Sachverstand gezeigt hat, indem er die Situation des Landes auch sehr schonungslos analysiert hat. Herr Ella, bei Ihnen ist mir eben nicht ganz aufgegangen, wie sich Ihr Fraktionsvorsitzender hier hinstellen und darstellen kann, dass es finanziell höchst schwierig ist, dass das Land eigentlich pleite ist, dass besondere Anstrengungen unternommen werden müssen, und Sie sich anschließend hier hinstellen

(Abg. **W o l t e m a t h [FDP]:** Das ist kein Widerspruch!)

und sozusagen einen Strauß an Forderungen aufmachen, der überhaupt nicht finanzierbar ist, jedenfalls nicht so, wie Sie es hier dargestellt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Das Ganze schlägt dann natürlich dem Fass noch den Boden aus, wenn Sie auf der einen Seite anfangen, mit dem Geld um sich zu werfen und hier überbordende Forderungen zu stellen, sich aber auf der anderen Seite hinstellen und davon sprechen, man müsste die Standortkosten in Bremerhaven senken. Man kann doch nicht auf der einen Seite die Einnahmeseite sozusagen weiter herunterfahren

(Zuruf des Abg. E l l a [FDP])

und auf der anderen Seite die Ausgabenseite hochfahren! Das ist jedenfalls keine seriöse Politik, Herr Ella! Das ist auch keine seriöse Politik für den Standort Bremerhaven, die Sie hier machen wollen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin fast geneigt, nachdem Sie letzte Woche in der Bremerhaven-Debatte zu den 25 Prozent exakt 25 Prozent Ihrer Redezeit ausgenutzt haben, nämlich zweieinhalb Minuten von 10 – mehr fiel Ihnen zu dem Thema offenbar nicht ein –, diese Diskussion hier noch einmal aufzumachen, aber ich glaube, wir haben sie letzte Woche geführt. Ich will nur eines noch einmal sagen: Der Versuch, anhand von „wie viel Zeilen nimmt Bremerhaven im Koalitionsvertrag ein?“ und von Zeilen- und Buchstaben-Zählen den Stellenwert, den Bremerhaven im Koalitionsvertrag hat, deutlich zu machen, ist, finde ich, hanebüchen, und er ist auch in diesem Hause in dieser Form noch nicht vorgekommen.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Man kann über die eine oder andere Frage, die im Koalitionsvertrag steht – das ist demokratischer Brauch –, durchaus streiten, aber worüber man nicht streiten kann, und ich glaube, dass Sie das auch der neuen Landesregierung nicht vorwerfen können, ist, dass sie klar gesagt hat: Wir wollen einen Schwerpunkt auch in den nächsten 4 Jahren in Bremerhaven setzen. Insofern, Herr Ella, beschäftigen Sie sich endlich einmal inhaltlich mit dem Koalitionsvertrag und halten Sie hier nicht solche Fensterreden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Wir wollten eigentlich über die Regierungserklärung des Senats reden und keine extra Bremerhaven-Debatte führen, aber, lieber Herr Ella, man hat das Gefühl, Sie sind der Bremerhavener Möllemann

(Beifall bei der CDU)

mit Ihren Erklärungen, die Sie abgegeben haben, und das ist auch die Erklärung, warum Sie auch in Bremerhaven keine Verantwortung haben, denn Sie sind nicht einmal in der Lage gewesen, vernünftige Koalitionsverhandlungen zu führen.

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich glaube, dass wir unterscheiden müssen zwischen der Lage Bremens und Bremerhavens, und wir werden heftig kämpfen, Herr Bürgermeister Böhrnsen, um auch die Strukturentwicklung und den Strukturwandel in Bremerhaven weiter fortführen zu können.

Ich habe schon beim letzten Mal gesagt, dass die Bremer Koalitionsvereinbarung sehr dünn ist. Ich glaube, wir Bremerhavener Abgeordneten haben große Aufgaben, und wir werden ja gleich in der aktuellen Stunde die Diskussion noch einmal weiterführen, gerade Bremerhaven weiter nach vorn zu bringen, aber ich glaube, wer die Bremerhavener Koalitionsvereinbarung gelesen hat –. Sie ist ja, sage ich einmal, im Bildungsbereich sehr kontrovers diskutiert worden. Im Bildungsbereich, lieber Herr Dr. Sieling, ist sie über 10 Jahre der Sozialdemokraten geplant, wir haben aber nur einen Koalitionsvertrag über 4 Jahre abgeschlossen, denn nach 4 Jahren wird wieder neu zusammengezählt. Insofern, denke ich, haben wir unsere bildungspolitische Sicherung der gymnasialen Abteilung auch durchgesetzt.

(D)

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Reden Sie doch unsere gute Entscheidung nicht klein, die ist doch gut!)

Ich glaube, wir haben auch im Bereich der Wirtschaftspolitik wichtige Maßnahmen hineingeschrieben, gerade Infrastrukturmaßnahmen der Häfen. Man könnte sich als Bremerhavener ja zurücklehnen und sagen: Das sind Stadtbremer Häfen. Was haben wir im ersten Moment eigentlich damit zu tun? Das soll doch Bremen erledigen. Aber die Wahrheit ist natürlich: So kann man Politik nicht betreiben! Wir müssen gemeinschaftlich, Schulter an Schulter versuchen, für Bremerhaven, Bremen und die Region die besten Maßnahmen gerade im Wachstumsbereich der Häfen, der maritimen Wirtschaft durchzusetzen.

Ich glaube, das haben wir in Bremerhaven ganz gut formuliert, und ich denke, wir werden hier heftigste Diskussionen insbesondere mit der neuen Finanzsenatorin führen, wie es zu finanzieren ist. Natürlich sind in haushaltsschwierigen Zeiten

(Zuruf der Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/
Die Grünen] – Heiterkeit beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Finanzierungen nicht immer leicht darzustellen, aber auf der einen Seite brauchen wir die Arbeitsplätze, wir brauchen das Wachstum!

(A) Insofern habe ich bei dem, was Herr Ella hier vorgetragen hat, keine konkrete Forderung gehört, außer beim Thema der Hochschule – das haben wir auch ganz deutlich in unseren Koalitionsvertrag geschrieben –, und ich habe gar nicht gehört, was er eigentlich in der Hafenpolitik verändern will! Ich weiß nicht, was er hier eigentlich gefordert hat!

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Das ist ihm nicht aufgeschrieben worden! – Zurufe von der FDP – Abg. E l l a [FDP]: Zuhören, Herr Bödeker!)

Ich sage Ihnen eines: Die Arbeit eines Landtags ist natürlich, als Opposition die Regierung zu kritisieren, und ich glaube, das ist von unserem Fraktionsvorsitzenden ausführlich und deutlich gemacht worden. Ich halte vom Bremer Koalitionsvertrag nichts, aber wir können den Bremerhavener Koalitionsvertrag dagegenhalten, denn in Bremerhaven tragen Gott sei Dank CDU und SPD die Verantwortung.

Wir werden uns hier über die nächsten Jahre streiten, wobei ich bei diesem Koalitionsvertrag und bei dieser Regierungserklärung nicht glaube, dass Sie überhaupt 4 Jahre durchhalten, aber das muss man sehen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wir werden hier heftig streiten zum Wohle unserer Stadtgemeinde, denn auch für Bremerhaven haben wir Verantwortung. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung 13.03 Uhr)



Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Es ist von der Fraktion der SPD und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Antrag gestellt worden, den Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung „Benennung von zwei ordentlichen und zwei

stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010“ unmittelbar nach der Mittagspause aufzurufen. Besteht darüber Einvernehmen?

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein!)

Darüber besteht kein Einvernehmen, Herr Kollege Röwekamp? Das heißt, wir müssen darüber abstimmen.

Dann lasse ich darüber abstimmen.

Wer diesen Tagesordnungspunkt vorziehen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle fest, wir verfahren so, wie ich vorgeschlagen habe beziehungsweise wie der Antrag der Koalition lautet.

Benennung von zwei ordentlichen und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Koalition zeigt ein neues Verständnis von parlamentarischer Demokratie. Nachdem die Große Koalition über viele Jahre die Oppositionsrechte in diesem Parlament immer sehr geachtet, geschätzt und auch entsprechend abgesichert hat bei der Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und bei anderen Dingen, scheint die neue Regierung Rot-Grün, obwohl mit knapperer Mehrheit ausgestattet, die Opposition in Zukunft anders behandeln zu wollen. Ich finde, das ist ein starkes Stück in diesem Parlament! Das ist nicht in Ordnung, aber es überrascht bei dem Stil dieser neuen Regierung auch nicht.

(Zurufe von der SPD)

Die Bremische Bürgerschaft hat, woran sich nicht mehr alle erinnern konnten, zu dem jetzt aufgerufe-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) nen Tagesordnungspunkt ein Gesetz verabschiedet. Das Gesetz regelt, in welcher Weise die Vertreter Bremens in europäischen Organen zu bestellen sind. Nach dem Gesetz über die Rechte der Bürgerschaft bei der Benennung von Mitgliedern in europäischen Organen ist geregelt, dass die Bürgerschaft die von der Freien Hansestadt Bremen zu benennenden Mitglieder in den europäischen Organen für die Dauer der Wahlperiode wählt.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das soll sie auch tun!)

Das heißt, es ist ein Wahlrecht des Parlaments, und für dieses Wahlrecht des Parlaments gibt es in unserer Geschäftsordnung eine Regelung, sie heißt: Bei Wahlen für die Berechnung der zu vergebenden Sitze wird ein Proportionalverfahren nach Paragraph 57 a zugrunde gelegt. Es führt im Ergebnis dazu, dass das Vorschlagsrecht für die Benennung dieser beiden Mitglieder bei den beiden stärksten Fraktionen liegt und das Vorschlagsrecht für die Benennung der stellvertretenden Mitglieder auch bei den jeweiligen stärksten Fraktionen.

Deswegen ist diese Situation mit der der letzten Legislaturperiode nicht zu vereinbaren. Es geht nicht darum, dass diese Gremien nur von Regierungsmitgliedern besetzt werden. Das widerspricht im Übrigen auch dem Geist des Gesetzes selbst, denn in dem Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Initiative des Grünen Dr. Kuhn von damals, der sich sehr für diese Lösung stark gemacht hat, heißt es ausdrücklich – darauf wird Bezug genommen –, dass es Angelegenheit der Landtage sei, die Mitglieder zu benennen.

(B) Wenn es eine Angelegenheit des Landtags ist, diese Benennung vorzunehmen, dann plädiere ich sehr dafür, dass wir die dafür geltenden demokratischen und stets auch von diesem Hause geachteten Regeln über die Vorschlagsrechte hier entsprechend berücksichtigen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, beantrage ich für diesen Fall geheime Abstimmung in Wahlkabinen. Ich finde, das Parlament wäre gut beraten, in der Tradition der Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition diesem Verfahren auch in Zukunft Rechnung zu tragen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir als FDP haben uns Gedanken über diesen Punkt gemacht. Ich muss sagen, nachdem der Bürgermeister heute Morgen sehr hoffnungsvoll über die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern und auch über die Frage, wie dieses Parla-

ment von außen betrachtet wird, gesprochen hat, erfüllt uns die Einlassung von Herrn Röwekamp und vor allen Dingen auch die Art und Weise, wie hier in kleinlichem Gezänk über die Verteilung der beiden zu vergebenden Mandate zwischen den beiden großen Parteien und den Grünen gestritten wird, etwas mit Sorge.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, es hätte diesem Haus besser angestanden, dies im Einvernehmen zu regeln, und es hätte nach außen auch einen besseren Eindruck gemacht, gerade wenn man ein wenig von dem verloren gegangenen Vertrauen zurückzugewinnen gedenkt, was heute Morgen bereits angesprochen worden ist.

Es ist doch erstaunlich, wie schnell Argumente nicht mehr gelten, wie rasch man sich die Argumente beliebig wählt. Ich habe die Debatten in den letzten Tagen zwischen den Parteien hautnah mitbekommen, und ich muss sagen, es ist schon spannend, wenn man es einmal mit dem vergleicht, was hier 1995 in der 14. Wahlperiode gesagt worden ist, als das eben benannte Gesetz verabschiedet wurde.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Plenarprotokoll von damals zitieren. Der Kollege Dr. Hermann Kuhn, eben namentlich benannt, sagte damals: „Wenn es eine Zustimmung, eine Beteiligung des Parlaments geben soll, dann kann es nur so sein, dass es einen Zwang, eine Verpflichtung zur Konsensfindung zwischen Parlament und Senat gibt.“ Das wäre auch für heute der richtige Weg gewesen, nämlich sich im Konsens zwischen Senat und Parlament hier zu verständigen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie nicht verstanden!)

Haben wir!

Ich hätte mich sehr gefreut, wenn man diesen Konsens ernsthaft gesucht hätte und hier der CDU die Möglichkeit gegeben hätte, einen auch für sie akzeptablen Weg zu beschreiten.

Ich will aber auch sagen, Herr Röwekamp, die Einlassungen, die Sie gemacht haben, überzeugen mich auch nicht, wenn ich das vergleiche, was Sie damals in der Debatte sagten. Sie waren nämlich noch weit entfernt von dem, was Sie heute sagten! Ich darf ebenfalls zitieren: „Ich neige eher dazu, angesichts des Arbeitsumfangs und der Funktion, die dort wahrgenommen werden muss, aber auch wegen des Zugriffs auf die Behörden, was Sachfragen betrifft, zu sagen, diese Aufgabe kann am ehesten durch die Exekutive bewältigt werden, zumindest was den Ausschuss der Regionen betrifft.“

Das spricht nun überhaupt nicht dafür, was Sie eingefordert haben, nämlich die Beteiligung des Parlaments an dieser Stelle. Deshalb haben Sie aus meiner Sicht auch kein Recht, dies hier derart lautstark, wie

(C)

(D)

- (A) Sie es in einigen Sitzungen in den letzten Tagen gemacht haben, für sich zu reklamieren und einzufordern!

(Beifall bei der FDP – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!)

So ist es, Herr Dr. Sieling! An dieser Stelle lassen Sie sich aus Sicht der FDP gesagt sein, wir hätten uns gewünscht, man hätte diesen Aufschlag heute hier vermieden. Ich hoffe, dass dies nicht das Klima des Hauses in den nächsten Jahren in negativer Weise beeinflussen wird. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will versuchen, die Sache noch einmal darzustellen, und ich glaube, dann relativiert sich die Aufregung.

- (B) Was ist der Ausschuss der Regionen? Es handelt sich um ein europäisches Organ, infolge der Maastricht-Konferenz eingerichtet, um die Regionen und Länder zu beteiligen. Die Benennung für diese Organe erfolgt nach gemeinsamen Regeln. Im Binnenverhältnis kann jedes Land selbst entscheiden, wie es das macht. Wichtig ist festzuhalten, es handelt sich nicht um Vertreter des Parlaments, sondern es handelt sich um Vertreter des Landes Bremen.

(Zuruf von der CDU)

Ja, das ist ganz wichtig! Es handelt sich um Vertreter des Landes Bremen, genauso wie im Bundesrat Vertreter des Landes Bremen sitzen und natürlich keineswegs Vertreter der Bremischen Bürgerschaft!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Bundesversammlung!)

Ja, genau! Der Ausschuss der Regionen – vielen Dank für das Stichwort! – ist gerade keine Bundesversammlung, Herr Kollege Röwekamp! Ausdrücklich nicht! Es ist keine parlamentarisch-europäische Versammlung, sondern es ist ein Ausschuss der Regionen, bei dem die Interessenvertretung jeweils durch die Vertreter des Landes wahrgenommen wird. Selbstverständlich ist es so, dass jede Region und jedes Land sehen müssen, dass diese Interessenvertretung einheitlich und geschlossen wahrgenommen wird und dass sie die politischen Kräfte und den politischen Gestaltungswillen widerspiegelt durch ihre Vertreter, die auch von dem Land jeweils beauftragt werden. Das ist eigentlich selbstverständlich!

Wenn Sie sich einmal umschaun in der Landschaft, wie es ganz unabhängig von dem Binnenverhältnis

- (C) gemacht wird, wobei Baden-Württemberg ja auch wählt: Wer hat jetzt zwei Mitglieder in der Wahlperiode? Baden-Württemberg hat nur CDU-Mitglieder, Bayern – darüber muss man sich nicht wundern – hat nur CSU-Mitglieder, aber auch Niedersachsen hat nur zwei CDU-Mitglieder und Nordrhein-Westfalen ebenfalls. Bei den Stellvertretern kommt jeweils ein Vertreter aus der Koalition dazu, das ist auch völlig richtig so, weil es sich um Vertreter des Landes handelt!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Eben!)

Es ist völlig klar, dass das Land einheitlich und geschlossen auftreten muss in einer Versammlung, die Regionen und nicht einzelne Parlamente repräsentiert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Soweit zu dieser Frage! Jetzt argumentieren Sie ja vor allen Dingen mit der Geschäftsordnungsbestimmung, aus der Sie denken, Honig saugen zu können. Die Änderung, die wir 1997 eingeführt haben, drehte sich allein um die Frage Senat oder Bürgerschaft, nur um diese Frage! Wir wollten infolge von Maastricht nicht, dass die vermehrten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nur zu den Landesregierungen gehen, sondern auch die Landtage sollten Macht und Einfluss haben. Deswegen haben wir gesagt, wir wählen; dabei benennen wir in Absprache mit dem Senat.

(D) Diese Absprache haben wir auch getroffen. Der Vorschlag, den wir Ihnen heute unterbreiten, ist ein gemeinsamer Vorschlag der Mehrheitsfraktionen im Haus und des Senats, so ist es ja auch richtig!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und der Grünen!)

Der Mehrheitsfraktionen, also der Koalitionsfraktionen! Entschuldigung! Das hätte ich vielleicht deutlicher sagen sollen. Sie beziehen sich auf die Geschäftsordnungsbestimmung Paragraph 57 a, die heißt: „Bei Wahlen wird für die Berechnung der zu vergebenen Sitze das Proportionalverfahren nach Hare/Niemeyer zugrunde gelegt.“ Diese Vorschrift ist in dieser Formulierung eingeführt worden, um klarzulegen, wie die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Bestimmung umgesetzt wird, dass nämlich die Fraktionen nach ihrer Stärke in den Organen und Ausschüssen der Bürgerschaft vertreten sein müssen, und wie es umzurechnen ist in einem Verfahren, in welcher Weise sie vertreten werden sollen.

Zunächst war es d’Hondt, jetzt ist es Hare/Niemeyer, vielleicht werden wir das wieder ändern in das Verfahren nach Schepers. Es handelt sich bei dieser Vorschrift allein um die Maßgabe, wie die Bürgerschaft diesen Grundsatz, dass alle Fraktionen ord-

(A) nungsgemäß und angemessen vertreten sein sollen, rechnerisch umgesetzt, und nicht mehr und nicht weniger!

Sie können aus dieser Bestimmung gar nichts herleiten, das können Sie leicht daran sehen, Herr Kollege, dass natürlich die Wahl des Senats nicht nach diesem Geschäftsordnungsparagrafen vor sich geht. Es ist auch selbstverständlich, denn die Mehrheit des Hauses – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir wären aber auch dankbar!)

Ja, aber es gibt keine andere Bestimmung!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wählt auch das Parlament! – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Nun bleiben Sie einmal sachlich! – Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

Das glaube ich gern! Wir wählen übrigens auch nicht – –. Sie werden auch, glaube ich, nicht beanspruchen, dass die dritte Stimme im Bundesrat der zweitstärksten Fraktion – –.

(Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

(B) Ich habe Ihnen ja nur ein bisschen den Horizont eröffnet, Sie könnten ja auf mehr Gedanken kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wählen nach diesem Verfahren übrigens auch nicht die Beauftragten, die Landesgleichstellungsbeauftragte und so weiter. Es gibt in jeder Legislaturperiode mehrere Beauftragte, genauso wie es viele Ausschüsse gibt, bei denen wir bei der Verfügung über das Vorschlagsrecht für Ausschussvorsitzende auch nach Hare/Niemeyer vorgehen. Sie könnten auch sagen, wir wählen jetzt alle Beauftragten nach Hare/Niemeyer, das heißt, jeder zweite Beauftragte, hier stünde Ihnen das Zuschlagsrecht zu. Das ist offensichtlich nicht der Fall!

Ich will damit sagen: Diese Regelung zielt von der Entstehungsgeschichte, von der Geschichte der Änderungen allein darauf ab zu sagen, nach welchen Verfahren die Bürgerschaft ihr internes Selbstorganisationsrecht ausgestaltet. Deswegen gibt es keinen Grund, in dieser Frage der Vertretung des Landes Bremen davon abzuweichen, dass selbstverständlich die diesen Senat tragenden Fraktionen gemeinsam einen Vorschlag machen, der dann auch mehrheitlich abgestimmt wird. Das entspricht dem Usus aller anderen Länder und auch unserer Parlamentsgeschichte selbst hier im Haus.

Deswegen unterbreiten wir Ihnen den Vorschlag, der dann ja auch schriftlich, wie Sie beantragt haben,

abgestimmt werden wird, für den ersten Sitz Herrn Senator Dr. Reinhard Loske, für den Stellvertreter dieses ersten Sitzes den Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, für den zweiten Sitz die Bevollmächtigte für Bundesangelegenheiten Frau Dr. Kerstin Kießler und für die Stellvertretung die Kollegin Manuela Mahnke zu wählen. Das ist der Vorschlag, den Sie auf dem Stimmzettel finden werden. Ich bitte Sie, diesem Wahlvorschlag zuzustimmen!

Mein Eindruck ist, dass jenseits aller sachlichen Differenzen und vielleicht Ihres Wunsches, Vorschriften zu präzisieren, eigentlich dahinter steht, dass Sie noch nicht richtig wahrgenommen haben, dass Sie abgewählt worden sind und nicht Sie mehr die Regierung stellen und nach außen vertreten! – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Fraktion der SPD schlägt vor, Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler als ordentliches Mitglied und die Abgeordnete Manuela Mahnke als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010 zu wählen.

Die Fraktion der CDU schlägt vor, die Abgeordnete Elisabeth Motschmann als ordentliches Mitglied und den Abgeordneten Hartmut Perschau als stellvertretendes Mitglied der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010 zu wählen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt vor, Herrn Senator Dr. Reinhard Loske als ordentliches Mitglied und den Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union für die vierte Mandatsperiode bis 2010 zu wählen.

Wir kommen zur Wahl.

Es ist geheime Wahl beantragt worden.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkung machen: Sie haben gemäß Paragraph 58 Absatz 6 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist der Stimmzettel ungültig. Da zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder zu wählen sind, haben Sie die Möglichkeit, jeweils bis zu zwei Kreuze zu machen, also bis zu zwei Kreuze bei den Wahlvorschlägen für die Mitglieder und bis zu zwei Kreuze bei den Wahlvorschlägen für die stellvertretenden Mitglieder.

Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

(C)

(D)

(A) Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen Frau Ahrens und Frau Cakici, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal, ob alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben. – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, damit ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 15.08 Uhr)



(B) Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 15.20 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen vorgelegt wurde: ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81, vernichtete Stimmzettel keine, ungültige Stimmzettel 25.

Auf Frau Dr. Kerstin Kießler entfielen 41 Jastimmen, 1 Neinstimme, auf Frau Manuela Mahnke entfielen 41 Jastimmen, 1 Neinstimme, auf Herrn Dr. Reinhard Loske entfielen 41 Jastimmen, 2 Neinstimmen, auf Herrn Dr. Hermann Kuhn entfielen 41 Jastimmen, 2 Neinstimmen, auf Frau Elisabeth Motschmann entfielen 14 Jastimmen, auf Herrn Hartmut Perschau entfielen 14 Jastimmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich stelle fest, damit sind Frau Dr. Kerstin Kießler als ordentliches und Frau Manuela Mahnke als stellvertretendes Mitglied, Herr Dr. Reinhard Loske als ordentliches und Herr Dr. Hermann Kuhn als stellvertretendes Mitglied gewählt.

Fragestunde

(C)

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen 3 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift „**Entsorgung von Schiffsabfällen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Günthner, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Günthner!

Abg. **Günthner** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen sind bislang im Land Bremen ergriffen worden, um die im Jahr 2000 zum Schutz der Meeresumwelt verabschiedete EU-Richtlinie über die Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen in allen Handels-, Fischerei- und Yachthäfen der Gemeinschaft umzusetzen?

Zweitens: Welche Auswirkungen hatten diese Maßnahmen auf die Gebührengestaltung und damit die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen?

Drittens: Wie bewertet der Senat insbesondere im Licht der vorangegangenen Frage den Beschluss der EU-Kommission, Deutschland, Spanien und Estland vor dem EuGH zu verklagen, weil diese Länder ihrer Verpflichtung, Abfallbewirtschaftungspläne für alle Häfen zu realisieren, nur unzureichend nachgekommen seien?

(D)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Nagel.

Senator Nagel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Verabschiedung der Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rats der Europäischen Union über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände vom 27. November 2000 hat Bremen fristgerecht die Umsetzung der Inhalte in bremisches Landesrecht per Gesetz geregelt. Zur Regelung dazu erforderlicher Einzelbestimmungen, die wiederkehrender Anpassung unterworfen sind, wurde eine Verordnung erlassen. Regelungen, die sich auf das Kostendeckungssystem für die Inanspruchnahme der Hafenauffangeinrichtungen beziehen, enthält die Hafengebührenordnung. Darüber hinaus wurden ebenfalls fristgerecht sowohl ein Abfallbewirtschaftungsplan für die öffentlichen Häfen der Freien Hansestadt Bremen als auch ein Abfallbewirtschaftungsplan für die Sportboothäfen und Sportbootliegeplätze im Land Bremen veröffentlicht.

Zu Frage 2: Mit der Umsetzung der Richtlinie wurde eine Entsorgungspauschale von den über See einlaufenden Schiffen eingeführt. Im Gegenzug entfällt für Schiffe, die die Entsorgungsabgabe entrichtet ha-

(A) ben, die Zahlungsverpflichtung für den wesentlichen Teil der Entsorgungskosten.

Auf die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen haben diese Maßnahmen keinen Einfluss, vor allem deshalb, weil die Wettbewerber in der EU sich der Regelung dieser Richtlinie 2000/59/EG ebenfalls unterwerfen mussten.

Zu Frage 3: Über den Beschluss der EU-Kommission, Deutschland, Spanien und Estland vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen, gibt es nach jetzigem Stand eine Pressemitteilung, aber bei uns keine amtliche Information. Die EU-Kommission hatte Deutschland im Juli 2006 mitgeteilt, dass die Länder Bremen und Hamburg der Verpflichtung, Abfallbewirtschaftungspläne für alle Häfen zu realisieren, nachgekommen und daher von einer diesbezüglichen weiteren Berichtspflicht freigestellt sind. Das Land Bremen wäre im Falle der genannten Klage vor dem EuGH demnach explizit nicht betroffen.

Nach Informationen aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hatten zwar Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zunächst nicht ausreichende Regelungen für Sportboothäfen getroffen, dies aber inzwischen bereinigt. Ohnehin war Deutschland eine Frist zur Stellungnahme bis 30. Juni 2007 gesetzt worden, sodass es ungewöhnlich erschiene, wenn vor Ablauf dieser Frist tatsächlich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden sein sollte.

(B) Über die Vorwürfe gegenüber Spanien und Estland hat der Senat aus oben genannten Gründen keine Kenntnis. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Günthner, haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Nein, vielen Dank!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage trägt den Titel „**Stopp des Programms ‚Wärmeschutz im Wohngebäudebestand‘ ist ein falsches Signal für einen verbesserten Klimaschutz**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Plant der neue Senat, das am 14. Juni 2007 mit Wirkung bereits zum 15. Juni 2007 gestoppte Förderprogramm „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ für Bremen und Bremerhaven im Sinne der Koalitionsvereinbarung kurzfristig, das heißt noch für 2007, wiederzubeleben?

Zweitens: Gibt es Schätzungen, welches Antragsvolumen und welche Chancen für eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes noch in diesem Jahr durch einen

Stopp von einem auf den anderen Tag verloren gegangen sind?

Drittens: Ist daran gedacht, förderungsunschädliche Antragstellungen und auch Realisierungen im Vorgriff auf das – so hoffen wir – Förderprogramm 2008 in 2007 zuzulassen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Förderprogramm „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ ist im laufenden Jahr erneut auf eine große und gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegene Nachfrage gestoßen. Im Ergebnis waren die Haushaltsmittel, die in diesem Jahr für neue Förderzusagen zur Verfügung standen, bereits zur Jahresmitte vollständig ausgeschöpft. Das Programm musste deshalb zum Stichtag 15. Juni 2007 bis auf Weiteres ausgesetzt werden. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa prüft zurzeit, ob für das laufende Haushaltsjahr zusätzliche Mittel für das Programm bereitgestellt werden können. Es wird auch auf das KfW-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes verwiesen, in dem für dieses Jahr 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Zu Frage 2: Im Rahmen des Programms „Wärmeschutz im Wohngebäudebestand“ sind im laufenden Jahr bisher Förderzusagen für 532 Projekte zur energetischen Sanierung älterer Wohngebäude mit einem Zuwendungsvolumen von rund 978 000 Euro gegeben worden. Die Realisierung dieser Projekte wird voraussichtlich zu einer Minderung der CO₂-Emissionen um rund 1900 Tonnen pro Jahr führen.

Die vorläufige Aussetzung des Förderprogramms kann im Einzelfall dazu führen, dass geplante Wärmeschutzmaßnahmen nicht realisiert oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Belastbare Abschätzungen in Bezug auf den Umfang solcher Effekte liegen nicht vor.

Zu Frage 3: Über die Mittelausstattung des Wärmeschutzprogramms für 2008 und 2009 entscheidet die Bremische Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsberatungen. Aufgrund dieser Sachlage werden Genehmigungen für einen vorzeitigen Vorhabensbeginn zurzeit nur für die Gruppe derjenigen Antragstellerinnen und Antragsteller erteilt, die bis zum 15. Juni 2007 einen Förderantrag gestellt haben. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Erst einmal vielen Dank, Herr Senator! Die Zusatzfrage erübrigt sich im Grunde genommen durch die Antwort auf Frage 1, die Sie ge-

(C)

(D)

- (A) geben haben, aber ich empfehle Ihnen, dass Sie sich vielleicht auch mit dem Energieexpertenbeirat in Verbindung setzen, gegründet von der Bremer Energie Konsens GmbH. Dort sind gut 50 Firmen und Energieberater in einem Netzwerk zusammengeschlossen, und aus diesem Beirat, in dem ich auch tätig bin, weiß ich, dass dort jetzt mehrere Hundert Anträge unbearbeitet liegen bleiben müssen, weil das Programm von einem Tag auf den anderen gestoppt ist. – Vielen Dank!
- (Abg. G ü n t h n e r [SPD]: War das jetzt eine Frage?)
- Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.
- (Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Fragestunde!)
- Es war eine Bemerkung, Herr Kollege!
- Die dritte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Verzögerung beim Bau des JadeWeserPorts**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bödeker, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.
- Bitte, Herr Kollege Bödeker!
- Abg. **Bödeker** (CDU): Wir fragen den Senat:
- (B) Erstens: Wie bewertet der Senat die Schwierigkeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung des Zeitplans für die Verwirklichung des JadeWeserPorts?
- Zweitens: Welche finanziellen Auswirkungen sind mit der drohenden Verzögerung des Baubeginns des JadeWeserPorts verbunden?
- Drittens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat in Abstimmung mit der niedersächsischen Landesregierung, um die Freistellung und Inbetriebnahme des JadeWeserPorts bis zum Jahr 2020 zu gewährleisten?
- Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Nagel.
- Senator Nagel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:
- Zu Frage 1: Die Vergabekammer des Landes Niedersachsen in Lüneburg hat im Überprüfungsverfahren mit Beschluss vom 12. Juni 2007 die Vergabeentscheidung der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft im Wesentlichen bestätigt. Die unterlegene Bietergemeinschaft legte am 27. Juni 2007 sofortige Beschwerde ein. Die Bewertung der Auftragsvergabe für das Baulos 1 des Containerterminals JadeWeserPort durch die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft obliegt somit dem Oberlandesgericht Celle. Bereits am 5. Juli hat der Vorsitzende des Vergabesenats des Oberlandesgerichts Celle den Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt und auf den 17. August 2007 festgesetzt.
- (C) Zu Frage 2: Gemäß Senatsbeschluss vom 5. November 2002 werden für die JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft zur Finanzierung der terminalnahen Infrastruktur von Bremen 43,8 Millionen Euro Eigenkapital, dies entspricht einem Gesellschafteranteil von 49,9 Prozent, bereitgestellt. Die Verpflichtungsermächtigung im bremschen Haushalt geht von einer Summe, inklusive Zinsen, von 105,9 Millionen Euro aus. Die Kreditermächtigungen über das Sondervermögen Hafen für die Realisierung des Projektes JadeWeserPort beruhen auf den vorläufigen Wirtschaftsplanentwürfen der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft. Vor dem Hintergrund des noch nicht abschließend geklärten Vergabeverfahrens kann die Feinplanung des Projektes noch nicht abschließend von der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft vorgelegt werden, aber aus der Verzögerung selbst werden nach der gegenwärtigen Einschätzung keine finanziellen Nachteile entstehen.
- Zu Frage 3: Das Oberlandesgericht Celle hat den Termin zur mündlichen Verhandlung sehr zeitnah zur Beschwerde einreichung durch die unterlegene Bietergemeinschaft angesetzt. Der Senat geht – ebenso wie die Landesregierung in Niedersachsen – von keinen wesentlichen Verzögerungen durch das neue Gerichtsverfahren aus. – Soweit die Antwort des Senats!
- (D) **Präsident Weber:** Herr Kollege Bödeker, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Bödeker** (CDU): Ich habe noch die Frage: Wann ist denn mit der Realisierung des JadeWeserPorts zu rechnen?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Nagel:** Wir rechnen damit, dass die 2 Eilverfahrensanträge, die vom Oberlandesgericht auch behandelt werden, so beschieden werden, dass der Maßnahmebeginn stattfinden kann, sodass noch in diesem Jahr erste Maßnahmen begonnen werden können.
- Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!
- Abg. **Bödeker** (CDU): Es ist ja die spannende Frage, EU-Fördergelder mit Baubeginn Oktober! Wie ist da der Sachstand?
- Präsident Weber:** Bitte, Herr Senator!
- Senator Nagel:** Die Fragen der EU-Fördergelder, das sind 50 Millionen Euro, betreffen nicht die terminalnahe Infrastruktur – nur an dieser ist Bremen beteiligt –, sondern die Entwicklung des Hafenstand-

(A) orts Wilhelmshaven, also insbesondere Aufspülung der notwendigen Hafenumflächen und so weiter. Das heißt also, die EU-Förderung ist von dem Thema, das wir gerade besprochen haben, nicht tangiert.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist der Tagesordnungspunkt eins erledigt.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Ella, Woltemath und Fraktion der FDP folgendes Thema beantragt worden:

Nachhaltige Anbindung des Bremerhavener Überseegebiets an die A 27

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

(B) Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben es gelesen, die Debatte um die Hafenanbindung wurde jüngst in der Presse als eine Lachnummer bezeichnet. Doch vielen Bürgerinnen und Bürgern Bremerhavens ist nicht zum Lachen zumute. Sie sind verunsichert und besorgt, weil sie nicht mehr daran glauben, dass die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung um eine für alle Beteiligten vernünftige und vor allem langfristige Lösung bemüht sind. Der Bremerhavener Oberbürgermeister Jörg Schulz und sein Baustadtrat Volker Holm haben sich dabei in der Vergangenheit nicht gerade mit Ruhm bekleckert und durch ihre Untätigkeit eine wirklich bürger- und wirtschaftsfreundliche schnelle Lösung verschlafen.

Meine Damen und Herren, das Problem der Hafenanbindung, das seit dem massiven Ausbau des Containerhafens erschreckenderweise vernachlässigt wurde, bedarf dringend einer nachhaltigen Lösung, basierend auf Sachargumenten und objektiver Beurteilung. Dazu gehört zum Beispiel, dass Bremerhaven in Sachen Logistik schon heute zu den Global Playern gehört. Laut Expertenprognosen und Studien wie der des Instituts für Seewirtschaft und Logistik wird sich der Trend fortsetzen, was aber auch eine Verdopplung der Transporte auf der Straße zur Folge haben wird. Doch ohne zukunftsweisende Lenkung

der Hafen- und Straßenverkehre wird es in Bremerhaven keinen wirklichen Welthafen mehr geben können.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat sich schon vor Jahren eingehend mit den Fakten befasst. Wir haben uns infolgedessen federführend für die Hafenanbindung über eine Nordtrasse durch niedersächsisches Gebiet eingesetzt. Auch wenn man uns jetzt gern unterstellt, wir würden uns auf die Seite der Bürgervereine schlagen: Die FDP hat die Nordumgehung erst in die politische Diskussion gebracht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Nach Jahren Überzeugungsarbeit folgen nun seit einiger Zeit die Bremerhavener Grünen und mehr und mehr Mandatsträger der anderen Parteien unserer politischen Linie, denn eines ist Fakt –.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind ein Scherzkeks offensichtlich, nicht?)

Fragen Sie Ihre Kollegen in Bremerhaven, dann wissen Sie Bescheid, Herr Dr. Güldner!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die kenne ich gut!)

Die Nordumgehung ist die am schnellsten zu realisierende und damit wirtschaftsfreundlichste, bürgerfreundlichste, kostengünstigste sowie vor allem die nachhaltigste Lösung, die den Bedürfnissen der Hafenumwirtschaft, aber auch der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt, meine Damen und Herren.

Dazu hätten allerdings bereits vor Jahren, wir haben immer wieder darauf hingewiesen, die Gespräche mit Niedersachsen aufgenommen werden müssen. Doch eine solche Alternative wurde weder von Jörg Schulz noch von Dr. Henning Scherf je ernsthaft verfolgt! Stattdessen ist inzwischen wieder wertvolle Zeit verstrichen.

(Beifall bei der FDP)

Dass jetzt ausgerechnet nach der Wahl die von Herrn Schulz präferierte Tunnelvariante als die Lösung in Sachen Hafenanbindung präsentiert wird, ist mehr als scheinheilig. Hier wurde einmal mehr im Alleingang gegen die Stimmen der Bürgerschaftsabgeordneten, der Bremerhavener Stadtverordneten und der Bürgerinnen und Bürger entschieden. Meine Damen und Herren, von Transparenz kann bislang bei diesem Thema keine Rede sein!

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

(A) Vor zweieinhalb Jahren hieß es, der Tunnel sei nicht zukunftsfähig, die Bürgerinnen und Bürger, die das Thema deshalb vom Tisch glaubten, sind enttäuscht und fühlen sich zu Recht betrogen. Diese von Baustadtrat Holm nun vorgelegte Vorzugsvariante ist in der Tat eine Katastrophe für Bremerhaven.

(Beifall bei der FDP)

Wir lehnen den von der BIS geplanten Tunnel weiterhin ab, der nach Aussagen der Planer des Magistrats letztendlich nur deshalb der Favorit ist, weil dem Lkw-Verkehr ein Umweg nicht zumutbar sei und eventuell notwendige Kontrollen zur Durchsetzung eines Benutzungszwangs als nicht praktikabel angesehen werden. Diese Begründung ist absolut unhaltbar und unglaubwürdig.

(Beifall bei der FDP)

Fest steht, meine Damen und Herren, Sie kennen das Gutachten des AvD, die Tunnelpläne verstoßen gegen geltendes EU-Recht. Die Verkehrsprobleme werden nur verlagert. Ein Tunnel würde die Verkehrssituation im gesamten Gebiet chaotisieren, ein Neubaugebiet schwer schädigen und gewachsene Ansiedlungen zerstören, was weitere Bevölkerungsverluste in Bremerhaven zur Folge haben wird.

(B) Andere Städte, im Gegensatz zu Bremerhaven, versuchen, den Verkehr aus der Stadt herauszuhalten. Welthäfen wie Rotterdam oder Amsterdam führen ihre Zufahrten großräumig und nicht brutal durch junge Wohngebiete ihrer Städte. Der sogenannte Schulz-Tunnel steht im totalen Gegensatz zum Prinzip einer wohnlichen Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir können keine Hafenanbindung mittragen, die den zukünftigen Schwerlastverkehr mit zum Teil gefährlichen Gütern mitten durch unsere Stadt und ein Wohngebiet führen würde und mit extrem hohen Schall- und Abgaswerten daherkommt, das ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall bei der FDP)

Während der wahrscheinlich mehrjährigen Bauzeit dürfte Bremerhaven ein verkehrstechnisches Chaos erwarten. Wo soll der Schwerlastverkehr denn entlanggeführt werden, meine Damen und Herren, wer zahlt die Folgekosten?

Wir wollen zu Europas größten Häfen gehören, deshalb sind wir der Hafenvirtschaft eine zügige und realistische Lösung schuldig. Die von Herrn Schulz und Herrn Holm nun bewusst verursachten erneuten Verzögerungen geschehen zum Nachteil unserer Häfen und damit zum Schaden für unser ganzes Land.

(Beifall bei der FDP)

(C) Es ist schon lange an der Zeit, meine Damen und Herren, sich von den gescheiterten Trog- und Tunnelösungen zu verabschieden und die von uns vorgeschlagene Nordtrasse über niedersächsisches Gebiet endlich zu realisieren. Wäre es nach uns gegangen, hätten bereits vor Jahren die Gespräche mit Niedersachsen bezüglich einer gemeinsam zu realisierenden Hafenanbindung aufgenommen werden müssen, zumal Bundesmittel auch für eine Nordumgehung zur Verfügung gestellt werden würden, auch eine Tatsache, die den Bremern und Bremerhavenern lange Zeit verschwiegen wurde.

(Beifall bei der FDP)

Es zeugt ausschließlich, meine Damen und Herren, von fehlender Planungskompetenz, dass mit Beginn der CT-4-Planung keine Gedanken an eine zukunftssichere Verkehrsanbindung verschwendet wurden. Wir hoffen darauf, dass durch die bisherigen Versäumnisse und Alleingänge nun endlich ein Umdenken in allen Fraktionen und auch in der Verwaltung stattfindet, und schnellstens offene Diskussionen ohne Festhalten an starrsinnigen Haltungen geführt werden, wo nachhaltige Entscheidungen ernsthaft in Betracht gezogen werden. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit muss dabei an erster Stelle stehen.

(Beifall bei der FDP)

(D) Wir bitten deshalb den neuen Senat eindringlich, nicht die Fehler der Vorgänger zu wiederholen und zügig Gespräche mit Niedersachsen und dem Landkreis Cuxhaven bezüglich einer Hafenanbindung aufzunehmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Günthner.

Abg. **Günthner** (SPD)*): Verehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich versuche einmal, das ein bisschen zu ordnen.

(Abg. **B ö d e k e r** [CDU]: Wird schwierig!)

Es war etwas schwierig, dem zu folgen.

Herr Ella, ich bin nun bekanntermaßen nicht der engste Freund vom Bremerhavener Oberbürgermeister Jörg Schulz,

(Senator **D r . L o s k e**: Aber Parteifreund!)

aber dem Oberbürgermeister Jörg Schulz und dem Baustadtrat Holm vorzuwerfen, dass sie die Varianten geprüft und einen Vorschlag vorgelegt haben, der

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nach ihrer Auffassung der richtige ist, finde ich, kann auch nicht der Weg sein. Es war deren Aufgabe, es zu prüfen und einen Vorschlag zu unterbreiten. Jetzt kommt es darauf an, wie in der politischen Diskussion unter Abwägung aller fachlichen Gegebenheiten dieser Vorschlag bewertet wird. In dem Prozess sind wir jetzt.

Ich habe mir diesen Vorschlag sehr genau angesehen, was darin steht zu den Fragen Trog und Nordumgehung, ich habe mir angeschaut, was darin steht zur Frage des Tunnels, und ich kann zu diesem Zeitpunkt keine der Varianten in irgendeiner Form ernsthaft abschließend bewerten, weil viel zu viele Fragen weiterhin offen sind.

(Zuruf des Abg. B ö d e k e r [CDU] – Abg. E 1 1 a [FDP]: Informieren Sie sich doch einfach, Herr Günthner! Da gibt es Gutachten, da gibt es alles!)

Beispielsweise habe ich vor einem halben Jahr in Anbetracht der begonnenen Diskussion gesagt, als wieder der Tunnel und der Trog ins Spiel kamen, dass man dann auch über die Nordumgehung ernsthaft nachdenken müsse, und der Meinung bin ich weiterhin.

Wir müssen uns die unterschiedlichen Varianten ansehen und abwägen, welche Folgen sie haben. Wir müssen prüfen, welche Auswirkungen sie auf die Hafenwirtschaft haben werden, die eine große Rolle spielt. Wir müssen die Auswirkung für die Stadt Bremerhaven und für die Bürgerinnen und Bürger betrachten. Es ist richtig, dass es hochproblematisch ist, sowohl für die Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Hafenwirtschaft, wenn es zu einer Vollsperrung der Cherbourger Straße von 17 bis maximal 30 Monaten kommt.

Nichts anderes hat dazu geführt, dass auch – und gerade in meiner Partei – viele gesagt haben, können wir das eigentlich verkraften, wenn man 17 bis 30 Monate lang die Lkw über die Cherbourger Straße, über die Langener Landstraße durch Twischlehe – da ist jetzt Kopfsteinpflaster, wenn rechts ein Auto parkt, können keine zwei Autos aneinander vorbeifahren –, viereinhalbtausend Lkw am Tag während der Bauphase 17 Monate lang durchfahren lässt?

Ich habe hier viele Fragen und halte das eher nicht für die beste und die praktikabelste Lösung. Ich verstehe natürlich, dass es das Interesse gab von 30 Monaten, die beim Trog behauptet worden sind, obwohl vor 2 Jahren, als auch in diesem Haus über den Trog diskutiert worden ist, als die Beschlussfassung war und als es entsprechend auch an den neuen Wirtschaftssenator, damals noch in anderer Funktion, herangetragen worden ist, nie von einer Vollsperrung beim Trog die Rede war.

Das heißt, dass man sich natürlich immer auf das eine oder das andere Gutachten stützen kann und diese oder jene Bewertung vornehmen kann. Ich

glaube, dass wir am Ende sehr genau hinschauen müssen, zu welcher Lösung wir kommen können. Natürlich kann man es sich einfach machen und abschließend sagen, wir beschließen jetzt einmal als Bremer und Bremerhavener, dass wir die Nordumgehung durchführen, weil es die beste Lösung ist, die die Stadt Bremerhaven nicht belastet.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass wir zulasten Niedersachsens beschließen können, was auf niedersächsischem Gebiet gemacht wird. Ich bin der festen Überzeugung,

(Abg. E 1 1 a [FDP]: Deswegen wollen wir ja auch reden!)

dass wir mit den Niedersachsen ernste und offene Gespräche führen sollten, und zwar von der Landesregierung, weil es offensichtlich in Bremerhaven nicht die Bereitschaft dazu gibt, dies zu tun.

(Abg. E 1 1 a [FDP]: Das habe ich Ihnen gerade erklärt, Herr Günthner!)

Ich bin weiter der Auffassung, dass wir diese Gespräche aus zweierlei Gründen führen sollten, nämlich zum einen, weil es wichtig ist, mit Niedersachsen insgesamt darüber zu sprechen, wie man sich die Anbindung des Hafens vorstellen kann, und weil es natürlich wichtig ist, dass wir mit den Niedersachsen darüber sprechen, was es aktuell bedeuten könnte.

Wir müssen aber auch ehrlich genug uns in diesem Haus darüber klar sein, dass in Niedersachsen im Januar eine Wahl stattfindet und wir vielleicht nicht unbedingt davon ausgehen können, dass es vor Januar eine Entscheidung geben wird. Sollte es möglicherweise nach dem Januar eine Entscheidung von Niedersachsen geben, und sie fällt negativ aus, und Niedersachsen teilt uns mit, wir sind zu einer Nordumgehung nicht bereit, dann können wir doch nicht sagen, jetzt lehnen wir uns zurück und unternehmen nichts, sondern wir müssen dann auf innerstädtischem Gebiet durch Bremerhaven zu einer anderen Lösung kommen.

Das, finde ich, muss uns allen aber klar sein, und es ist auch wichtig, dass wir den Menschen in Bremerhaven sagen, dass Gespräche mit dem Land Niedersachsen wichtig und notwendig sind, um die argumentativen Probleme bei den bisherigen Lösungen zu beheben. Es kann auch sein, dass auf niedersächsischer Seite keine Bereitschaft besteht, eine Nordanbindung zu gestalten. In diesem Fall müssen wir eine Lösung auf Bremerhavener Gebiet anstreben, das fordert dann sozusagen auch das Gebot der Ehrlichkeit gegenüber den Menschen, und das fordert dann am Ende auch der Hafen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Sie haben hier behauptet, Herr Ella, dass die Nordanbindung die schnellste Lösung sei. Letzte Woche hat die IHK in Bremerhaven gesagt, die schnellste Lösung wäre jetzt der Tunnel, nachdem sie jahrelang behauptet hat, der Trog wäre die beste und schnellste Lösung, jetzt müssen wir ganz schnell den Tunnel bauen, das wäre alles überhaupt kein Problem und den könnte man ganz einfach bauen. Gut, da müssten ein paar Hauseigentümer enteignet werden, aber am Ende würde man, wenn man ihnen androht, dass man sie enteignet, vermutlich schon hinkommen, dass sie ihre Häuser entsprechend schnell verkaufen.

Ich glaube, so können wir es natürlich nicht machen! Wir müssen an dieser Stelle ehrlich herangehen und sehen, welchen Zeithorizont es gibt. Wir müssen uns anschauen, welche Umschlagsentwicklung es im Hafen gibt. Sie zitieren hierzu das ISL, hoch renommiert, wenn man sich die Zahlen von PLANCO anschaut, ebenfalls hoch renommiert, sind diese deutlich höher als die Zahlen des ISL.

(B) Das heißt also, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt auch die Frage stellen müssen, wenn wir einen Tunnel bauen, ob er, wenn er fertig gebaut ist, und es wird ein Zeithorizont von, ich denke, 5 bis 6 Jahren sein, nach denen er erst fertig ist, dann anschließend überhaupt noch leistungsfähig ist. Diese Frage muss jetzt schon in die Bewertung des Gesamtvorhabens miteinbezogen werden, weil es natürlich nicht sein kann, was ich immer einmal wieder hinter vorgehaltener Hand höre, lass uns jetzt einmal in Bremerhaven innerstädtisch schnell eine Lösung finden, Tunnel oder Trog, und in 10 Jahren stellt sich hier die Frage der Nordanbindung. So können wir in der Frage nicht vorgehen, dafür ist sie zu wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Mich ärgern auch ein paar Sachen in der Diskussion. Da stellt sich ein Vorstandsmitglied der BLG hin und erklärt, 280 Menschen wären betroffen, er behaupte, es seien deutlich mehr, da müsste die Politik jetzt einmal darüber hinwegsehen und einmal schnell entscheiden, man bräuchte jetzt eine rasche Lösung, und er sagt kein Wort dazu, welche Auswirkungen es für den Hafen haben kann, wenn man 17 bis 30 Monate die Cherbourger Straße als vierspurige Hauptzufahrt sperrt. Da sagen Spediteure, sie wären ja bereit, Maut zu zahlen für einen derartigen Tunnel, wenn Mehrkosten entstünden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, dass diejenigen, die gestern die Diskussion verursacht haben durch Mautvermeidungsverkehre, sodass viele Menschen sich in unseren Städten bedroht fühlen durch Lkw, die durch Wohngebiete fahren, die quer durch die Stadt fahren, die eben nicht die schnellsten und besten Wege nutzen, sich jetzt hinstellen und so tun, als wären sie bereit, an der Lösung des Problems mitzuwirken. Ich würde mich freuen, wenn es so wäre, ich glaube es nur nicht. Die Menschen, die

(C) gestern nicht bereit waren, Maut zu zahlen, werden morgen auch nicht dazu bereit sein, auch wenn es dann um einen Tunnel in Bremerhaven geht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen weiteren Punkt erwähnen, weil er aus meiner Sicht ebenfalls wichtig ist. Man hat den Eindruck gehabt in der letzten Woche, es dürfen sich hier wahrscheinlich alle angesprochen fühlen, Politik in Bremen und Bremerhaven würde nicht schnell genug handeln, wenn es um den Hafen geht. Ich finde, das gilt sozusagen für alle Fraktionen in diesem Haus, gerade auch in den letzten Jahren, dass es eine Unverschämtheit ist, diesem Haus vorzuwerfen, dass wir in der Hafenspolitik nicht schnell genug Entscheidungen treffen würden.

Wir haben beim CT 3 a und beim CT 4 schnelle Entscheidungen getroffen, wir haben trotz der schwierigen Haushaltssituation die Kaiserschleuse und den Osthafen noch beschlossen. Wir haben die Wendestelle für 20 Millionen Euro vor dem Containerterminal errichtet. Wer uns vorwirft, wir würden nicht alles tun, was notwendig ist für den Hafen in Bremerhaven, der sagt schlicht die Unwahrheit.

(D) Dann lassen Sie uns offen reden über die Frage, was man unter Umständen jetzt bereits auf der Cherbourger Straße veranlassen könnte, um sie entsprechend zu verbessern! Ich verstehe überhaupt nicht, warum die Busse, die über die Wurster Straße und über die Langener Landstraße kommen, die die Cherbourger Straße kreuzen, sich die Ampeln freischalten dürfen, warum sie bevorrechtigt sind. Wenn wir ein Verkehrsproblem auf der Cherbourger Straße haben, kann mir keiner erklären, warum es denn sein kann, dass, wenn drei Busse hintereinander kommen, sie sich sozusagen die Ampeln freischalten, und die Lkw stauen sich auf bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Das kann nicht der Weg sein!

Also brauchen wir an der Stelle andere und flexiblere Ampelschaltungen, und wir müssen in diesem Zusammenhang auch die Frage stellen, warum die Lkw auf der vierspurigen Cherbourger Straße nur einstreifig hinein- und hinausfahren dürfen, warum man sie nicht zweistreifig hinein- und hinausfahren lassen kann. Das wären alles Dinge, die zur Beschleunigung des Verkehrs beitragen würden, und am Ende, glaube ich, kann es jetzt auch nur darum gehen, nicht ein künstliches oder ein möglicherweise provoziertes Problem zu erzeugen, um eine argumentative Grundlage für eine leistungsfähige Hafenanbindung zu bekommen.

Nach unserer Auffassung als SPD-Fraktion ist es so, dass wir eine leistungsfähige Hafenanbindung brauchen, dass die Cherbourger Straße aber bis dahin ertüchtigt werden muss mit den von mir beschriebenen Wegen, dass ergebnisoffene Gespräche mit dem Land Niedersachsen von der Landesregierung geführt werden müssen.

(A) In meiner Fraktion hat jemand gesagt, wenn man feststellt, dass die handelnden Personen in Bremerhaven, also der Oberbürgermeister und der Baustadtrat, nicht mehr sachorientiert vorgehen, dann müsse man das eben auf der Landesebene entsprechend vorantreiben. Ich bin der Auffassung, dass der Senat gerade vor dem Hintergrund, dass immer betont wird, wie wichtig die Hinterlandanbindungen sind, welche große Bedeutung die Häfen national und international für uns haben, gefordert ist, Gespräche mit dem Land Niedersachsen zu führen. Das brauchen wir auch für die Debatte in Bremerhaven, es ist eine Argumentationshilfe, wenn der Senat zurückkommt und das Land Niedersachsen sagt, wir sind nicht bereit, über eine Nordanbindung nachzudenken, dann hilft es uns auch in der Diskussion in Bremerhaven.

Wenn wir das alles miteinander abgewogen, diese Fragen uns sehr genau angeschaut, abschließend bewertet haben und alles auf dem Tisch liegt, was notwendig ist, um zu einem abschließenden Urteil zu gelangen, dann, denke ich, können wir zu einer Lösung kommen. Ich glaube, dass diese Lösung dann der von mir beschriebenen entsprechen sollte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ausgerechnet die FDP beantragt eine Aktuelle Stunde mit dem sehr wichtigen Thema „Nachhaltige Anbindung des Bremerhavener Überseehafengebietes an die A 27“. Meine Damen und Herren von der FDP,

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie haben Sie das gemerkt?)

ich habe noch nie eine solch unehrliche und unseriöse Aktuelle Stunde behandeln müssen wie diese von der FDP eingebrachte und beantragte Aktuelle Stunde zum Thema Nordumgehung oder Tunnel in Bremerhaven.

Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, wie sich der ehemalige Bremerhavener FDP-Abgeordnete Willy Wedler – wohl nicht ohne Zustimmung der Bremer FDP – vehement, rigoros und unverantwortlich für die betroffenen Bremerhavener Anwohner unermüdlich und uneingeschränkt für die Tunnelvariante in Bremerhaven als Anbindung des Bremerhavener Überseehafengebietes eingesetzt hat. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, und das waren andere Worte als die, die wir eben von Herrn Ella gehört haben.

Deshalb glaube ich auch nicht an die Ernsthaftigkeit Ihrer eingebrachten Aktuellen Stunde und for-

dere Sie hiermit auf, endlich effektive Anträge im Landtag einzubringen, die wir hier gemeinsam dann schnellstens im Interesse der betroffenen Anwohner in Bremerhaven beschließen und auch umsetzen können. Die betroffenen Anwohner können populistische, nichts bringende, planlos zerredete Aktuelle Stunden nicht gebrauchen!

(Abg. **D r . G ü l d n e r** [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann können Sie ja jetzt gehen!
– Abg. **Frau S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Tschüss!)

FDP-Kollegen, wir brauchen Taten statt große Worte! Die betroffenen Anwohner brauchen Planungssicherheit, und das schnellstens! Es kann nur heißen, Nordumgehung und sonst gar nichts! Diese widerliche, unendlich traurige Geschichte Tunnel ja oder nein, und wenn ja, welche Variante, Nordumgehung ja oder nein und so weiter, einen solchen unredlichen Hickhack haben unsere betroffenen Anwohner in Bremerhaven nicht verdient. Alles andere wäre auch Betrug an Ihren Wählerinnen und Wählern.

Das mache ich nicht mit, ich habe nachweislich schon immer, nicht wie der FDP-Abgeordnete Willy Wedler, hier im Landtag vehement und rigoros für die Nordumgehung gekämpft, deshalb sage ich auch heute klar und deutlich, keinen Tunnel durch Bremerhaven-Leherheide, niemals, mit mir nicht! Wo ein politischer Wille ist, ist auch eine politische Lösung möglich im Interesse der Bevölkerung und der Anwohner. Es muss möglich sein, in korrekten Gesprächen mit dem Land Niedersachsen hier eine Lösung zu finden. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Ich glaube, zunächst muss man einmal in die Debatte ein wenig Ordnung bringen und zunächst einmal beachten, in welchem Verfahrensbereich wir uns befinden. Wir haben ein Planfeststellungsverfahren, in dem natürlich verschiedene Varianten geprüft werden müssen. Ärgerlich ist, und das gebe ich zu, dass der Oberbürgermeister im Einklang mit dem Stadtbaurat nicht nur die Überprüfung durchgeführt hat, sondern dass hier gleichzeitig eine Wertung in diese Prüfung gebracht worden ist, denn wir haben im Wahlkampf den Bürgerinnen und Bürgern eine ergebnisoffene Diskussion über die besten Varianten versprochen.

Außerdem ist es doch selbstverständlich, dass man viele Fragen hat, wenn man ein solches Pamphlet vorgelegt bekommt, vieles klären muss und nicht gleich „mit den Hacken“ klappert und dementsprechend dem Oberbürgermeister folgt.

Ich habe in der Presse vom „System Schulz“ gesprochen, das ist nun einmal so, der alte Trick: Man

(C)

(D)

(A) setzt die Abgeordneten unter Druck, und dann können sie sich eigentlich nicht wehren. Das Problem, das wir haben, ist, dass die Variante, die vom Oberbürgermeister und vom Stadtbaurat vorgelegt und favorisiert wird, nach meinem und auch nach dem Dafürhalten des Senats so gar nicht umsetzbar ist. Der Senat geht in einer Vorlage vom 29. Juni davon aus, dass wir ein Kostenvolumen – damals schon – von 141 Millionen Euro haben. Plötzlich sind es 110 Millionen Euro. Ich kann mir nicht vorstellen, dass im Baubereich die Kosten so weit nach unten gehen. Das glaube ich nicht, das muss überprüft werden!

Des Weiteren haben wir hier in Bremen und auch in Bremerhaven in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat beschlossen, eine sogenannte offene Troglösung durchzuführen. Die Fachleute, die diese offene Troglösung geplant haben, gehen davon aus, dass zumindest während der gesamten Bauphase, was für Bremerhaven schon ein Riesenproblem wäre, die Straße zweispurig befahrbar ist. In der Vorlage vom Oberbürgermeister und vom Stadtbaurat steht darüber nichts. Das heißt, diese Möglichkeit ist gar nicht geprüft worden, das muss noch gemacht werden.

Wir haben jetzt auch das erste Mal – der Kollege Günthner hat es auch schon angesprochen – die Verkehrsbelastungen in den Bereichen während der Baumaßnahme; man sagt beim offenen Trog über 2 Jahre, wobei die, die ihn eigentlich entwickelt haben, sagen, eigentlich zweispurig befahrbar, beim Tunnel sagen selbst der Oberbürgermeister und der Stadtbaurat 17 Monate im Bereich von der Klaus-Groth-Straße bis zur Wurster Straße. Wie es dann bei der Baumaßnahme des Tunnels in dem Bereich mit dem Abbiegeverkehr gehen soll, ist mir noch nicht klar. Ich hätte da gern noch die eine oder andere Frage gestellt, und ich hätte gern noch die eine oder andere Information bekommen. Ich denke, das ist die ergebnisoffene Diskussion, in die wir einsteigen müssten.

Wenn man aber in seinem Archiv – ich habe zwar nicht ein so gutes wie Herr Töpfer, aber auch ich habe ein Archiv – einmal weiter zurückgeht und dann auf eine Vorlage der BIS vom 13. März 2003 stößt, dann weiß man, warum dieser Tunnel favorisiert wird. Schon damals hat sich die BIS in ihrer Planung in diesen Tunnel verstiegen, allerdings mit höheren Kosten als jetzt, und schon damals ist dann bei der Prüfung gesagt worden, eigentlich unrealistisch, weil es natürlich ein Riesenproblem gibt. Herr Ella, es ist nicht verboten, aber es ist verkehrstechnisch ein Riesenproblem, Tunnel im Begegnungsverkehr zu installieren, und ich teile da vollkommen die Meinung, dass das mit 4500 Lkw auch nicht zu bewerkstelligen ist. Insofern haben wir auch damals als Stadtverordnete insgesamt diese Tunnellösung abgelehnt.

Ich glaube, wir müssen da in eine ganz offene Diskussion hineingehen, und es macht keinen Sinn, jetzt auch am 17. bei einer großen Podiumsdiskussion die Möglichkeiten vorzustellen und den Menschen zu

erklären: Eigentlich habt ihr gar keine andere Möglichkeit mehr, entweder ihr beschließt das, oder es geht nicht, alles andere wäre nicht gerichtsfest. Das teile ich so nicht.

Ich stelle schon die Frage, warum eine Nordvariante plötzlich 20 Millionen Euro mehr kosten soll, obwohl die günstigste Trassenführung – da gibt es 4 Trassen –, die auch Langen nicht tangieren würde, einmal mit 60 Millionen Euro berechnet worden ist. Das heißt, beim Tunnel gehen die Kosten rigoros nach unten, bei allen anderen Varianten gehen die Kosten rigoros nach oben, sage ich. Ob das so der Wahrheit entspricht, mag ich bezweifeln.

Ich halte den Vorschlag für richtig, dass wir ganz in Ruhe und gelassen alles prüfen, und ich fand es schon sehr spannend und sehr interessant, wenn man dann davon redet, die Tunnelvariante entzweit Gemüter, das ist klar. Wir haben von vornherein erklärt, und lieber Herr Günthner, in der Presse war es deutlicher als hier im Haus, dort haben Sie erklärt, die Nordvariante muss kommen. Ich muss sagen: Nach dem, was mir vorliegt, ist mir die Nordvariante auch sehr sympathisch,

(Beifall bei der FDP)

und ich halte es für einen unglaublichen Vorgang, wenn jemand aus dem Bereich der Spediteure behauptet, die Debatte um den Tunnel sei eine Lachnummer.

Wir gehen hier mit den Sorgen von Menschen, die in dem Bereich wohnen, um.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Leute haben Angst, die Leute wissen nicht, was kommt, und sie haben ein Recht darauf, mit der Politik den besten Weg zu diskutieren, und haben dann ein Recht darauf, dass sie den besten Weg entscheiden und ihn dann auch gemeinschaftlich durchsetzen. Das ist, glaube ich, vernünftige Politik. Das muss gemacht werden, und nicht per Order di Mufti vom Oberbürgermeister und auch von unserem Stadtbaurat die Anweisung, wie so etwas umzusetzen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Interessant war: Ein großer Bereich gegen die Nordumgehung in dem Pamphlet des Oberbürgermeisters – das sind keine Papiere von mir – war der Kostenfaktor, von dem ich sage: Natürlich stehen wir im Wettbewerb, natürlich stehen die Hafenanrainer im Wettbewerb, natürlich stehen die Spediteure im Wettbewerb, und natürlich ist es ganz wichtig, dass auch der Kostenaspekt mit beobachtet wird. Wenn mir dann aber jemand erklärt, eine Maut wäre kein Problem, dann nehme ich das so zur Kenntnis, aber dann sage ich auch: Dann nehmen Sie nicht die Maut, sondern dann nehmen Sie ein paar Liter mehr Die-

(C)

(D)

(A) selkraftstoff, und dann kommen Sie über die Nordumgehung auch in den Hafen hinein! Das wäre dann unter dem Kostenaspekt das Gleiche. Das heißt, für die Nordvariante, die ja inzwischen schon gleich abgelehnt worden ist ohne jegliche Diskussion, ist der Kostenfaktor schon einmal erledigt.

Die Frage ist die Zusammenarbeit mit Niedersachsen, und ich glaube auch, dass wir auf Ministerpräsidentenebene das Gespräch suchen und versuchen sollten, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen, denn, meine Damen und Herren, eines ist auch klar: Es ist ein Stadtbremer Hafen. Eigentlich müsste ich in meiner Rolle als Stadtverordneter in Bremerhaven mich gar nicht darum kümmern, weil ich sagen würde, die Cherbourger Straße ist für uns als Ortsstraße leistungsfähig genug, und bitte, Bremen, sieh einmal zu, wie du da deinen Hafenverkehr organisierst! Wir haben aber natürlich Verantwortung für Bremerhaven, für Bremen und für die Region, aber das bedeutet auch, dass viele Menschen aus der Region im Hafen arbeiten und ihren Arbeitsplatz im Hafen haben. Das heißt, auch die Region hat Verantwortung für Bremen, für Bremerhaven und für die Häfen. Das kann nur im Zusammenschluss gehen und mit Sicherheit nicht im Alleingang.

Deswegen, lieber Mark Ella: Mir ist die Nordumgehung, wie sie uns jetzt vorgelegt wurde, sehr sympathisch. Ich finde, wir müssen sie abprüfen, aber wir sollten nicht dazu kommen, wer wann welche Idee als Erstes hatte. Wir sollten auch nicht dazu kommen, gegeneinander zu arbeiten, sondern ich glaube, hier muss die Politik, hier müssen wir gemeinschaftlich – außer Herrn Tittmann, der wirklich hier nichts gesagt hat, was die Technik angeht, weil er sie gar nicht begriffen hat – in ruhiger Sachlichkeit versuchen, eine gute Lösung zu finden, und die gute Lösung muss beinhalten: Die Hafenvirtschaft muss profitieren. Ich glaube nicht, dass 17 Monate bis 2 Jahre Sperrung der Cherbourger Straße für die Hafenvirtschaft eine gute Lösung ist. Wenn es uns gelingt, gemeinschaftlich mit Niedersachsen eine Lösung zu finden, glaube ich auch nicht, dass man das Geld nicht umschichten kann. Ich bin überzeugt, das geht, und ich bin überzeugt, dass man eine Hafenanbindung findet. Das muss jetzt in aller Ruhe ausdiskutiert werden, das muss geprüft werden, und wir müssen auch die anderen Fragen – und das werden wir in Bremerhaven in der Stadtverordnetenversammlung auch – stellen, die dieses Pamphlet offenlässt.

Ich sage zum Abschluss: Es war ein Riesenfehler vom Oberbürgermeister und vom Stadtbaurat –

(Abg. Frau H o c h [Bündnis 90/Die Grünen]: Wessen Leute sind das denn, Mensch?)

da lasse ich uns gar nicht heraus, denn man muss fair bleiben –, nicht nur die Ergebnisse vorzulegen, sondern gleich auch eine Wertigkeit, und damit die Diskussion abzuschneiden. Ich denke, wir als Politiker

haben genug Kreuz, dass wir sagen: Der Oberbürgermeister ist Verwaltungschef. Er hat umzusetzen, was wir beschließen, und ich denke, wir werden beschließen, was für die Menschen in Bremerhaven, in Bremen und in der Region das Beste ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Willmann.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist jetzt die dritte Debatte, lieber Herr Ella, die wir über Bremerhaven führen,

(Abg. B ö d e k e r [CDU]: Wir halten die 25 Prozent ein!)

und die werden wir dann auch versuchen, auf 25 Prozent zu bringen.

Herr Ella, ich würde mir wünschen, dass Sie hier im Landtag ankommen

(Zuruf von der FDP: Das ist Landtag!)

und hier auch im Landtag dann die Debatten führen, die den Landtag und nicht ausschließlich Bremerhaven betreffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu Ihnen, Herr Bödeker! Ich bin als Bremerhavener Jung – und ich bin in Lehe geboren – doch mehr als verwundert, und ich verfolge die öffentliche Diskussion, die Sie als Fraktionsführer in Bremerhaven als Teil der Großen Koalition in Bremerhaven in den letzten Jahren um die Hafenanbindung geführt haben, sehr, und ich wundere mich über Ihre Rolle rückwärts, die Sie jetzt hier nach den Wahlen dort öffentlich vollziehen. Ich weiß überhaupt nicht, was ich davon halten soll. Ich glaube, das ist ein Zeichen der Lernfähigkeit innerhalb der CDU – das zeigt auch der neue Koalitionsvertrag in Bremerhaven –, aber ich weiß nicht, ob das, was wir hier jetzt letztendlich gehört haben, das ist, wenn man Sie fragt, ob Sie denn alle Varianten neutral geprüft haben, und wir eher eine Antwort wie bei Radio Eriwan bekommen: Im Prinzip ja!

Kommen wir aber zum Thema! Das Bremerhavener Überseehafengebiet mit Containerterminal und Automobilumschlag bildet heute den dynamischen Bereich der bremsischen Häfen. Um diese Wettbewerbsposition langfristig zu sichern und um die Hafeninfrastruktur weiterentwickeln zu können, wird in der Seestadt lange gerungen und auch gern – wie

(C)

(D)

(A) wir auch jetzt wieder erleben – öffentlich gerungen.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Unbestritten ist dabei, und das in allen politischen Lagern: Um die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken und gleichzeitig Arbeitsplätze zu erhalten und zusätzlich zu schaffen – –.

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Günthner?

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Günthner** (SPD): Es ist eine Zwischenbemerkung! Es tut mir auch leid, dass ich Sie unterbreche, aber ich möchte einfach feststellen, dass der Kollege Ella erst eine große Rede hält und anschließend den Raum verlässt und der Debatte inzwischen nicht mehr folgt. Ich glaube, dass man so mit dem Hause hier nicht umgehen sollte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich danke für den Hinweis! Ich hätte dem Kollegen Ella auch gern noch mitgeteilt, dass es sich hier nicht um das Bremerhavener Überseehafengebiet handelt, sondern nach wie vor um das Bremer Überseehafengebiet, aber das lernt er dann noch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. M ö l l e n s t ä d t [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Es geht hier letztendlich um die Verbesserung der Hinterlandanbindung der Bremerhavener Hafengruppe. Wir wissen alle, dass die logistischen Ressourcen der Häfen über die Zukunft und letztendlich über die Zukunftsfähigkeit der Häfen entscheiden werden.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Willmann, ich muss Sie zum zweiten Mal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllenstädt zulassen.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir können das gern im Anschluss noch einmal versuchen, danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C) Die bremischen Häfen stehen seit Langem in einem internationalen Wettbewerb. Dabei ist der Mix aus Straße, Bahn und Wasser entscheidend. Bremerhaven gilt mit mehr als einem Drittel Gütertransport auf der Schiene als Eisenbahnhafen. Gleichzeitig brauchen wir allerdings eine leistungsfähige Anbindung auf der Straße für die Häfen. Dazu stehen wir als rot-grüne Koalition, und das haben wir auch im Koalitionsvertrag so vereinbart.

Ziel muss es sein – und da stimme ich dem Kollegen Ella in der Fragestellung zu, diese würde ich allerdings anders formulieren –, dass wir die Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsanbindung zwischen der A 27 und Überseehafen brauchen, die die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens nachhaltig sichert. Betrachtet man die bisherigen Anstrengungen der Großen Koalition, und das in erster Linie in Bremerhaven, so gewinnt man eher den Eindruck eines hafensplanerischen Dilettantismus. Da wird ein Hafen geplant, der im Rahmen von Global Player steht, und man gewinnt den Eindruck auch in der öffentlichen Diskussion, dieser befände sich hinter Mauern, die erst durchschlagen werden müssten.

Es wird an einer der längsten und hochmodernsten Kajen der Welt gebaut, diese wird schrittweise der Nutzung übergeben. Verkehrspolitisch finden wir in Bremerhaven aber eher die Politik eines 5000-Seelen-Dorfes vor. Die Verknüpfung von Seehafen und touristischen Verkehren sowie der Transport von privaten Pendlerverkehren findet sich nicht aufgrund einer fehlenden gesamtstädtischen Verkehrsplanung. Die Vorgaben unter Oberbürgermeister Schulz und Baustadtrat Holm als Magistrat – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Dies soll durch eine direkte Verbindung zwischen der A 27 und dem Überseehafengebiet unter Einbeziehung der Bremerhavener hafennahen Gewerbegebiete erfolgen.“ – sind wenig zielführend. Sie lassen eher vermuten, dass die jetzige Variantenprüfung mehr rechtlicher Rettungsanker im Planfeststellungsverfahren ist und weniger der Versuch einer echten Lösungspräferenz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gespräche mit dem Land Niedersachsen auf Landesebene hat es nicht gegeben, vielmehr den Austausch von Freundlichkeiten, so scheint es, unter Bürgermeistern aus Bremerhaven und Langen, und das vor dem Hintergrund von erstarkenden Metropolregionen.

Ich komme aber zurück zur Schaffung der leistungsfähigen Verkehrsanbindung des Hafens! Zu diesem Zweck wurde bereits 1999 mit den Küstenländern eine gemeinsame Plattform zur deutschen Seehafenpolitik beschlossen. In diesen Zusammenhang gehört der Ausbau der land- und seeseitigen Zufahrten der Seehäfen mit Bundesmitteln zu den zentralen Feldern der deutschen Seehafenpolitik. Hierzu haben Bund und

(C)

(D)

(A) Küstenländer eine Liste von länderübergreifenden ersten Prioritäten als gemeinsam getragenes Investitionskonzept zur Stärkung des Seehafenstandortes Deutschland erarbeitet. Die Planungen im Bereich zur Anbindung des bereits zum Teil schon im Betrieb befindlichen CT 4 laufen jedoch weiter auf Sparflamme und verdingen sich lieber an Tunnel- und Troglplänen und an den öffentlichen Scharmützeln mit den verärgerten Anwohnern.

Was ist aber jetzt eigentlich notwendig? Sicherlich brauchen wir langfristig eine dauerhafte Hafenanbindung, doch jetzt laufen die Verkehre auf, zurzeit haben wir noch geringere Verkehre mit 2500 Lkws, als wir sie subjektiv empfinden. Immer wieder zeigt sich, dass es vor allen Dingen die Stoßzeiten sind, die den Verkehr temporär zum Stehen bringen. Betrachtet man die Verkehrszahlen genau, so neigt man zu der Ansicht, dass im Moment, bis man eine generelle Lösung gefunden hat, eine Grundsanierung der Cherbourger Straße inklusive lärmindernder Maßnahmen und ein intelligentes Verkehrsmanagement – also die Steuerung der bekannten Aufkommen im Hafen und der privaten Verkehre vornehmlich aus dem Landkreis – hier zu einer weiteren Entspannung der Lage führen und gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der Cherbourger Straße erhöhen könnte. Das schafft Zeit für ehrliche und ernsthafte Gespräche auf Landesebene.

(B) Ich komme zum Schluss! Wir haben dort auf Landesebene sowohl einen kompetenten Bau-, Umwelt- und Verkehrssenator als auch einen Wirtschafts- und Hafensenator, Herrn Nagel, der schon einmal für eine leistungsfähige Anbindung an den Hafen plädiert und 100 Millionen Euro vom Bund bereitgestellt hat. Dies noch zum Schluss, Herr Bödeker: Dem heutigen Interview in der „Nordsee-Zeitung“ entnehme ich, dass Herr Teiser als Bürgermeister doch vielleicht von Ihnen ein wenig Nachhilfe darüber bekommen könnte, dass hier bereits Bundesmittel in Aussicht und auch verplant sind. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Müller.

Abg. **Müller** (Die Linke): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Worum geht es heute? Wir sprechen über die Nordumgehung, und eigentlich haben wir hier schon sehr viele Argumente gehört, die sich immer wiederholen. Das Problem ist ganz einfach, dass über die Globalisierung und den stetig wachsenden Güterverkehr von, ich denke, das sind 20 Prozent pro Jahr, die wir verzeichnet haben, eine Hafenerweiterung vorgenommen haben, um die Mitnahme zu machen, das heißt Umschlag gleich Geld. Dabei wurde nun vergessen, den Zufluss und Abfluss der Waren zu beobachten, das heißt, es wurde nicht

auf den Schienenverkehr geachtet. Schienenstrecken wurden eingestellt, weil sie angeblich nicht so rentabel waren, neue wurden nicht geschaffen, und der überwiegende Warentransport wurde praktisch auf die Straßen verlagert.

(Abg. Frau **K r u s c h e** [Bündnis 90/Die Grünen]: Bremerhaven ist der größte Eisenbahnhafen!)

Ja, aber er wird nicht als solcher genutzt!

Wenn Sie jetzt sehen, CT 4 nimmt noch einmal 4 Millionen TEU auf, das heißt, das sind noch einmal 2 Millionen Container, die zusätzlich noch auf die Straßen verlagert werden, zusätzlich zu dem, was jetzt schon da ist. Bremerhaven ist zurzeit an den Kapazitätsgrenzen angelangt, sodass lange Warteschlangen der Lkw die Folge sind. Wenn die Container jetzt auf den Schienenverkehr ausgelagert worden wären, würde es kontinuierlicher ablaufen, was heute nicht der Fall ist.

Die Weservertiefung ist das Nächste, was gemacht werden soll. An Bremerhaven sollen noch mehr und größere Schiffskapazitäten gebunden werden, was eigentlich ein sehr fragwürdiges Tun ist, denn wir bauen derzeit den JadeWeserPort. Genau dieser Hafen soll diese Schiffe aufnehmen, und es soll so eine Entzerrung stattfinden. Wir sind dafür, dass wir eine Nordumgehung bauen. Das ist nicht nur unsere Meinung, das ist nicht nur die Meinung der Linken, sondern auch die Meinung vom größten Teil der Bevölkerung Bremerhavens und vieler Bürgerinitiativen.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Weil wir es wissen, wir sind im Gespräch mit den Betroffenen! Ich weiß ja nicht, was Sie so beobachten!

Wir lehnen den weiteren Ausbau der Cherbourger Straße, den Trog als auch die Tunnellösung ab, weil auch dies eine Unzumutbarkeit für die Bevölkerung ist. Hier in diesem Gremium wird eigentlich immer wieder gesagt, die Wirtschaft, die Wirtschaft! Hören Sie, in erster Linie ist der Mensch zu sehen! Die Wirtschaft wird beachtet, aber erst einmal kommt der Mensch. Deswegen fordern wir, dass endlich einmal Kontakt mit Niedersachsen aufgenommen wird. Niedersachsen bot sich gleich zu Anfang zu Gesprächen an, als die Nordumgehung angesprochen wurde. Aber die Stadtverordnetenversammlung, derzeit zusammengesetzt aus SPD und CDU, lehnte dies großzügig ab, weil wir das schon selbst hinbekommen.

(Beifall bei der Linken)

Wir fordern, dass der schienengebundene Verkehr umgehend ausgebaut wird. Es kann nicht sein, dass

(C)

(D)

(A) nur, weil es schneller ist, einen Container über die Straße zu ziehen, alles über die Straße befördert wird.

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Herr Müller, Bremerhaven ist ein Eisenbahnhafen!)

Die BAB 27 sollte langsam ein Lkw-Überholverbot erhalten, weil es ja immer heißt, wir brauchen eine dritte Spur, weil die Lkw eben nebeneinander fahren. Die Stadt Bremerhaven muss für den Hafenverkehr gesperrt werden, weil die Kinder in Bremerhaven durch diesen unsinnigen Verkehr gefährdet werden. Es ist nämlich nicht so, dass eine ganz bestimmte Straße in Bremerhaven für den Lkw-Verkehr freigegeben ist und alle darauf fahren, nein, die Lkw fahren durch die Wohngebiete Bremerhavens. Das kann nicht weiter hingenommen werden.

(Beifall bei der Linken)

Unsere Anliegen sind Lärm- und Emissionsenkung und Abwehr der Gefahren für die Bevölkerung. Von daher würden wir es gut finden, wenn Sie, meine Damen und Herren, sich in Richtung Nordumgehung bewegen würden, was für große Teile der Bevölkerung ein Plus wäre. – Danke!

(Beifall bei der Linken)

(B) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Bödeker.

Abg. **Bödeker** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss man, denke ich, den einen oder anderen Punkt noch einmal richtigstellen. Lieber Kollege Willmann, ich kann mich irgendwie daran erinnern, dass Bündnis 90/Die Grünen CT 4 als Ausbaumaßnahme abgelehnt haben.

(Abg. Frau K r u s c h e [Bündnis 90/Die Grünen]: Da ist auch schon länger her! Wir sind lernfähig!)

Das mag länger her sein, aber irgendwann wird man ja immer schlauer. Inzwischen erklären Sie ja, die Umsatzzahlen sind so gestiegen, dass Sie damit gar nicht gerechnet hätten, und dass CT 4 gar nicht einmal schlecht wäre.

Die Frage, wann man sich für eine Trasse entscheidet, ist in einem Planfeststellungsverfahren ganz klar festgelegt. Wir haben nicht den Schnellschritt gemacht und uns entschieden. Wir haben natürlich beim Trog eine Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt, aber wir haben immer erklärt, dass im Planfeststellungsverfahren die anderen Möglichkeiten geprüft werden müssen. Jetzt müssen

Sie mir vorlegen, wann Sie irgendwelche Berechnungen zur Nordumgehung auf dem Tisch gehabt haben. Wenn Sie das nicht können – das können Sie nicht! –, dann haben Sie in den Nebel geschossen, und das ist, glaube ich, als Politiker auch nicht sehr korrekt.

Ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt, an dem wir unterschiedliche Trassen beurteilen müssen. Deswegen habe ich gesagt, dass ich eine der Trassen, nämlich die äußere Nordumgehung, als sehr interessant ansehe. Ich glaube, das ist legitim, und ich glaube, das ist der richtige Weg.

Herr Müller, wenn man den Hafen nicht ausbauen will, mag das ja so sein. Ob Sie damit in Bremerhaven groß landen können, das möchte ich einmal bezweifeln, weil Hafenausbau und maritime Wirtschaft natürlich immer auch die Frage nach Arbeitsplätzen beinhalten, und wir wissen ja, dass die maritime Wirtschaft in Bremerhaven im Moment der Wachstumsmotor ist. Die Frage vom Stadtkämmerer, die Sie vorhin angesprochen haben, ist doch eine ganz einfache. Uns hat der Bund 100 Millionen Euro für die Ausbaumaßnahme zugesagt, und Bremen hat uns dankenswerterweise Planungsmittel für das Planfeststellungsverfahren zur Verfügung gestellt. Das ist alles in Ordnung, aber die Kalkulationen gehen jetzt ja schon für die Variante von Herrn Schulz und Herrn Holm auf über 100 Millionen, nämlich auf 110 Millionen Euro, die ich sogar bezweifle, weil mir ja Vorlagen vorliegen, nach denen wir etwa bei 141 Millionen Euro liegen.

Dass der Stadtkämmerer in Bremerhaven dann sagt, man kann ja verkehrstechnisch planen, was man will, aber kommt mir bitte nicht an meine Kasse, weil ich das Geld nicht habe, ist doch legitim und seriös. Das ist das, was er heute ausgedrückt hat, und das halte ich für vollkommen richtig. Ich halte den Tunnel auch wegen der Kostenüberschreitung für nicht machbar. Deswegen, sage ich mir, müssen erst einmal alle Fragen geklärt werden. Wir müssen dann ganz in Ruhe zusammenkommen und uns für die bessere oder die beste Variante entscheiden. Wir sind ja in einem Planungsschritt, und deswegen ist es ja so ärgerlich gewesen, dass Herr Schulz und Herr Holm die Entscheidung quasi schon vorweggenommen haben, die ich so überhaupt nicht teile. Das ist ja die Diskussion, vor der wir in Bremerhaven gerade stehen, die außerordentlich schwierig und ärgerlich ist.

Ich hätte gern mit freiem Rücken und ergebnisoffen mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit den Betroffenen diskutiert. Ich glaube, wir wären zu einem guten Ergebnis gekommen, aber ich denke, Herr Günthner, mit unserer Koalition in Bremerhaven kommen wir auch zu einem guten Ergebnis. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Günthner.

(C)

(D)

(A) Abg. **Günthner** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil ein Kollege sozusagen sich nebenbei immer über die Bremerhavener Zustände mokiert, will ich nur sagen: Ich beobachte immer aufmerksam das Forum der Bremerhavener Grünen, und da gibt es einen ehemaligen, sehr renommierten Stadtrat, nämlich Hans-Richard Wenzel, der eine sehr eigene Auffassung zu diesem Thema hat. Also, liebe Leute, es gibt in allen unseren Fraktionen unterschiedliche Auffassungen zu der Frage der Hafenanbindungen und zu der Frage kurzer Trog, langer Trog.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja das Erschreckende an dieser Debatte!)

Das macht doch Politik am Ende des Tages aber auch spannend, dass man über solche Themen diskutieren kann.

Ich will hier noch einen Aspekt anführen, weil ich ihn vorhin in meiner Rede vergessen habe, nämlich die Frage, welcher verkehrlichen Belastung Bremerhaven neben der sich weiter stark entwickelnden Hafenverkehre noch ausgesetzt ist. Wir bauen die Kaiserschleuse neu, das heißt, wir sind in den nächsten Jahren mit starken Baustellenverkehren belastet. Dazu kommt noch, dass natürlich die Verkehre, die ansonsten zum Teil auch in Richtung Kaiserschleuse fahren, andere Wege nehmen müssen.

(B) Wir gehen davon aus, dass ab 2008 mit der Fertigstellung des Klimahauses und des Zech-Hotels weitere Touristenströme nach Bremerhaven kommen. Das ist ja auch das, was wir alle hier in diesem Haus zusammen angeschoben haben, insofern haben wir dadurch auch weiteren Verkehr, und, last, but not least, 2010 haben wir eine Sail. Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei einer Vollsperrung der Cherbourger Straße die Touristinnen und Touristen, die zur Sail 2010 nach Bremerhaven kommen, zwischen den Lkw stehen, die sich sozusagen in Richtung Alter/Neuer Hafen aufstauen, sodass man dann darüber nachdenken muss, ob man Wesertaxis einführt, damit sie dann auf dem Wasserweg zum Festgelände kommen, weil auf den Straßen nichts mehr möglich ist.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: U-Boot und Zeppelin!)

Ich will noch einen Satz sagen, weil Herr Ella sich ja immer hinstellt und sagt, wir als FDP sind die Erfinder der Nordumgehung! Mich hat nach dem Aufschlag, den ich im März zu dem Thema gemacht habe, der ehemalige Baustadtrat Heinrich Korves angerufen und darauf hingewiesen, dass bereits 1978 über das Thema Nordanbindung der Häfen über niedersächsisches Gebiet diskutiert worden ist. Herr Korves ist nun bekanntermaßen kein Liberaler, sondern Sozi-

*) Vom Redner nicht überprüft.

aldemokrat. Also, nicht Sie sind sozusagen der Erfinder, sondern damit haben sich andere Leute schon wesentlich früher beschäftigt.

(C)

Was ich Ihnen gern zugestehe, Herr Ella, und ich finde, das hat in dieser Klarheit auch noch keiner in dieser Diskussion gesagt: Ich bin in Leherheide aufgewachsen. Da hat man häufig die Situation, wenn man von einer Straßenseite auf die andere geht, dass man aus Bremerhaven, aus dem Land Bremen, nach Niedersachsen geht. Wenn es diese Landesgrenze zwischen Bremen und Niedersachsen nicht geben würde, dann hätten wir wahrscheinlich schon lange eine Nordanbindung, weil es natürlich auch für die Entlastung der Stadt Langen von erheblicher Bedeutung ist, dass die Verkehre nicht über die Langener Landstraße durch den Ortskern fließen, sondern außen herumfließen können. Insofern hat das, finde ich, auch ein Stück weit etwas mit einer nach vorn gerichteten Zukunftsplanung zu tun.

Ich möchte einen weiteren Punkt nennen, der aus meiner Sicht wichtig ist! Sie haben vorhin in der Deputation für Wirtschaft und Häfen über das Gelände der Carl-Schurz-Kaserne entschieden, und wir haben uns alle zusammen in Breite dafür ausgesprochen, dass auf diesem Gelände richtig etwas passiert. Wenn das Erfolg hat, werden die Gewerbeflächen im Norden der Stadt Bremerhaven langsam rar, und dann muss man doch auch an der Stelle anfangen, darüber nachzudenken, wie man sich weitere hafennahe Gewerbeflächen erschließt. Wenn die dann am Ende auf niedersächsischem Gebiet sind, dann ist das doch nichts Schlechtes, sondern dann, können wir doch sagen, werden doch die Bremerhavenerinnen und die Bremerhavener vermutlich in Niedersachsen Arbeit finden, genauso wie viele Menschen aus Niedersachsen in den Häfen in Bremerhaven Arbeit finden.

(D)

Herr Müller, Sie sind ja auch Mitglied des Hafenausschusses, habe ich gesehen. Ich lade Sie ein, sich einmal intensiv mit den Häfen in Bremerhaven und insgesamt mit den bremischen Häfen zu beschäftigen. Wir sind klassische Eisenbahnhäfen, also ein gewaltiger Teil des Umschlags findet über die Eisenbahn statt. Aber auch da gibt es inzwischen Kapazitätsengpässe, und das heißt, dass wir auch irgendwann darüber nachdenken müssen, wie wir die Eisenbahn weiterentwickeln und erweitern können. Die Frage des Binnenschiffs spielt da eine Rolle, das bisher an der Stelle aber nicht wirtschaftlich leistungsfähig ist. Also, es gibt im Verkehrsbereich einen bunten Strauß an Notwendigkeiten, um die Abflussfähigkeit der Häfen weiterhin zu gewährleisten. Ich glaube, dass wir am Ende des Tages auch in dieser Frage eine gute Lösung finden werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

(A) **Senator Dr. Loske:** Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Wenn man dieser Debatte so lauscht und wenn man die Zeitungen liest, dann beobachtet man das, was man bei Straßenbauprojekten sehr häufig beobachten kann, nämlich dass die Linien nicht entlang von Partei- und Fraktionsgrenzen laufen, sondern darüber hinausgehen. Das ist heute sehr offenkundig geworden.

Herr Bödeker hat ja dankenswerterweise noch einmal darauf hingewiesen, dass es ehemals einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven gegeben hat, der sich für die Trogvariante ausgesprochen hat. Wir haben jetzt in den letzten Tagen in der Zeitung lesen dürfen, dass Herr Schulz oder der Magistrat sich für die Tunnelvariante ausgesprochen hat, und wir haben heute hier in der Debatte, jedenfalls wenn man die Menge der Redebeiträge einmal zusammenzieht und daraus dann das Mittel bildet, feststellen dürfen, dass es hier eine gewisse Präferenz für die Nordumgehung gibt. Das kann man, glaube ich, so sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man das alles zusammenfasst, dann kann man sagen – das ist ja auch bemerkenswert, das ist das Zweite, was man feststellen kann –, es geht bei diesen Projekten nicht um das Ob, sondern um das Wie. Es ist keiner da, der sagt, wir brauchen das nicht, sondern wir machen uns gemeinsam darüber Gedanken, wie wir das am besten hinbekommen. So ist es auch im Koalitionsvertrag geregelt. Wir haben im Koalitionsvertrag noch einmal ganz klar festgeschrieben, dass die Anbindung des Bremerhavener Überseehafengebietes oder des bremsischen Überseehafengebietes – man muss präzise sein – und der Gewerbegebiete Bremerhavens an das übergeordnete Straßennetz für uns eine sehr hohe, überragende Bedeutung hat.

(B) Wir sind allerdings noch nicht, Herr Bödeker, im Planfeststellungsverfahren, sondern wir sind im Moment in der Linienbestimmung. Wir sind also bei der Planfeststellung. Das soll, so die Information meines Hauses, und die halte ich für belastbar, im Juni 2009 eröffnet werden. Die Zielstellung ist so, dass man dieses Planfeststellungsverfahren ungefähr in einem Jahr abschließen will und für die Bauzeit 5 Jahre kalkuliert, sodass man dann im Jahr 2014 idealerweise fertig wäre. So sind jedenfalls die Überlegungen, wie sie in unserem Hause vorliegen.

Klar ist, jedenfalls für uns, dass vor dem Hintergrund des Ausbaus des Containerterminals 4, der erfreulichen Entwicklung im Gewerbebereich der Carl-Schurz-Kaserne mit der Ansiedlung wichtiger logistischer Unternehmen und auch vor dem Hintergrund der aktuellen Hafenprognose die Realisierung dieses Projekts eine der wichtigsten verkehrspolitischen Maßnahmen im Land darstellt. Dabei geht es aus unserer Sicht um verschiedene Aspekte, nämlich um

die Aspekte der Nachhaltigkeit, der städtebaulichen (C) Verträglichkeit und der Wirtschaftlichkeit, um kurzfristig tragfähige Lösungen zu ermöglichen.

(Abg. Günthner [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Günthner?

Senator Dr. Loske: Selbstverständlich!

Präsident Weber: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Günthner** (SPD): Weil Sie eben die Bauzeit mit 5 Jahren angegeben haben! Ich höre in Bremerhaven in der Diskussion immer von der Bauverwaltung, dass dort von 36 Monaten ausgegangen wird.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es gibt sicherlich eine Spannweite zwischen 3 und 5 Jahren, aber Zielsetzung ist, dass die Sache im Jahr 2014 – das ist die Zahl, die ich immer wieder lese und höre, wenn ich Gespräche zu dem Thema auch mit meinen Fachleuten führe – fertig sein soll, egal, welche Variante gewählt wird. Man hört häufig das Argument, dass es bei der Nordvariante etwas länger dauern würde – das höre ich jedenfalls, ich muss es so zur Kenntnis nehmen –, während es bei den anderen Varianten wahrscheinlich etwas schneller ginge. Ob das letzten Endes so ist, hängt natürlich auch von dem politischen Willen, von dem politischen Druck ab, der dahinterliegt. (D)

Jedenfalls ist für uns klar, mit der Finanzierungs- und Zusage des Bundes, an der Herr Kollege Nagel damals in anderer Funktion dankenswerterweise mitgewirkt hat, die Baukosten bis zu einem Höchstbeitrag von 100 Millionen Euro zu unterstützen, sowie mit der Sicherstellung der Planungsmittel aus dem Landeshaushalt in Höhe von 19,2 Millionen Euro hat der Senat einen verlässlichen Finanzrahmen für die zügige Realisierung dieser Maßnahme geschaffen, das sind die Fakten aus unserer Sicht.

Die Zuständigkeitsfrage betreffend ist es vollkommen richtig, dass wir uns als Senat natürlich für dieses für unser Land so wichtige Projekt mitverantwortlich fühlen. Dennoch glaube ich, dass es vernünftig ist zu sagen, dass zunächst einmal in der unmittelbar betroffenen Stadt Bremerhaven eine Priorisierung stattfinden sollte und dass wir uns dann selbstverständlich an jeder nur erdenklichen Stelle dafür einsetzen werden, dass es auch schnell umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es schließt auch Gespräche mit dem Land Niedersachsen ein, es ist kein Wegschieben von Verant-

(A) wortung, sondern es ist, glaube ich, eine logische Schrittabfolge, dass man zunächst einmal vor Ort klärt, was man will, und dass man dann auch in die Gespräche mit den Nachbarn und mit dem zuständigen Bundesministerium eintritt. – Soweit die Antwort des Senats! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten vereinbart, dass wir gegen 16.00 Uhr mit der Tagesordnung (Landtag) abschließen wollten. Nun haben wir es 16.33 Uhr.

Wenn ich mir den Vorschlag erlauben darf, rufe ich jetzt noch die Tagesordnungspunkte ohne Debatte auf.

Kann ich da Einverständnis feststellen? – Herzlichen Dank!

Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertretern/Vertreterinnen des Ausschusses zur Wahl der Richter/-innen des Verwaltungsgerichts

(B) Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl von drei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

(C)

Gesetz zu dem Abkommen über die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2007
(Drucksache 17/2)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer dritten Sitzung am 4. Juli 2007 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Abkommen über die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Drucksache 17/2, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

(D)

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 2007

(Drucksache 16/1362)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Dieser Bericht war in der 82. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) der 16. Legislaturperiode am 25. April 2007 an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Da gemäß Einsetzungsbeschluss, Drucksache 17/15, Ziffer 3, die Zuständigkeit nach Paragraph 35 Bremisches Datenschutzgesetz nunmehr beim Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten liegt, ist eine erneute Überweisung erforderlich.

- (A) Wer der Überweisung des 29. Jahresberichts des Landesbeauftragten für den Datenschutz mit der Drucksachen-Nummer 16/1362 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.
- (Einstimmig)
- Benennung eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)**
- Die Fraktion der SPD schlägt die Abgeordnete Ulrike Hiller als stellvertretendes Mitglied für die siebte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, bis 2008 vor.
- Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
- (B)
- Wir kommen zur Wahl.
- Wer entsprechend wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Ulrike Hiller als stellvertretendes Mitglied für die siebte Amtszeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas, KGRE, bis 2008.
- (Einstimmig)
- Herzlichen Glückwunsch!
- (Beifall)
- Meine Damen und Herren, damit wären wir an das Ende unserer heutigen Tagesordnung gekommen.
- Ich schließe die Sitzung und wünsche den Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen einen guten Heimweg. Falls wir die Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen nicht mehr sehen, wünschen wir Ihnen gemeinsam eine schöne Sommerpause.
- (Schluss der Sitzung 16.38 Uhr)
- (C)
- (D)

